

Megacity, Ghosttown und Suburbia: Das Phänomen Schrumpfung und Wachstum



Megacity, Ghosttown und Suburbia: Das Phänomen Schrumpfung und Wachstum

Dokumentation zum Internationalen Architektenkongress der Architektenkammer Nordrhein-Westfalen
(4.–8. Mai 2016, Usedom)

Impressum

Herausgeber

Architektenkammer Nordrhein-Westfalen

Redaktion

Dr. Frank Maier-Solgg, Lisa Melchior, Christof Rose

Grafik, Layout und Satz

Fortmann.Rohleder Grafik.Design, Dortmund



















Druck

kölner stadt- und verkehrs-verlag, Köln

Redaktioneller Hinweis

Die Architektenkammer Nordrhein-Westfalen setzt sich für die Gleichstellung von Mann und Frau ein. Sie erachtet es als wichtig, diese Haltung auch in der bewussten Verwendung von Sprache zum Ausdruck zu bringen. Die Architektenkammer achtet deshalb in allen Veröffentlichungen darauf, dass z.B. bei der Nennung von Berufsbezeichnungen nicht allein die maskuline Form verwendet wird. Nach Möglichkeit wird immer wieder im Laufe des Textes auch die feminine Form genannt. Im Interesse der Leserinnen und Leser dieser Publikation werden dem Textfluss und einer guten Lesbarkeit höchste Priorität eingeräumt.

Inhaltsverzeichnis

	Vorwort Markus Lehrmann Der Globus wird zur Stadt	7		Schrumpfung Prof. Dr.-Ing. Stefan Siedentop Geplante Schrumpfung: vom Paradoxon zum Paradigma?	51
	Einstieg Ernst Uhing Megacity, Ghosttown und Suburbia: das Phänomen Schrumpfung und Wachstum	9		Prof. Dr. Peter Adolphi Garten der Metropolen. Wer braucht wen?	56
	Joachim Brenncke Grußwort	12		Identität Prof. Mischa Kuball Shrinking Cities: Zeit für Zeichen!	60
	Politik Michael Groschek Die Vielfalt Nordrhein-Westfalens: Wachstum und Schrumpfung politisch gestalten	16		Prof. Dr. Harald Bodenschatz Hauptstadt Berlin: Städtebau und Identität	64
	Prof. Dr. Martin Coy Megacities: ein globaler Trend und seine Folgen	20		Chancen Lars Gräbner Detroit: City of Desire	72
	Visionen Prof. Dr. Silke Weidner Sci-Fi-Cities: Stadtzukünfte in Kunst, Literatur und Video	25		Kerstin Faber Raumpioniere in ländlichen Regionen. Neue Wege der Daseinsvorsorge	76
	Dr. (I) Arch. Andreas Kipar Metropolregion Mailand: Scharnier zwischen Nord und Süd28			Zukunft Prof. Dr. habil. Christine Hannemann Wohnen in der Stadt: Von Luxus und bezahlbaren Wohnungen	82
	Wachstum Prof. Dr. Dr. Dr. h. c. Franz-Josef Radermacher Die Rolle der Stadt im Ringen um eine nachhaltige Entwicklung	32		Prof. Dr. Dr. h. c. Julian Nida-Rümelin Ethik der Stadt	84
	Stephan Petermann Architektur macht Stadt oder umgekehrt: Antworten auf das Wachstum	40		Fachexkursionen	86
	Impuls Prof. Dr. h. c. Horst Teltschik Ein Jahrhundert der Völkerwanderung? Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen	45		Vitae	90
				Bild- und Literaturverzeichnis	92

Vorwort



Der Globus wird zur Stadt

Seit der Jahrtausendwende lebt mehr als die Hälfte der Menschen in Städten. Die Vereinten Nationen gehen davon aus, dass es bis 2050 etwa 66 Prozent sein werden. Voraussichtlich wird es bis 2030 insgesamt 41 Megastädte mit mehr als 10 Millionen Einwohnern geben. Der Trend der Verstädterung ist global festzustellen und scheint unaufhaltbar zu sein: Der Globus wird zur Stadt. Ist es eine apokalyptische Vorstellung oder eine organisatorische Notwendigkeit für das menschliche Zusammenleben?

Der genaue Blick lohnt sich, denn die Wachstumsphänomene auf den Kontinenten unterscheiden sich durchaus: Während in den Entwicklungsländern die hohen Geburtenraten in den Metropolen selbst zu einem stetigen Anstieg der Bevölkerungszahlen führen, sorgen in den Industrienationen und insbesondere in Europa Migrationsprozesse für eine weitere Expansion wirtschaftlich erfolgreicher Städte und Agglomerationen. Gleichzeitig ist eine gegenläufige Entwicklung vor allem in den westlichen Industrienationen zu beobachten: Dort, wo die Wirtschaft schrumpft oder innerhalb weniger Jahre wegbreicht, ist die Abwanderung Motor eines Niedergangs – bestehend aus Leerstand, Schrumpfung und Verwahrlosung.

Raum- und Stadtplanung sind Aufgabenfelder, die durch Interdisziplinarität geprägt sind. Diese wiederum löst besonderen Informationsbedarf aus. Gerade in Zeiten, in denen die Zuwanderung von Menschen in die europäischen Länder und insbesondere deren Metropolen und große Städte ganz neue Herausforderungen stellt, ist es für Architekten und Stadtplaner von großer Bedeutung, Fakten und Prognosen zu kennen, Vergleiche mit internationalen Entwicklungen zu ziehen und Tendenzen einordnen zu können.

Auf dem internationalen Architektenkongress „Megacity, Ghosttown und Suburbia. Das Phänomen Schrumpfung und Wachstum“ haben sich Architektinnen und Architekten, Innenarchitekten, Landschaftsarchitekten und Stadtplaner gemeinsam mit zahlreichen Gästen aus anderen Disziplinen einige Tage Zeit genommen, um die Entwicklung unserer Städte und deren Wachstums- und Schrumpfungsprozesse genauer zu analysieren. Das interdisziplinäre Kongressformat trug dazu bei, den Horizont über unsere eigene fachliche Perspektive hinaus zu weiten und zu fragen, welche Erkenntnisse Politiker, Unternehmer, Philosophen, Soziologen und Künstler zur künftigen Entwicklung unserer urbanen Strukturen gewonnen haben.

Der Architektenkongress der Architektenkammer Nordrhein-Westfalen auf Usedom wollte auch dazu beitragen, von anderen zu lernen und internationale Vergleiche planerischer Strategien anzustellen. Der intensive Austausch mit renommierten Kolleginnen und Kollegen aus dem In- und Ausland, aber auch das Gespräch der Teilnehmer untereinander wurde von allen Teilnehmern als Gewinn bringend und persönliche Bereicherung erfahren.

Wir freuen uns, Ihnen die Vorträge und Kernaussagen in dieser Dokumentation vorstellen zu können. Eine inspirierende Lektüre wünscht Ihnen

mit freundlichen Grüßen



Stadtplaner Dipl.-Ing. Markus Lehrmann
Hauptgeschäftsführer der Architektenkammer Nordrhein-Westfalen



Megacity, Ghosttown und Suburbia: das Phänomen Schrumpfung und Wachstum

Ernst Uhing

Präsident der Architektenkammer Nordrhein-Westfalen



Ich heiße Sie alle sehr herzlich willkommen zum Internationalen Architektenkongress der Architektenkammer Nordrhein-Westfalen hier auf der wunderschönen Ostseeinsel Usedom. Es sind der interdisziplinäre Blick sowie das besondere Inselambiente, die seit mehr als 30 Jahren den besonderen Charme unseres Architektenkongresses ausmachen. Es ist uns über die letzten Jahre gelungen, den „Inselkongress“ als erfolgreiche Marke im Bereich der deutschen Architekturveranstaltungen zu etablieren.

Der Blick auf unsere Referenten- und Teilnehmerliste und auf unser Kongressprogramm stimmt mich optimistisch, dass auch in diesem Jahr drei ausgesprochen anregende, informative und insbesondere kommunikative Kongresstage vor uns liegen. Darauf freue ich mich, und ich bin guter Dinge, dass es uns auch dieses Mal gelingen wird, den einen oder anderen Neuteilnehmer zu einem Wiederholungstäter in Sachen Inselkongress zu machen.

Der Anspruch unserer Architektenkongresse ist es immer gewesen, besondere Themen aufzugreifen und durch neue Ideen, neue Perspektiven und außergewöhnliche Denkanstöße anzureichern und so den Horizont unserer eigenen fachlichen Perspektive zu weiten. Ich bin mir sicher, dass auch das Thema unseres diesjährigen Architektenkongresses dem vorgenannten Anspruch mehr als gerecht werden wird. „Megacity, Ghosttown und Suburbia“ – was sich im ersten Moment vielleicht eher nach einem Science-Fiction-Film oder Buchtiteln von Stanisław Lem oder Isaac Asimov anhört, ist viel mehr die prägnante Beschreibung eines globalen Trends. Ein Trend mit vielschichtigen Konsequenzen. Ein Trend, der nach Ansicht der Wissenschaft zu den größten Herausforderungen unserer Zeit gehört. Wir leben unzweifelhaft im Zeitalter der Städte, und zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte lebt die Mehrheit der Weltbevölkerung in Städten. Dieser Trend ist global

feststellbar, und er scheint insbesondere in den Schwellen- und Entwicklungsländern auf absehbare Zeit unumkehrbar:

Waren es 1950 noch rund 30 Prozent und im Jahr 2007 bereits über 50 Prozent der Weltbevölkerung, die in Städten lebten, gehen die Vereinten Nationen davon aus, dass im Jahr 2050 bereits über 65 Prozent der Menschen in Städten leben werden. Weltweit gibt es heute bereits rund 28 sogenannte Megacities (definiert als Städte mit mehr als 10 Millionen Einwohnern), in denen 453 Millionen Menschen leben. Angeführt wird die Liste von Tokio mit 38 Millionen Einwohnern, danach folgen Delhi, Shanghai, Mexico City, Mumbai und São Paulo. Bereits im Jahr 2030 wird es weltweit voraussichtlich 41 Megastädte geben.

Es gilt allerdings auch zu registrieren, dass dieses extreme urbane Wachstum unterschiedlich verteilt ist und es sich gerade bei den vorgenannten Megastädten zumeist um ein Phänomen in Schwellen- und Entwicklungsländern handelt. Auch haben sich die Ursachen für das urbane Wachstum verschoben. Früher waren die Landflucht und die industrielle Entwicklung zentrale Ursachen der Verstädterung. Heute ist die hohe Geburtenrate der bereits in den Metropolen lebenden Bevölkerung der maßgebliche Wachstumsmotor. Besonders problematisch ist dabei, dass diese Ausweitung der Städte gerade in den Entwicklungsländern häufig unkontrolliert geschieht.

Die Konsequenzen dieser ungesteuerten Ausweitung sind infrastrukturelle, soziale, wirtschaftliche und ökologische Überlastungserscheinungen: Immer mehr Flächen werden versiegelt, vorhandene Ressourcen werden überproportional ausgebeutet, Kohlendioxid-Emissionen steigen. Lokal droht ein Kollaps der Umwelt, global ein unumkehrbarer Eingriff ins Weltklima. Darüber hinaus birgt die soziale, politische und wirtschaftliche Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen in diesen Metropolen zusätzlich erhebliches soziales Konfliktpotential.

Neben dem schier grenzenlosen und unkontrollierten urbanen Wachstum lässt sich allerdings auch eine gegenläufige Entwicklung beobachten, und zwar vor allem in den westlichen Industrienationen. Hier sehen sich Städte immer häufiger mit urbanen Schrumpfungsprozessen konfrontiert. Im Extremfall führen diese zur Entstehung von „Ghosttowns“. In der Folge eines ökonomischen Nieder-

gangs sind diese Städte vom Verlust städtischer Qualitäten, einem massiven Bevölkerungsrückgang, Leerstand und Verwahrlosung geprägt.

Sie alle kennen in diesem Zusammenhang das Beispiel der Stadt Detroit, welche durch einen tiefgreifenden Wirtschaftseinbruch in den 1970er Jahren in die vorgenannte Spirale geriet; dazu und zu den aktuellen, positiven Entwicklungen in Detroit aber später von sachkundiger Seite mehr.

„Wir leben unzweifelhaft im Zeitalter der Städte, und zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte lebt die Mehrheit der Weltbevölkerung in Städten.“

Schrumpfungsprozesse von Städten und Dörfern sind insbesondere in Europa und in Deutschland kein neues Phänomen. Auch ein Bundesland wie Nordrhein-Westfalen hat durch den ökonomischen Strukturwandel, beginnend in den 1970er Jahren, einschneidende und nachhaltige Erfahrungen mit Schrumpfungsprozessen gemacht. Ihre Auswirkungen sind in Teilen des Ruhrgebietes, aber auch anderen

Regionen des Landes noch immer spürbar. Ergänzt wird diese Schrumpfung zunehmend auch durch einen natürlichen Bevölkerungsrückgang. Ähnlich gestaltet sich die Situation in weiten Teilen Ostdeutschlands, wo nach der Wiedervereinigung ein flächendeckender Schrumpfungsprozess eingesetzt hat, u. a. mit einem massiven Rückgang der Einwohnerzahlen gerade in den Städten.

Wir haben uns vorgenommen, in den beiden Kongresstagen u. a. die Entwicklung unserer Städte in Deutschland und Europa, aber auch die Wachstums- und Schrumpfungphänomene weltweit genauer zu analysieren. Wir werden dies auf Grundlage zahlreicher Fragen tun, die sich aus der Komplexität des Themas ergeben:

Wie sehen beispielsweise die ökonomischen, sozialen und kulturellen Herausforderungen von Schrumpfungsprozessen aus? Wie lassen sich Schrumpfungsprozesse möglicherweise aktiv gestalten? Welche Möglichkeiten haben Politik, haben Städte und Gemeinden, um Schrumpfungsprozesse aufzuhalten oder zu verlangsamen? Und aus aktuellem Anlass stellen wir die Frage: Welche Rolle kommt der internationalen Zuwanderung zu?

Im Hinblick auf die künftige Entwicklung unserer urbanen Strukturen ergeben sich ebenfalls Fragen: Wie sieht zum Beispiel die (Mega-)Stadt der Zukunft aus? Welche Potenziale haben Megacities? Und welche Chancen ergeben sich möglicherweise aus der weltweiten Verstädterung? Natürlich ist auch

zu diskutieren, wie der Berufsstand der Architekten und Stadtplaner planerisch mit diesen neuen Herausforderungen umgeht – immerhin ein Berufsstand, der über Jahrhunderte auf Grundlage der Prinzipien „Wachstum“ und „Expansion“ gearbeitet hat.

Gerade für ein Bundesland wie Nordrhein-Westfalen, welches sich mit der Gleichzeitigkeit von Schrumpfung und Wachstum konfrontiert sieht, ergeben sich vielfältige Herausforderungen. Herausforderungen zum Beispiel für die Landesplanung, den Wohnungsbau, die Infrastruktur oder die Daseinsvorsorge.

Es ist mir daher eine besondere Freude, dass uns der nordrhein-westfälische Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr, Michael Groschek, heute darlegen wird, wie die Gleichzeitigkeit von Wachstum und Schrumpfung in NRW politisch gestaltbar sind.

Kaum etwas hat die Menschen in unserem Lande im Verlauf des letzten Jahres so bewegt wie der Zustrom von Flüchtlingen nach Europa und speziell nach Deutschland. Diese Wanderbewegung hat erhebliche Konsequenzen. Wir haben uns daher entschlossen, unseren Architektenkongress um einen weiteren Impulsreferenten zu ergänzen, der genau dieses Thema in seiner Komplexität aufgreifen wird: Prof. Dr. h. c. Horst Teltschik, der langjährige Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz. Er wird uns seine Einschätzung darlegen zu den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Konsequenzen von Migration und weltweiten Wanderungsbewegungen.

Stellvertretend für die zahlreichen Referentinnen und Referenten der nächsten beiden Tage möchte ich zwei weitere Redner unseres Kongresses begrüßen. Es ist mir eine besondere Freude, dass wir mit Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. Franz-Josef Radermacher einen herausragenden Globalisierungsexperten als Referenten gewinnen konnten. Nicht minder groß ist meine Freude darüber, dass wir zum Abschluss des morgigen Tages noch einen Vortrag des Philosophen und ehemaligen Kulturstaatsministers Prof. Dr. Dr. h.c. Julian Nida-Rümelin hören werden, der sich zur Ethik der Stadt äußern wird.

Ich wünsche uns allen einen erfolgreichen „Inselkongress 2016“ mit sicherlich interessanten Vorträgen, lebendigen Diskussionen und vielen Gesprächen am Rande der Kongressveranstaltungen.





Ausgezeichnet mit dem Landesbaupreis
2014 der Architektenkammer Mecklenburg-
Vorpommern in der Kategorie „Bausumme bis
eine Mio. Euro“: Scheuentrio Prerow (Möhring
Architekten, Berlin & Born a. Darß)

Grußwort

Joachim Brenncke
Präsident der Architektenkammer Mecklenburg-Vorpommern



Herzlich willkommen im Nordosten Deutschlands, in Mecklenburg-Vorpommern! Schön, dass die Architektenkammer Nordrhein-Westfalen jetzt schon das zweite Mal in unser Bundesland, auf diese Insel und in dieses Haus gekommen ist. Vor einigen Jahren hatte ich schon einmal das Vergnügen, Sie und Euch anlässlich des „Inselkongresses“ hier zu begrüßen. Diese Insel macht einfach Spaß. Zugegeben: Das letzte Mal war ich vor sieben oder acht Jahren auf Usedom. Sie kennen das sicherlich – was vor der eigenen Haustür liegt, wird von den Einheimischen oftmals viel zu selten bewusst zur Kenntnis genommen und besucht.

Vermutlich haben sich einige schon bei der Anreise gefragt, was wir im Norden – in Mecklenburg-Vorpommern – machen. Gerne ergreife ich die Gelegenheit, um Ihnen dies in aller Kürze aufzuzeigen. Nicht unbedingt, um Lust auf dieses Land zu machen – das muss jeder für sich selber entscheiden. Aber um Lust auf die Tätigkeit von Architekten zu machen, Lust darauf zu machen, dass Architekten die Möglichkeit haben, unser Land mitzugestalten. Man kann Licht eben an- oder ausschalten, um selbst mitzubestimmen, ob es sich um „Dunkeldeutschland“ handelt. Wir in Mecklenburg-Vorpommern haben uns für das Anschalten entschieden.

Was tun wir als Berufsstand für unsere Zukunftsfähigkeit? Auf Bundesebene engagieren sich alle Länderarchitektenkammern in Sachen Baukultur. In Mecklenburg-Vorpommern wurde zuletzt 2014 der 9. Landesbaupreis vergeben, der zehnte wird in wenigen Wochen verliehen. Gemeinsam mit dem Ministerium für Wirtschaft, Bau und Tourismus sowie der Ingenieurkammer M-V vergeben wir alle zwei Jahre Landesbaupreise, mit dem Ziel zeitgemäße, gute Architektur in der Öffentlichkeit zu präsentieren. Die Landesbaupreise sehen wir daher als einen wichtigen Baustein für die regionale Identität, was wir als Mit-Auslober gerade mit den „kleinen Preisen“ in der Kategorie „Bausumme bis eine Million Euro“ beabsichtigen und auch bewirken wollen. Bei den prämierten Bauvorhaben

handelt es sich um eine Architektur, die wir uns für die hiesige Küstenregion sehr gut vorstellen können. Eine gute Gelegenheit, um gemeinsam mit allen am Bau Beteiligten Werbung für moderne Architektur zu machen, damit die Menschen etwas Anderes sehen als das, was auf der Durchreise mit Auto oder Bus wahrgenommen wird.

Wir haben eine Initiative „Neues Wohnen in der Innenstadt“ gestartet. Ausgewählte Baulücken in innerstädtischen Sanierungsgebieten werden für die Bebauung von privaten Wohnhäusern mit der Durchführung eines kleinen Wettbewerbes aus Städtebaufördermitteln unterstützt. Ziel ist es, beispielhafte Lückenbebauungen zu entwickeln, die auf die individuellen Bedürfnisse der Nutzer zugeschnitten sind und zugleich städtebaulich und architektonisch überzeugen.

In Schwerin hat die Architektenkammer eine „Charta für Baukultur“ mit auf den Weg gebracht. Die Charta formuliert Leitsätze und gibt Vorschläge für konkrete Maßnahmen, beispielsweise die Etablierung eines regelmäßigen, öffentlichen Gesprächsforums zum Thema Stadtplanung und Baukultur, um den Dialog über gute Baukultur in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in der Landeshauptstadt



stetig zu befördern. Ein weiterer Baustein auf Landes- sowie Bundesebene ist der jährliche „Tag der Architektur“, der Ihnen bereits bekannt ist.

Was wir besonders gerne machen, sind Planerwerkstätten – an genau den Orten, die mit konkreten Fragen zu strukturellen und baulichen Problemsituationen an die Kammer herantreten. Wir als Berufsstand gehen organisiert über die Architektenkammer mit unseren Kolleginnen und Kollegen in und an „Unorte“, um den Menschen vor Ort wieder Mut zu machen. Dabei werden keine Planungen im eigentlichen Sinne realisiert, das können die Kolleginnen und Kollegen vor Ort viel besser. Aber es werden Ideen und Impulse entwickelt, damit Kommunalpolitik wieder anders denken kann – manchmal reden wir auch über Visionen.

Unser Ziel lautet daher: Wieder Mut auf Zukunft machen! Wir sehen hierbei die Architektenkammer in der Verantwortung. Genau da setzen wir ebenfalls mit unseren regelmäßig stattfindenden Regionalkonferenzen an: Gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus Kommunalpolitik, Tourismus, Wirtschaft und den Bürgerinnen und Bürgern suchen wir den Austausch „auf Augenhöhe“ und diskutieren neue Wege und Entwicklungsmöglichkeiten.

Vor 20 bis 25 Jahren wurde im Osten Deutschlands viel in Bauvorhaben investiert – nicht immer mit einer guten Architekturqualität. Die nächste Investitionswelle, eine Umbauwelle, steht damit aktuell an, und wir sagen: „Das muss mit Baukultur passieren!“ Im Tourismusbereich wurde und wird in diesem Land kontinuierlich investiert. Gerade im ländlichen Bereich versucht die Kammer, mobile Gestaltungsbeiräte zu initiieren, um als beratendes Gremium Empfehlungen zu konkreten architektonischen und städtebaulichen Fragestellungen an Kommunen und Gemeinden weiterzugeben.

Unsere Tätigkeit als Architektenkammer können wir natürlich nur zusammen mit der Landespolitik denken. Deswegen ist es auch richtig und wichtig, dass sich Abgeordnete unseres Bundeslandes dem Thema Baukultur, und besonders diesem Kongress, stellen. In Mecklenburg-Vorpommern ist 2006 die Thematik Baukultur in die Koalitionsvereinbarung aufgenommen worden – damals noch im Punkt 94 der Vereinbarung. 2011 haben wir es wieder geschafft, dann schon auf Platz 47. Wie

[Das Kunstmuseum Ahrenshoop \(Staab Architekten, Berlin\)](#)

[erhielt ebenfalls einen Landesbaupreis 2014](#)

[\(Kategorie „Bausumme ab eine Mio. Euro“\)](#)



Sie sehen, auch in unserem Bundesland gewinnt Baukultur immer mehr an Bedeutung. Und auch in Zukunft wird die Architektenkammer die Baukultur in unserem Land weiterdenken und im Dialog mit den verantwortlichen Akteuren weiterentwickeln.

Was machen wir im Landwirtschaftsbau? Muss es immer das sein, was woanders monoton geplant und gebaut wird? Nein, auch hier werden gute Beispiele mit besonderer Qualität mit dem Landesbaupreis prämiert. Das zusammengenommen und ergänzt um die vielen öffentlichkeitswirksam durchgeführten, aber auch informellen „Baugespräche“ machen ein ganzes Aktionspaket aus. In Sachen Baukultur senden wir damit ein wichtiges Signal, denn wir „schalten das Licht an, um es richtig hell werden zu lassen!“ Und: Das gelingt uns seit 1998.

Berufspolitisches Ziel unserer Kammer ist ein lebendiges Netzwerk Baukultur. Das „Netzwerk Baukultur Mecklenburg-Vorpommern“ ist auf der Grundlage des bisher Erreichten zur Weiterentwicklung des Baukulturverständnisses in unserem Bundesland wirklich wichtig – das bedeutet für uns eine enge Zusammenarbeit mit der Basis vor Ort, zusammen mit den Kommunen und der Verwaltung.

Die Architektenkammer Mecklenburg-Vorpommern führt regelmäßig „Planerwerkstätten“ durch. Diese Aufnahme entstand 2015 in Mirow, Landkreis Mecklenburgische Seenplatte.

Unser Anliegen ist es, die haupt- und ehrenamtlichen Bürgermeister und Kommunalabgeordneten anzusprechen und den Austausch mit wichtigen Multiplikatoren zu suchen, um über Architektur zu reden und darüber, was die Arbeit der Architekten, Innen- und Landschaftsarchitekten und der Stadtplaner ausmacht.

Die nächsten zwei Tage wird hier auf dem Kongress nicht wirklich über ländliche Räume gesprochen, sondern ganz im Gegenteil – über große Städte. Aber Metropolen und große Agglomerationen werden nur sinnvoll und zukunftsfähig existieren können, wenn gerade in Mitteleuropa, wenn in Deutschland, die ländlichen Räume mehr als nur funktionieren.

Dem haben wir uns auch als Bundesarchitektenkammer vor drei Jahren gestellt, in Kooperation der drei Architektenkammern Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern. Es wurde gemeinsam ein Konzept entwickelt zu der Frage: „Was ist regionale Baukultur?“ Dürfen wir heute wieder verstärkt regional denken – gerade vor dem Hintergrund der erforderlichen europäischen Integration? Und, was bedeutet dies für unsere Identität, für unsere differenzierten ländlichen Räume?

Der auch in den nächsten Kongresstagen stattfindende intensive Blick auf die großen Städte und die Metropolen dieser Welt wird spiegelbildlich ebenfalls den ländlichen Raum ansprechen. In diesem Sinne freue ich mich, dass wir gemeinsam neue Erkenntnisse gewinnen werden, die unseren Blick auf gemeinsam interessierende Fragen zum Thema „Metropolen und ländliche Räume“ weiten werden. Auf unsere auch zukünftig gute Zusammenarbeit zu diesem Thema im Rahmen der Bundesarchitektenkammer und an vielen anderen Stellen in Deutschland freue ich mich, um weiterhin sagen zu können: „Das Licht machen Architekten immer heller!“

Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Ernst Uhing, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wünsche dem internationalen Architektenkongress der Architektenkammer Nordrhein-Westfalen hier auf Usedom einen guten, wissensbringenden Verlauf!

Die Vielfalt Nordrhein-Westfalens: Wachstum und Schrumpfung politisch gestalten

Michael Groschek

Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen



Wenn wir von Megacities oder Metropolregionen sprechen, reden wir über heute 850 Millionen Menschen weltweit, die in Favelas leben, also in slumähnlichen Behausungen und Siedlungen. Nach allen realistischen Schätzungen wird sich das in den nächsten 30 Jahren weiter entwickeln in Richtung zwei- bis zweieinhalb Milliarden Menschen. Das heißt, eine wachsende Anzahl von Menschen auf diesem Planeten wird Stadt und Metropole von ganz unten erleben, wo selbst die elementare Infrastruktur nicht vorhanden ist.

80 Prozent der Menschen, die in Thailand in der Stadt leben, wohnen in Bangkok. Das ist Zentralisierung, das ist Urbanisierung global. Wenn wir über die Metropolregion Ruhr oder auch Rhein-Ruhr sprechen, reden wir über ziemlich deutsche Gemütlichkeit zwischen Köln, Bonn und Dortmund – in diesem globalen Vergleich. Da reden wir über städtische Dichte, die andere überhaupt nicht als dicht empfinden, über eine Maßstäblichkeit, die andere als puppenstubenhaft empfinden mögen. Deshalb rate ich, dass wir unsere Diskussionen auch ein wenig relativieren und in Bezug setzen zu dem, was in der Welt geschieht. Natürlich ist Dubai kein Vorbild für uns; aber auch Dubai zeigt, welche gravierend falschen Stadtentwicklungswege gegangen werden können, wenn man nicht aufpasst.

Was sollte der Maßstab für uns sein? Für mich ist Wien, die Welthauptstadt des sozialen Wohnungsbaus, ein gutes Richtmaß: Wien ist eine Entdeckung, auch wenn man meint, man kenne die Stadt. Weil Wien eben mehr zu bieten hat als den Karl-Marx-Hof. Wien hat beispielsweise Architektur zu bieten, die davon überzeugen kann, dass Sieben-, Acht- und Neugeschossigkeit nicht hochhausmäßig wirken muss. Wien hat betreutes Wohnen für jede Frau und jeden Mann in einer Art und Weise, dass auch Acht- und Neugeschosser nach 30 Jahren in einem baulichen Zustand sind wie ein

vor einem Jahr bezogener Neubau. Wien offenbart, dass sozialer Wohnungsbau auch fast luxuriös anmutende Dachlandschaften präsentieren kann, die mit einem Swimmingpool gekrönt sind.

Es gibt viele Antworten, die andere Städte uns geben, die wir für uns auswerten müssen. Wir könnten über Amsterdam und Rotterdam reden und begreifen, dass unsere deutsche Spießigkeit uns daran hindert, Europa zum Maßstab zu nehmen. In Amsterdam und Rotterdam würde ein Bürgermeister niemals vergessen, sich und seine Stadt in Europa einzuordnen, in Bezug auf die europäischen Metropolräume, auf die konkurrierenden Wettbewerber in Europa. In Deutschland ist das eher selten, und wenn, dann meist mit der Frage: „Haben wir eigentlich schon einen Europabeauftragten, der die Förderprogramme abgrasen kann?“ Aber Europa als Fundus, als Schatzkammer, ist eher nachrangig für Deutschland.

Wien beispielsweise hat jüngst bei einer Fachexkursion unseres Landtagsausschusses für Bauen und Verkehr eine Fördervielfalt vorgestellt, die bei uns gleich als Förderdickicht oder Förderdschungel empfunden würde. Aber die Stadt hat auch ein interessantes neues Finanzierungsmodell offeriert, das viel mit Megacities und Metropolen zu tun hat. Wien hat intelligente Antworten gefunden, damit diejenigen, die kein oder wenig Geld haben, sehr wohl an einem prominenten Platz in einer Weltstadt leben können, wenn man das richtige Maß von Finanzierung aufgreift. Wir konnten dort lernen, dass es klug ist, Eigentumsbildung neu zu denken. Nicht automatisch an das Reihenhaus oder freistehende Einfamilienhaus im ländlichen Raum, im Speckgürtel, sondern Eigentumsbildung als Teileigentum zu denken in einem konzentrierten, sehr dichten Wohnquartier, inmitten einer nachfragestarken Stadt.

Ein Finanzierungsmodell, bei dem ich quasi eine Sonderzahlung beim Einzug leiste, um über viele Jahre hinweg mietpreisdämpfend wohnen zu können. Das ist Wohn-Riester in intelligenter Form!

In Wien kann man auch lernen, dass gestaltete Dichte dann nicht erdrückend ist, wenn Architekten ihr Handwerk verstehen. Architekten und Stadtplaner haben die Pflicht und Schuldigkeit, ihr gelerntes Handwerk gestalterisch umzusetzen. In Wien sieht man ganz viele gute Beispiele und ein paar schlechte. Wir brauchen mehr denn je ein Prinzip, an dem wir uns bei der Ausgestaltung unserer Metropolen orientieren müssen. Schneller, höher, weiter bauen – zur Gewinnung von mehr stadtgestalterischer Qualität benötigen wir im Grunde die Renaissance der Stadtbaumeister. Wir haben einen großen kreativen Reichtum in Nordrhein-Westfalen. Jemanden wie Christoph Ingenhoven, der Düsseldorf mitgestaltet. Oder Christoph Mäckler mit seinen Baulinien als Vorstellung zur Renais-

„Schneller, höher, weiter bauen – zur Gewinnung von mehr stadtgestalterischer Qualität benötigen wir im Grunde die Renaissance der Stadtbaumeister.“

sance von Baukultur im städtischen Raum. Das heißt, wir haben einen großen Spannungsbogen an architektonischen Entwürfen, die wir gemeinsam auf ihre Tauglichkeit abklopfen müssen bei den Herausforderungen, die wir jetzt zu meistern haben.

Wir werden schneller bauen. Das heißt, serielles Bauen wird wesentlich stärker Wirklichkeit als in der Vergangenheit. Wir werden die Digitalisierung des Bauens erleben, was die serielle Bauweise noch beschleunigen wird. Und wir werden in diesem Bereich sicherlich darüber nachdenken müssen, ob wir nicht auch in Nordrhein-Westfalen dadurch schneller bauen, dass wir in einem Freiraum experimentell bauen. Wir haben ein Referat „Experimentelles Bauen“ im Ministerium und wir haben einzelne Bauobjekte, die unter der Überschrift experimentelles Bauen verwirklicht werden. Ich finde, gerade die Schnelligkeit, mit der wir uns vieler Vorschriften und Barrieren entledigt haben, als es darum ging, die Erstunterbringung für Einwanderer zu realisieren, zeigt, dass eine Menge möglich ist, wenn wir uns Freiheit gestatten. Deshalb fände ich es wichtig, dass wir uns einen solchen Freiraum in Nordrhein-Westfalen schaffen und Bauformate ermöglichen, die Hinweise auf zukünftige Rahmensetzungen und Vorschriften geben. Es ist viel besser, am sich entwickelnden Objekt zu lernen, als darüber zu streiten, welcher Spiegelstrich wo in der Bauordnung geändert werden muss oder auch nicht. Wenn sich Vorschriften dadurch legitimieren müssen, dass sie nur dann in Kraft treten, wenn im Bauvortrag deutlich wird, dass man zwingend eine Vorschrift braucht, dann hätten wir viel gewonnen.

Höher bauen. Es gibt ein ökonomisches Maß, eine Maßstäblichkeit, die sagt, in Deutschland und bei uns in Nordrhein-Westfalen können sich im Neubaubereich nur reiche Menschen das Wohnen im Hochhaus erlauben. Das ist wahrscheinlich auch so. Es gibt Beispiele (nicht nur in Hamburg, in Berlin, in Frankfurt, sondern auch in Düsseldorf), bei denen im Grunde nur Eigentumsmaßnahmen realisiert werden, weil in diesem Format Mietwohnungsbau, auch frei finanziert, offensichtlich nicht vermietbar wäre. Ich glaube, wir müssen die Angst davor verlieren, uns mit dem Format „Hochhaus“ auseinanderzusetzen. Es gibt viele gute Architekten, auch in Nordrhein-Westfalen, die kreativ mit diesem Format umgehen.

Weiter bauen. Das heißt, regionalisiert zu denken und zu handeln. Auch das hat ein Stück weit mit der Metropolregion zu tun. Weder Köln noch Düsseldorf, weder Münster noch Aachen oder Bonn können als Stadt in ihren Grenzen allein das Wohnraumproblem lösen. Wir werden das Umland brauchen. Und das Umland profitiert auch als Speckgürtel maßgeblich von den Entwicklungen der für unsere Verhältnisse großen, nachfragestarken Städte. Deshalb haben wir einen Metropolenwett-

bewerb NRW ins Leben gerufen: „StadtUmland.NRW“. In diesem Wettbewerb laden wir die Städte und ihr Umland ein, Entwürfe einzureichen, wie denn nordrhein-westfälische Metropolentwicklung aussehen kann. Wie Stadt und Umland Zukunftsfragen miteinander lösen können. Fragen der Nachhaltigkeit, Fragen der Mobilität, Fragen des Wohnens, Arbeitens und Lebens in Stadt und Umland. Wir versprechen uns viele Hinweise darauf, was in Nordrhein-Westfalen möglich ist.

In unserer Mitte leben Hunderttausende, wenn nicht Millionen Heimatvertriebener. Diese Menschen haben schon immer in unserer Mitte gelebt. Sie haben nicht örtlich den Verlust von Heimat zu beklagen, sondern soziokulturell und mental. Die Auswirkungen davon sind vielfältig zu besichtigen. Dieser mentale Heimatverlust ist ein Erklärungsmuster für den Wahlerfolg der AfD. Es gibt viele andere Indizien, die dokumentieren, dass diese Heimatlosigkeit um sich greift. Man kann das auch damit zusammenfassen, dass Menschen wie ich einmal an einen Politikentwurf glaubten, der personalisiert war in der Person von Willy Brandt oder europäisch auch von Olof Palme, der einen ganz



bestimmten Entwurf sozialer Demokratie als Gesellschaftsmodell implementierte, der ein Stück weit „geerdeter evangelischer Kirchentag“ als Vision war. Und über die Jahrzehnte wird Realität, dass ein Wechsel von Willy Brandt zu Helmut Schmidt eben nicht nur ein Personalwechsel war. Und dass im Grunde über den ersten Ölpreisschock eine Ökonomisierung unseres Lebens nach dem Wegfall des Eisernen Vorhangs Platz gegriffen hat, die viele nicht auf den Punkt bringen können, die aber viele als Last und Hoffnungslosigkeit empfinden.

Das zu begreifen, diesen Verlust an Heimat, macht eben auch die Aufgabe deutlich, vor der wir im Bereich Wohnungsbau stehen. Da schließt sich für mich der Kreis. Wir können mit unseren Möglichkeiten sehr wohl Heimat schaffen, Orientierung geben, soziale Geborgenheit bieten, wenn wir begreifen, dass eine polyzentrische Struktur wie Rhein-Ruhr zum Beispiel wesentlich handhabbarer ist als eine echte Megacity. Dass wir Stadtteilentwicklung als große Chance begreifen können. Dass wir Antworten geben können auf das Bedürfnis, Nachbarschaft als Familie des Alters zu erleben und nutzen zu können.

So etwas kann man nicht verordnen. Aber wir können eine Menge dafür tun, durch die Verknüpfung von Wohnraumförderung und Städtebauförderung, dass gute Nachbarschaft überhaupt möglich wird, und dass Stadträume entstehen, in denen Nachbarschaft gelebt werden kann. All das müssen wir verteidigen, auch in einigen nordrhein-westfälischen Städten; global sowieso, gegen den Druck des Finanzkapitals.

Weltweit konzentrieren sich 80 Prozent des Immobilienkapitals in nur 30 Städten. 30 Prozent des globalen Finanzkapitals konzentrieren sich in vier Städten. Und 15 Prozent all dessen, was an Kapital auf der Welt investiert wird, wird in London in Immobilien investiert. Das führt dazu, dass Grundstückspreise von bis zu 100.000 Euro Wirklichkeit sind, Quadratmeter-Grundstückspreise! Das ist ein Preis, der die Verkäuflichkeit von Immobilien nicht einschränkt, der aber deutlich macht, wie relativ wertlos diese Immobilien sind. Denn dieser Preis ist nicht mit einem realen Wert unterlegt, sondern Ausdruck dafür, dass zu viel Kapital im Umlauf ist – und zu wenig Realwirtschaft.

Jetzt müsste eine Diskussion folgen, wie denn Verteilungsüberlegungen ansetzen könnten. Das will ich jetzt an dieser Stelle aber nicht, weil das nicht der richtige Ort und die richtige Zeit dafür ist. Wenn wir uns aber bewusst machen, wie Finanzkapitalismus im Immobilienbereich funktioniert, wissen wir, was im Grunde eine Botschaft war, als eine deutsche Politikerin gefordert hat, wir müssen in Deutschland überlegen, wie wir eine marktkonforme Demokratie leben können. Die „marktkonforme Demokratie“ ist im Grunde die Vollendung eines Siegeszuges, dass die Bepreisung und nicht die Bewertung Maßstab ist. Demnach wäre es an der Zeit darüber nachzudenken, nicht nur

TTIP zu verhandeln, die vermeintliche Freiheit des Handels mit Waren und DIN-Normen; sondern wir bräuchten ganz dringend so etwas wie TTIP für Nachhaltigkeit, für Wertschätzung und Bewertung, für Solidarität und Nächstenliebe, je nachdem, wie Sie es beschreiben wollen. Für ökologische Verantwortung und ökonomische Vernunft, die verhindert, dass wir Einwanderungswellen erleben, weil Krieg und Krise Ausdruck dieser irrealen Weltwirtschaft geworden sind. Man kann das auch ganz einfach auf uns wieder zurückbeziehen, weg von London, zurück nach Düsseldorf und Köln und Bonn und in die münsterländische Gemütlichkeit.

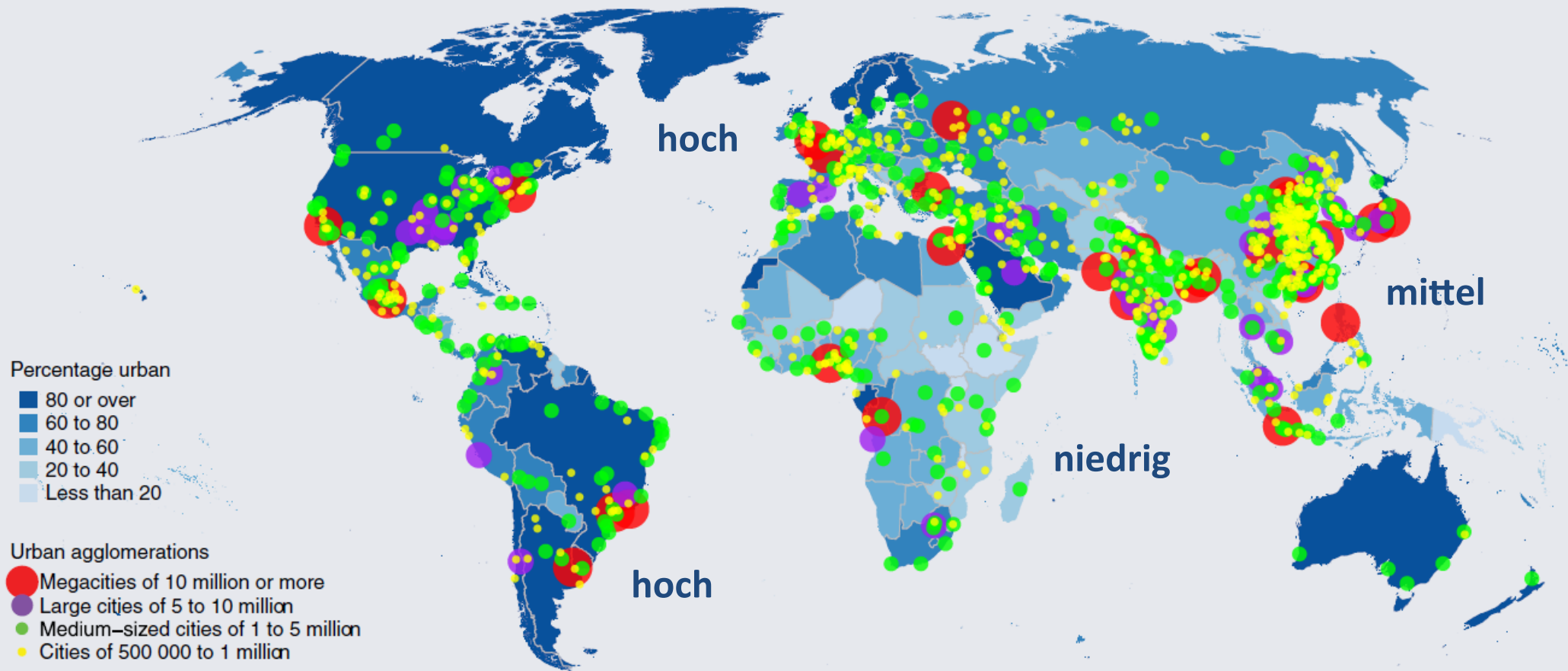
Seit 35 Jahren diskutieren wir die Reform der Grundsteuer. Das war der kleinste gemeinsame Nenner, nachdem Politik sich nach 1973 nicht mehr getraut hat, über die Frage von Grund und Boden grundsätzlich zu diskutieren. Wem gehört eigentlich Grund und Boden? Wessen Eigentum ist das eigentlich? Was hat Artikel 14 Grundgesetz eigentlich noch für eine reale Bindungskraft: Eigentum verpflichtet? Nach 1973, als die Bild-Zeitung die SPD mit dem Satz gejagt hat, „die wollen Oma ihr kleines Häuschen verstaatlichen“, war Schweigen im Wald, und wir haben uns darauf konzentriert, über die Grundsteuer zu diskutieren. Passiert ist gar nichts. Wir haben weiterhin keinen steuerlichen Mechanismus, der eine völlig überhitzte Hoch- und Aufwertung von Immobilienpreisen im Grundstücksbereich für die Allgemeinheit abschöpft. Damit könnten wir viele gute Förderprogramme inszenieren und könnten verhindern, dass Grundstücksspekulation Wohnungspolitik ersetzt.

Also ist die Politik aufgerufen, ihr eigenes Handwerk wieder zu üben, nicht in die Rolle eines schlechten Moderators zu verfallen, der für alles Überschriften, aber für nichts mehr politische Lösungen zu bieten hat. Und deshalb ist ein Kongress wie dieser für mich auch eine wunderbare Gelegenheit, Neues zu erfahren, Kraft zu schöpfen und mit Ihnen gemeinsam Wohnungsbaupolitik zu Hause weiterzuentwickeln. Wir in Nordrhein-Westfalen fördern Heimat. Ich will jetzt nicht auf die Milliardensummen eingehen und auf die unterschiedlichen Förderprogramme, mit denen wir das machen. Ich will nur darauf hinweisen, dass dieser „Heimat“-Begriff wichtig ist und wichtiger werden wird.

Wir müssen gemeinsam um die inhaltliche Bestimmung des Begriffs „Heimat“ ringen. Wir dürfen nicht denen den Heimatbegriff überlassen, die glauben, ihn missbrauchen zu können, um die Vergangenheit als einfache Lösung für die Probleme unserer Tage zu offerieren. Vergangenheit kann nie Lösung für Gegenwart oder Zukunft sein. Sie kann Erinnerung sein, sie kann Fundament sein, auf dem wir einen besseren Entwurf errichten. Aber sie kann nie die Lösung sein. Zurück nach „Gestern“ ist falsch. Wir müssen begreifen, dass die Zukunft unser Zuhause ist und Nordrhein-Westfalen ein wunderbares Stück Heimat! In diesem Sinne Glückauf!



Verstädterungsgrade und städtische Agglomerationen (mehr als 500.000 Ew) 2014



UN-DESA (2015): World Urbanization Prospects – 2014 Revision

Megacities: ein globaler Trend und seine Folgen

Prof. Dr. Martin Coy
Institut für Geographie, Universität Innsbruck



Neue Megacities entstehen heute vornehmlich in Afrika und Asien. In Südamerika, einem Erdteil, in dem der Verstädterungsprozess früh eingesetzt hat, hat sich das Wachstum der Metropolen (im Unterschied zu kleinen und mittleren Städten) inzwischen leicht abgeschwächt. Insofern kann der Kontinent auf Erfahrungen und Entwicklungen zurückblicken, die entsprechend aufschlussreich auch für globale Tendenzen sind. Der Geograph Professor Dr. Martin Coy (Universität Innsbruck), der in seinem Vortrag die urbanen Entwicklungen in Südamerika mit einem speziellen Fokus auf Brasilien präsentierte, sah in verschiedenen qualitativen Entwicklungen wie einer zunehmenden Fragmentierung der Städte eines der entscheidenden Kennzeichen der metropolitanen Entwicklung des Kontinents.

Südamerika – die fragmentierte Stadt

Fast alle Länder Südamerikas weisen einen hohen Verstädterungsgrad von über 60 Prozent auf. In Brasilien, dem größten Land des Kontinents, leben heute bereits 84 Prozent der Menschen in Städten. Auch wenn der Anteil der Slumbewohner in den vergangenen Jahren prozentual insgesamt zurückgegangen ist, prägen das Stadtbild nach wie vor erhebliche soziale Gegensätze. 113 Mio. Menschen in Südamerika insgesamt leben heute in Slums. Allein in Brasilien – Gastgeber der Fußball-WM 2014 und Ausrichter der Olympischen Sommerspiele 2016 in Rio de Janeiro – in welchem neue Stadien nach Auffassung von Prof. Martin Coy lediglich architektonische Aushängeschilder sind, sind es 50 Mio. Menschen, die in den sogenannten Favelas leben.

Am markantesten spiegelt die Metropole São Paulo die allgemeine Entwicklung wider. 11 Mio. Einwohner leben heute in der Kernstadt von São Paulo, die Metropolregion zählt 20 Millionen, und innerhalb der Macro-Metropole leben mehr als 30 Mio. Einwohner. São Paulo bietet das Bild einer



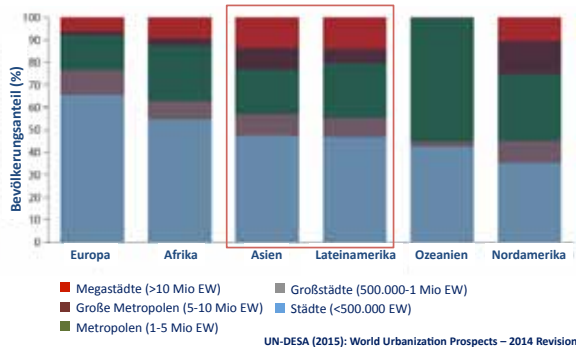
„fragmentierten Stadt“, in der „Inseln des Reichtums“ innerhalb eines teilweise degradierten öffentlichen Raums, eines „Ozeans der Armut“, fungieren, beschrieb Martin Coy die aktuelle Situation. Die Innenstadt, mit ihren Hochhaustürmen ehemals repräsentatives Aushängeschild der Stadt, verliert kontinuierlich an Bedeutung.

Zunehmend wird gerade dieser Stadtbereich zur „Heimat“ von Obdachlosen. Soziale Brennpunkte, eine hohe Leerstandsrate und die in den vergangenen Jahren zunehmende Rate an Hausbesetzungen sind die Begleiterscheinungen dieses Prozesses. 60.000 Menschen leben in diesen sogenann-

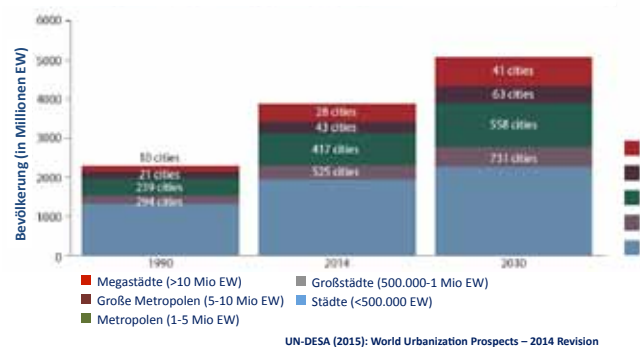
ten Corticos, den besetzten Häusern. Hinzukomme, so Coy, die Entstehung von verschiedenartigen Luxus- und Wohlstandsinseln. Seit den 1960er Jahren sind in der Kernstadt beispielsweise mehr als 50 Shopping-Malls entstanden, die vielfach die Funktion des öffentlichen Raums ersetzt hätten.

Vor allem in Rio de Janeiro zeigt sich für Martin Coy ein weiteres, für das Land charakteristisches Problem: eine ungewöhnlich ausgeprägte „Festivalisierung der Stadt“. Die neue Waterfront, die sich an internationalen Vorbildern wie Barcelona orientiert und als Beitrag zur nachhaltigen Stadtentwicklung vermarktet wird, offenbart in Wirklichkeit die Dominanz von Investoren und privaten

Verteilung der städtischen Bevölkerung nach Städtetypen und Großregionen 2014



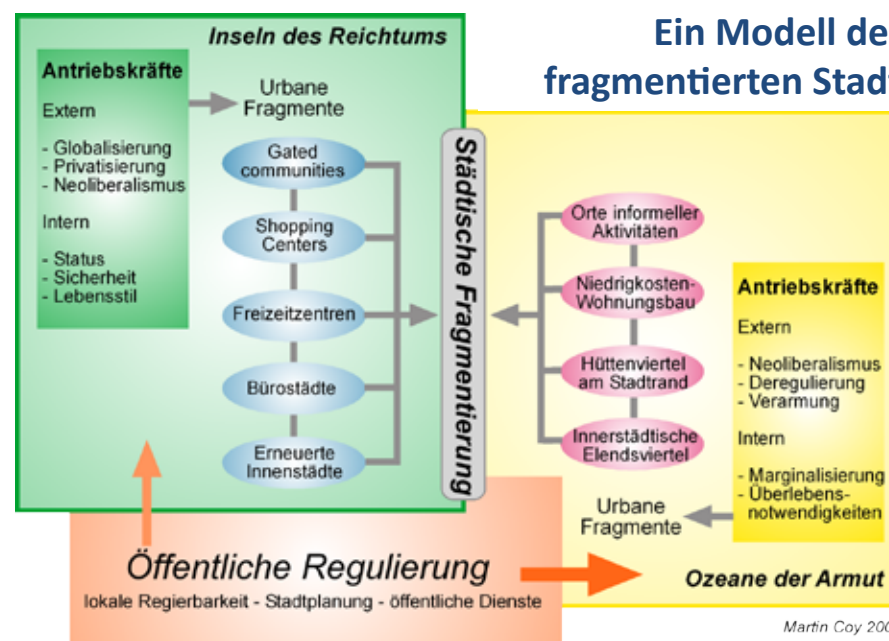
Das globale Stadtwachstum betrifft Städtetypen aller Größenordnungen (Vergleich 1990 – 2014 – 2030)



Interessengruppen. Die sozialräumlichen Folgen dieser Entwicklung seien vielfach Vertreibung und Umsiedlung von benachteiligten Bevölkerungsgruppen. Diese Entwicklung, die ein hohes soziales Konfliktpotenzial birgt, hat in den letzten Jahren zu erheblichen Konflikten und Protesten geführt: Im Juni 2013 haben in 120 brasilianischen Städten mehrere Millionen Menschen gegen Mega-Events, gegen Preiserhöhungen im ÖPNV und den Siegeszug der „entrepreneurial city“ protestiert.

Aber es gibt auch Hinweise auf positive Alternativen: So hat Brasilien schon vor längerem hohe Grundsteuern auf ungenutzte Parzellen eingeführt und neue planerische Instrumente entwickelt.

Ein Modell der fragmentierten Stadt



In São Paulo wurde ein strategischer Masterplan erarbeitet, in dem auch partizipative Elemente integriert worden sind. Wenn sich diese Ansätze noch nicht im erhofften Maße durchgesetzt haben, so zeige dies, wie wichtig die Durchsetzung gesetzlicher Regelungen gegenüber marktliberalen Tendenzen sei, erklärte Prof. Dr. Martin Coy. „Soll Stadtentwicklung nachhaltig sein, so muss das Recht auf Stadt für Alle ernst genommen werden,“ betonte Martin Coy. Das Thema der Zukunft sei gerade in Südamerika das einer erfolgreichen „Governance“.



Sci-Fi-Cities: Stadtzukünfte in Kunst, Literatur und Video

Prof. Dr. Silke Weidner
BTU Cottbus-Senftenberg, Lehrstuhl für Stadtmanagement

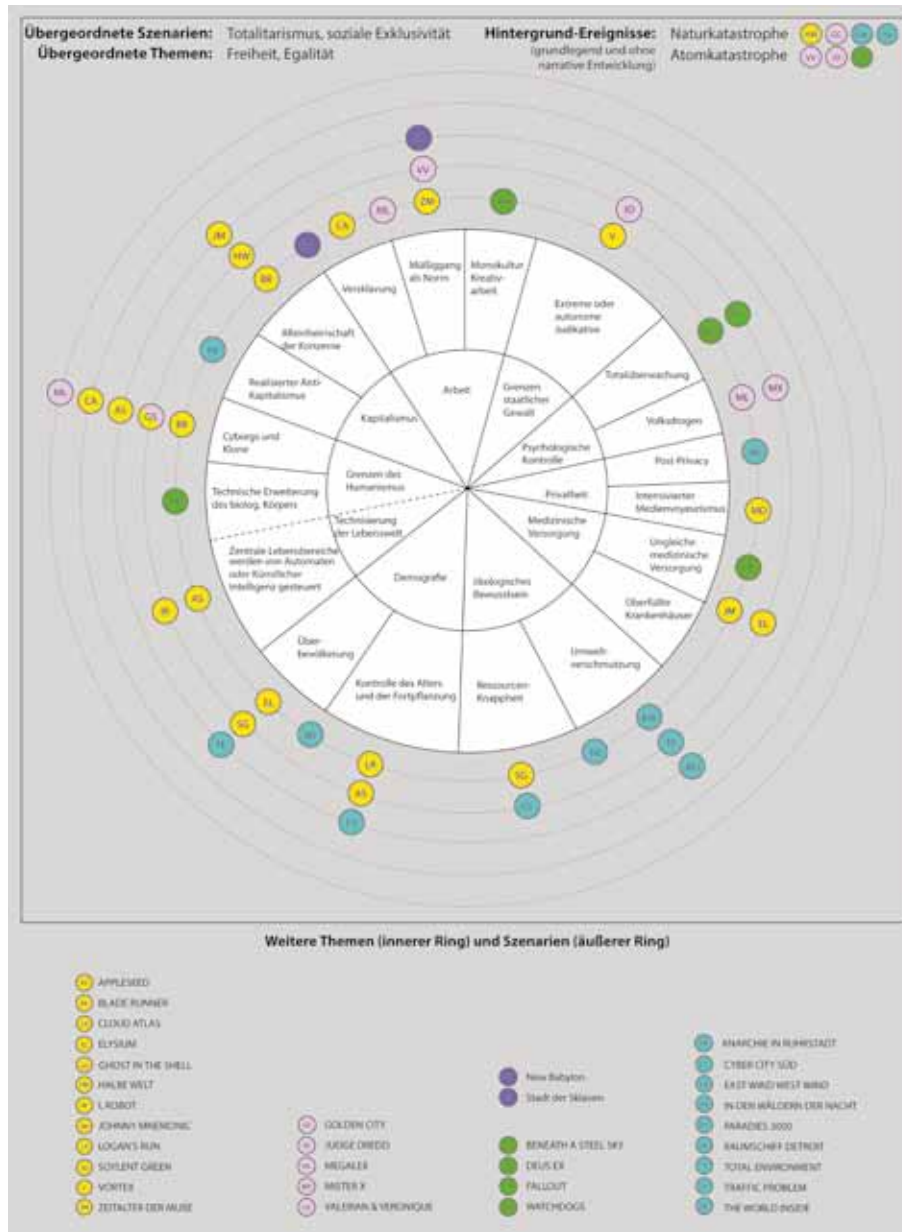


Städte waren schon immer Projektionsfläche utopischer Vorstellungen. Ob und inwiefern sich aus Science-Fiction-Filmen und entsprechenden Romanen Anregungen und Hinweise für die Stadtplanung gewinnen lassen, war die Aufgabenstellung des Forschungsprojekts „Sci-Fi-Cities“, der ein interdisziplinäres Team um die Stadtplanerin Silke Weidner in einer 5-monatigen Studie zwischen Herbst 2014 und Frühjahr 2015 nachgegangen ist. Im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit bzw. des Bundesinstituts für Bau-, Stadt und Raumforschung analysierte ein Team von Stadtplanern, Medienwissenschaftlern und Künstlern Filme, Bücher und Comics der letzten 30 Jahre, um deren Visionen auf potenzielle Gehalte für die Zukunft unserer Städte ‚abzuklopfen‘. Die Ergebnisse sind vielfältig; manche Inhalte dieser Fiktionen scheinen jedoch durchaus anschlussfähig für zukünftige planerische Überlegungen.

In Science-Fiction-Filmen und Büchern sieht es meist düster aus: Kriege, Umweltkatastrophen, Untergangsszenarios herrschen vor. Im SF-Genre scheinen die Negativvisionen zu dominieren.

Was ist der Grund dafür – vielleicht mangelnder Zukunftsoptimismus?

Der Eindruck ist zunächst einmal richtig. Die von uns untersuchten Filme, Romane, auch Spiele übrigens, sind mehrheitlich keine Utopien, sondern sogenannte Dystopien; fiktive Entwürfe, die ein zukunfts pessimistisches Szenario der zukünftigen Gesellschaft entwickeln. Dies ist aber wohl in erster Linie auf den künstlerischen bzw. narrativen Charakter dieser fiktiven Gattung zurückzuführen, die aus dramatischen Gründen die Negativbilder bevorzugen. Einfach gesagt: Mit Katastrophenszenarios lassen sich bessere Geschichten erzählen. Ob sich darin auch eine grundsätzlich pessimistische Haltung gegenüber der Zukunft beispielsweise im Vergleich zu den 1960er Jahren und dem damaligen technischen Optimismus widerspiegelt, müsste man gesondert untersuchen. Eine Rolle hierbei spielen sicherlich die in den frühen 1970er Jahren veröffentlichten Studien des Club of Rome, die



gerade für Städte zum Beispiel in Bezug auf Bevölkerungszuwachs, die Umweltverschmutzung und die Abfallproblematik negative Prognosen bereit hielten.

Können wir dennoch aus den Negativszenarios etwas für die heutigen konkreten Aufgaben der Stadtplanung ableiten und daraus lernen?

Die Stadtbilder, die in den SF-Geschichten zum Ausdruck kommen, greifen grundsätzlich bestimmte aktuelle Trends auf und spitzen sie dramatisch zu. Für die Stadtplanung sind sie jedoch auch in dieser negativen Zugespitztheit aussagekräftig, insofern sie als worst-case-scenarios einer möglichen Zukunft unser Nachdenken konkretisieren und mögliche planerische Antworten auf diese Szenarios vorbereiten können. Grundsätzlich steht ja die Stadtplanung vor dem Dilemma, keine gesicherten Aussagen über die Zukunft zur Verfügung zu haben. Daher kommen auch künstlerischen Ansätze grundsätzlich in Betracht. Es geht um die Auslotung von Potenzialen und Risiken für die Städte von morgen. Die Studie, die wir durchgeführt haben, wirkt daher vielleicht weniger als konkrete Handlungsanweisung denn als Radar für mögliche, allgemeine zukünftige Szenarien. Und sie bereitet Antworten vor, wie wir mit solchen Szenarios umgehen können.

Welche konkreten Ergebnisse für mögliche urbane Entwicklungen konnten Sie aus der Untersuchung gewinnen?

Es haben sich im Lauf der Untersuchung bestimmte Themen herauskristallisiert, die in den meisten Science-Fiction-Werken vorkommen. Eines davon ist die durchgängige Technisierung der Lebenswelt. Technische Innovationen wie Cyberbrillen, Tablets, Smartphones und selbstfahrende Autos wurden schon vor längerer Zeit in Science-Fiction-Arbeiten dargestellt. Diese Technisierungsdimension innerhalb der SF-Welten ist daher sozusagen anschlussfähig für eine zukünftige Stadtplanung, wie die Diskussionen zum Thema Smart City gezeigt haben. Ich gehe davon aus, dass sich die Welt der Sci-Fi-Cities durchaus als nützliche Inspirationsquelle für manche realen Stadtprojekte und Forschungsinitiativen erwiesen haben. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Zukunftsstadt Fujisawa Sustainable Smart Town in der Nähe von Tokio, die 2013 und 2014 von Panasonic entwickelt wurde.

Fiktive Sci-Fi-Cities sind also in erster Linie technologisch orientierte Zukunftsvisionen?

Auch, aber keineswegs ausschließlich. Auch dezidiert politische Themen werden in diesen Werken verarbeitet. Ein wiederkehrendes Sujet ist das der totalitären Herrschaft, sei es von Konzernen oder dem Militär. Filme wie „Halbe Welt“ (1983), „Johnny Mnemonic“ (1995) oder „Syndicate“ (1993) thematisierten dergleichen. Ein anderes Thema ist die Roboterisierung des Menschen zum Beispiel in „I-Robot“ (2004) und die Weiterentwicklung der menschlichen Biologie – mitsamt der damit verbundenen Veränderung humaner Werte. Schon die populären Matrix-Filme haben sich diesem

Thema gewidmet. Schließlich ist auch und sogar in besonderem Maße ein Phänomen wie die Fragmentarisierung der Gesellschaft ein wiederholter Befund in Science-Fiction-Werken. Die Gegensätze von Arm und Reich sind vielleicht für die Stadtplanung eines der vielschichtigsten Themen, insofern es in Bezug auf eine ganze Reihe von Spezialaspekten wie Wohnen, Gesundheitsversorgung, Sicherheit oder auch Ernährung durchgespielt wird.

Gibt es in den SF-Dystopien konkrete Ideen zum Beispiel über Wohnformen, die eventuell für eine zukünftige Stadtplanung von Interesse sein können?

Wir haben uns auch speziellen Fragestellungen wie Verkehr oder Wohnen gewidmet. Romane und vor allem Filme bieten hierfür interessantes Anschauungsmaterial: In Robert Silverbergs Roman „The world inside“ (1971) verlassen die Menschen zum Beispiel ihre Hochhauswohnungen lebenslang nicht; die Bewohner sind nach sozialen Schichten sortiert: Je höher sie wohnen, desto höher stehen sie in der Hierarchie der Gesellschaft. Ein Computerkern regelt die technische Infrastruktur. Im Film „Cloud Atlas“ (2012) verläuft angesichts von Überschwemmungen der Verkehr in Unterwasserröhren. Im Film „Das fünfte Element“ (1997) leben die Menschen ebenfalls in Hochhäusern, wobei diese durchgehend vertikale Stadt hier das Ergebnis der Entwicklung von Grundstückspreisen ist. Im Film „Elysium“ (2013) leben die Eliten in einer Raumstation, während der Rest der Menschheit sich den spärlichen Raum einer überbevölkerten Erde ohne Gesundheitsversorgung teilt. Systematisiert man, so lassen sich aus unserer Sicht grob sechs räumliche Stadtmodelle unterscheiden: die Megastadt und die unendliche Stadt, die unterirdische, die fliegende und die schwimmende Stadt sowie die Kuppelstadt. Der interessante gemeinsame Faktor der letztgenannten Modelle liegt in der Isolation und der Abgrenzung eines Teils der Stadt gegenüber einer zerstörten oder zerstörerischen Umwelt. Der Hinweis auf aktuelle Tendenzen innerhalb von Städten wie das Phänomen der gated communities, der geschützten Stadtviertel für bestimmte Bevölkerungsgruppen, liegt nahe.

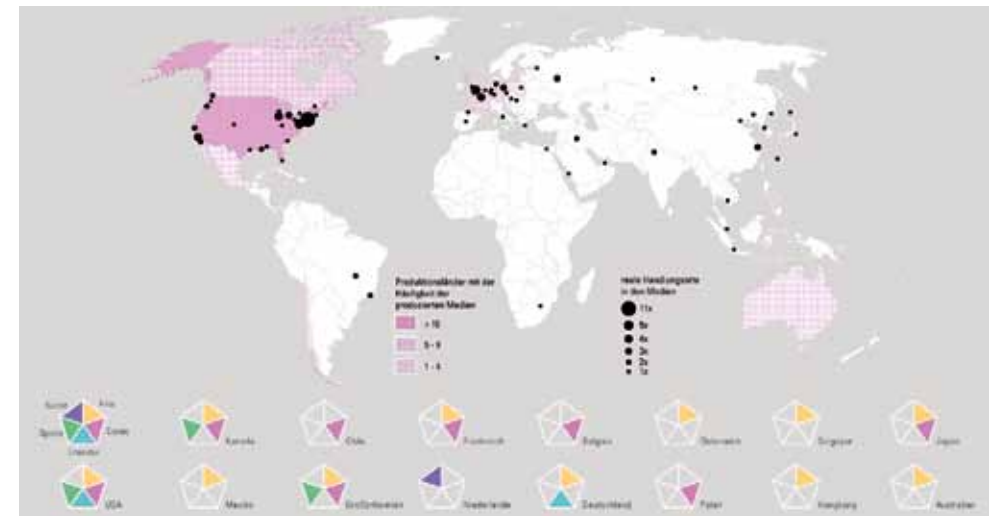
Gibt es eigentlich gar keine Idyllen, zum Beispiel von Natur geprägte Visionen? Und: Unterscheiden sich die SF-Cities eigentlich nach den Ländern, in denen sie entwickelt werden? Anders gefragt: Sind die SF-Visionen eine spezifisch amerikanische Unterhaltungsform?

Naturräumliche Umgebungen gibt es zum Beispiel in der Kurzgeschichte „In den Wäldern der Nacht“ (2008) aus dem Buch „Metatropolis“. Haupthandlungsort ist eine autarke Ökosiedlung, die versteckt unter einer dicken Schicht aus Waldboden liegt. Idyllisch geht es dabei allerdings weniger zu: Der Waldboden schützt vor der Entdeckung durch Wärmekameras. Idylle im Sinne von attraktiven Freiräumen und lockerer Bebauung findet sich vor allem als Gegenmodell zu dystopischen Umgebungen, zum Beispiel im Film „Elysium“ (2013). Dabei geht es darum, die Teilung der Gesellschaft zu visualisieren.

Erwähnenswert in diesem Zusammenhang sind SF-Werke, die Gesellschaften zeigen, die ohne Erwerbsarbeit auskommen und Müßiggang zur Norm erheben. Die Werkgruppe „New Babylon“ (1959–74) des Künstlers Konstant und der Film „Dreht euch nicht um – der Golem geht rum“ (1971) sind hier zu nennen. Von Idylle zu sprechen, fällt jedoch schwer: Letzteres Werk lässt sich eindeutig als Dystopie klassifizieren.

Haben Sie den Eindruck, dass die Politik aus den Ergebnissen dieser künstlerischen Visionen etwas Bleibendes gewinnen kann?

Ich glaube, dass SF-Werke wie andere künstlerische Arbeiten für Zukunftsfragen sensibilisieren können. Ich habe den Eindruck, dass man dies auch an vielen Stellen zunehmend erkennt. Vielleicht werden wir zu diesem Thema auch einen Folgeantrag stellen. Übrigens hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit in Person von Dr. Ulrich Hatzfeld vor kurzem eine Filmreihe mit SF-Filmen aus unserer Studie speziell für die Mitarbeiter des Ministeriums eingerichtet. Es geht darum, sich durch solche Eindrücke etwas aus dem Alltag zu lösen und den Kopf für neue Ideen freizumachen.





Metropolregion Mailand: Scharnier zwischen Nord und Süd

Dr. (I) Arch. Andreas Kipar
KLA kiparlandschaftsarchitekten GmbH, Duisburg/Mailand



Mit 1,3 Millionen Einwohnern ist Mailand die zweitgrößte Stadt Italiens. 7,4 Millionen Einwohner leben im Umkreis und bilden den größten italienischen Ballungsraum. Betrachtet man die gesamte Region von Turin bis nach Verona, so hat man es mit einem Raum zu tun, in dem rund 20 Mio. Menschen leben, die 40 Prozent des Bruttosozialprodukts Italiens erwirtschaften. Zugleich bietet Mailand in den letzten Jahren Anschauungsmaterial für eine postindustrielle Metropolentwicklung, in der speziell die Landschaftsarchitektur eine prägende Rolle spielt. Der Landschaftsarchitekt Andreas Kipar, der in Italien sein zweites Standbein aufbaute und 1985 in Mailand das Planungsbüro LAND (Landscape, Architecture, Nature and Development) gründete, hat maßgeblich dazu beigetragen, dass der Beitrag „grüner Strukturen“ im Großraum Mailand für die Stadtentwicklung sichtbar wurde – sowohl im dicht bebauten Stadtbereich auf industriellen Brachflächen als auch perspektivisch in der Region.

Grüne Strahlen – Metropolregion Mailand

Mailand, so Kipar, ist im Kern eine steinerne Stadt. Es ist eine Stadt, die für ihre Hektik und Betriebsamkeit bekannt ist, die im Zentrum überaus eng bebaut ist – 7.000 Menschen leben hier pro Quadratkilometer – und die sich bisher nur an wenigen Stellen zu Grünflächen und öffentlichen Plätzen öffnet. Gerade in so einem Umfeld, erläutert Andreas Kipar, können beruhigte Freiräume als wirklich neuartige städtische Qualität wahrgenommen werden und ein städtisches Lebensgefühl vermitteln. Allenthalben entstanden in den letzten Jahren neue grüne Inseln, die nach und nach zum „Motor der Stadtentwicklung“ geworden sind. „Die Vision, die wir für Mailand haben, ist es, der Digitalisierung und Globalisierung als den heutigen Grundparametern der gesellschaftlichen Entwicklung gerade für die junge Generation eine lokale Verortung entgegenzusetzen“, beschreibt Landschaftsarchitekt Kipar seinen Ansatz. „Hierfür gestalten wir Räume, die als Gemeinschaftsräume, als shared space, erlebbar werden.“ Hierzu könne zum Beispiel ein fünf Hektar großes

Der neue „Portello Park“ nimmt
einen Großteil der Fläche des ehemaligen
Alfa Romeo-Werksgebietes ein.



Weizenfeld gehören, das inmitten einer ergänzten Hochhausstruktur ausgesät wurde und das als temporäre Kunstinstallation (die später zum dauerhaften Park werden soll) das Bewusstsein ökologischer Verträglichkeit vermitteln soll.

Grüne Freiräume

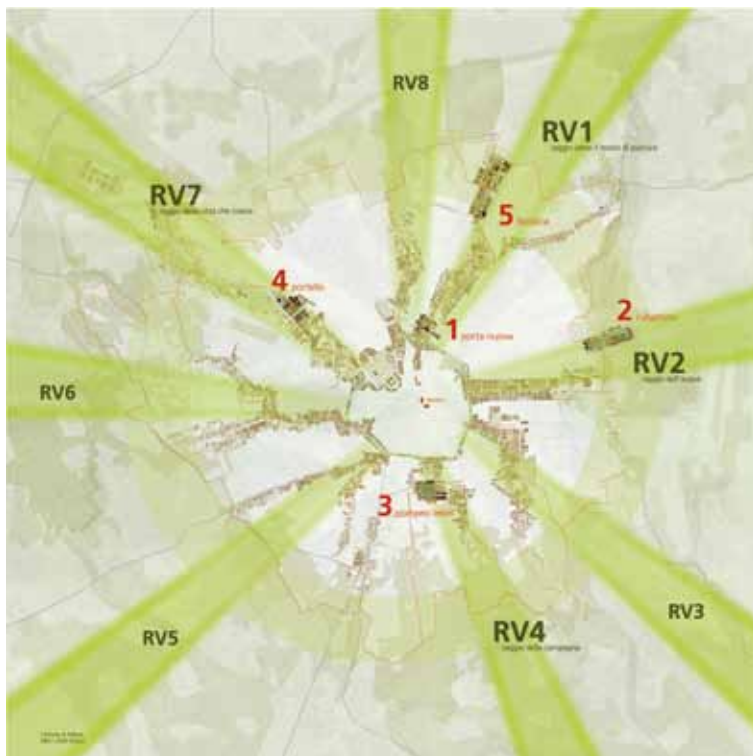
Eines von Kipars ersten Projekten in Mailand war der „Parco Nord“ am Rande der Stadt. Es handelt sich um einen großräumigen (mehr als 600 ha), durch lange Achsen und weite, von doppelreihigen Alleen eingefassten Park. Das Prinzip, so Kipar, war es, hier „klare Strukturen“ zu schaffen, die die Qualitäten grüner Stadträume mit ihren Achsen (und teilweise runden Räumen) und dem Bewuchs erlebbar machen. Im Osten der Stadt entwickelte das Büro mit dem „Parco Rubattino“ eine Landschaft mit See und Spielplätzen, die unterhalb einer auf Stelzen errichteten Autobahn liegt. Ein Nicht- oder Unort wurde so zu einem wertvollen und nutzbaren Freiraum. Ab dem Jahr 2002 war LAND gemeinsam mit weiteren internationalen Büros in einem zehn Jahre dauernden Projekt an der Entwicklung des Viertels „Porta Nuova Garibaldi“ beteiligt, dem neuen, von Hochhäusern dominierten Finanzviertel der Stadt. Es erstreckt sich vom Zentrum bis weit in die Außenbezirke. Bekannt

für seine beiden grünen Wohnhochhäuser mit ihrem „Bosco Verticale“ ist dieser Stadtteil mit Hilfe von Kipars Expertise zu einem in Italien neuartigen Beispiel einer „permeablen Stadt“ geworden, in der Freiräume und Sichtachsen neue Bezüge und Sequenzen im Stadtgefüge geschaffen haben. „Unsere Grundidee war, Sequenzen zu schaffen, begehbare Achsen“, berichtet Andreas Kipar: „Grüne Intarsien innerhalb der Architektur.“

Manche der neuen Grünanlagen Mailands sind auf Brachen entstanden, auf denen ehemals die begehrten Ikonen der italienischen Automobilindustrie produziert wurden. Während der Parco Rubattino auf dem ehemaligen Maserati-Werksengelände angelegt wurde, nimmt der neue „Portello Park“, den Kipar und der englische Landschaftsarchitekt Charles Jencks gemeinsam entwickelten, nun rund ein Drittel der Fläche des ehemaligen Alfa Romeo Werksengeländes (385.000 m²) ein. Die kunstvoll arrangierte Hügellandschaft hat einen kreisrunden See als Mittelpunkt, dem sich ein ebenso spektakulärer kreisrunder Hügel („The Spiral of Time“) als Pendant entgegenstellt.

In deutlicher Konsequenz der bisherigen Projekte und sie teilweise einbeziehend, entwickelte das Büro LAND in den letzten Jahren im Auftrag der Stadt einen räumlich weit ausholenden Masterplan. Kernstück dieses vollständig neuartigen Stadtentwicklungskonzepts, das unter dem Namen „Grüne Strahlen“ („raggi verdi“) bekannt wurde, sind acht vom Zentrum ins Umland reichende, durchgängige Landschaftsachsen. Sie wurden in das Programm der Weltausstellung EXPO 2015 aufgenommen. Kipars grüne Strahlen, von denen jeder einem Stadtteil geordnet ist, sollen den Menschen ermöglichen, die Stadt wieder in Ruhe zu Fuß oder mit dem Fahrrad zu erkunden und sie sich gewissermaßen wieder anzueignen. Die „raggi verdi“ reichen konzeptionell bis weit ins Umland, zum Teil nördlich bis an die italienisch-schweizerische Grenze, und stellen einen ersten Versuch in Italien dar, Stadt und Umland unter dem Gesichtspunkt landschaftlich geprägter Zonen neu zu strukturieren.

Die Idee macht Schule. Für die Stadt Essen, die für das Jahr 2017 von der EU als „Europäische Grüne Hauptstadt“ ausgewählt wurde, entwickelt Kipars Büro derzeit Konzepte einer großräumigen Weiterentwicklung schon bestehender grün-blauer „Bänder“, die von der Emscher im Norden bis zum Baldeney-See im Süden reichen sollen. Es scheint, dass das Strahlenprinzip für Metropolentwicklung modellhaft wirken könnte.



Mailand befindet sich im Wandel – die Wiederentdeckung von „Grün in der Stadt“ hat eingesetzt. Die „raggi verdi“ (links oben), die Dr. Andreas Kipar und sein Team für Mailand entworfen haben, machen deutlich, dass „Grün in der Stadt“ im wahrsten Sinne weitreichende Folgen haben kann – ob bei der „Porta Nuova“ (Rendering S. 30) mit den grünen Wohnhäusern des „Bosco Verticale“ (ganz unten), dem mehr als 600 Hektar großen „Parco Nord“ (links unten) oder aber beim „Parco Rubattino“ (unten) unterhalb der Autobahn.



Die Rolle der Stadt im Ringen um eine nachhaltige Entwicklung

Prof. Dr. Dr. Dr. h. c. Franz-Josef Radermacher
Forschungsinstitut für anwendungsorientierte
Wissensverarbeitung, Universität Ulm



Der Text diskutiert einen wichtigen Aspekt urbaner Zukunft, nämlich die Rolle der Stadt für die mögliche Durchsetzung einer nachhaltigen Entwicklung, u. a. weil dort die meisten Menschen leben werden, dort die größte Wirtschaftsleistung konzentriert ist, dort die Voraussetzungen für die Bereitstellung eines breiten Feldes von Dienstleistungen am besten sind und dort auch noch am ehesten ein Wollen der großen Mehrheit der Menschen in Strukturen mit vielen Bürgern umgesetzt werden kann. Das alles ist wichtig für eine mögliche nachhaltige Entwicklung. Gemäß der Überlegungen des Club of Rome wird allerdings auch diskutiert, dass dies nur eine der möglichen Entwicklungen für die Zukunft ist, und nicht einmal die wahrscheinlichste. Die Alternativen sind eine weltweite Zweiklassengesellschaft (Brasilianisierung) und damit verbunden ein Ausbluten der Mittelklasse in den OECD-Staaten oder ein ökologischer Kollaps.

Die Rolle der Städte wird vor diesem Hintergrund behandelt. Wegen des raschen Wachstums der Weltbevölkerung und der damit einhergehenden massiven Urbanisierung ist die Rolle der Städte für die zukünftige Entwicklung zentral. Innerhalb der Stadt ist der Immobiliensektor von zentraler Bedeutung für die Lebensqualität, aber auch für die Energie- und Klimaseite. Zukunftssicherung setzt in all diesen Bereichen ein kluges Vorgehen voraus. In den Städten und ihren Umgebungen wird sehr weitgehend entschieden, wie die Zukunft sein wird – dies immer in Verbindung mit der weiteren Entwicklung in den Bereichen Technologie und Global Governance. Wesentliche Themen sind Ressourcen, Klima und insbesondere die Ausgestaltung des Weges in ein neues Energiesystem. Die Herausforderungen in diesem Bereich werden beschreiben, eine zusammenführende Einschätzung rundet den Text ab.

1. Die Menschheit auf dem Weg in eine nachhaltige Entwicklung?!

Die Menschheit steht vor extremen Herausforderungen im Kontext der Weltbevölkerungsentwicklung und der Globalisierung [18, 20]. Problematisch sind die absehbaren enormen Engpässe im Bereich der Ressourcen wie die wachsenden Umweltbelastungen, insbesondere in der Folge der Aufholprozesse großer, bevölkerungsreicher Staaten wie Indien und China. Als besonders schwierig erweisen sich die ungeklärten Governanceverhältnisse zwischen Reich und Arm, zwischen bevölkerungsreichen Staaten und den anderen, zwischen militärisch starken und militärisch nicht so starken Staaten, ebenso Fragen der Balance zwischen Zentrum und Peripherie sowie zwischen Städten und Regionen. Damit verbunden ist die Frage, ob es überhaupt zu internationalen Vereinbarungen über den Schutz nichterneuerbarer Ressourcen und der Umwelt sowie des Klimas und zu Vereinbarungen von Mechanismen zur Verbesserung der sozialen und kulturellen Balance kommen wird, die wiederum Voraussetzung für eine nachhaltige und damit langfristig zukunftsfähige Entwicklung sind.

In dieser Situation kommt Themen wie Technik, Design und neuen Materialien sowie neuen Formen der Energieerzeugung und insbesondere auch der zukünftigen Organisation der Städte eine zentrale Rolle zu, denn in Letzteren werden in 2050 die meisten der dann lebenden Menschen zuhause sein. Eine Zukunftsgestaltung und eine tragfähige Wohlstandsentwicklung für zukünftig 10 Milliarden Menschen ist ohne fundamental verbesserte technische Lösungen und damit verbunden ohne ein weltweit erhebliches Wachstum nicht denkbar und das gilt auch für eine hohe Qualität zukünftigen städtischen Lebens. Ziel muss über die nächsten Jahrzehnte eine Vervielfachung der Weltwirtschaftsleistung bei gleichzeitiger paralleler Erhöhung der Ökoeffizienz (Total Decoupling) und bei Herstellung einer weltweiten sozialen Balance (Equity) sein, die in etwa der heutigen Situation in Europa und in den erfolgreichen Nationalstaaten rund um den Globus entspricht.

Allerdings werden neue Technologien [17], und damit eine Erhöhung der Ressourcenproduktivität [22, 27] alleine noch nicht eine vernünftige Zukunft sichern können. Sie sind nur eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung für Zukunftsfähigkeit. Dies ist die Folge des sogenannten Bumerangeffekts [11, 18], gemäß dem bei inadäquat regulierten Verhältnissen technischer Fortschritt zwar die Ressourcen- und Umweltbelastungen pro Wertschöpfungseinheit senkt, dabei aber die Anzahl der Einheiten immer schneller wächst, als pro Einheit Absenkungen erreicht werden. Letztlich werden so mit immer besserer Technik immer mehr Ressourcen verbraucht und immer mehr Umweltbelastungen erzeugt. Ein typisches Beispiel ist das erhoffte sog. papierlose Büro, das sich mittlerweile zum Ort des größten Papierverbrauchs in der Geschichte der Menschheit entwickelt hat.

Noch deutlicher: Der eigentliche Bumerangeffekt ist die ständig wachsende Zahl von Menschen auf einem ständig höheren Niveau an Lebensstandard, aber eben auch an Ressourcenverbrauch. Gegenüber der Situation vor 10.000 Jahren zu Beginn des Neolithikums (8.000 v. Chr.), bevor Ackerbau und Viehzucht erfunden wurden, hat sich die Welt dramatisch verändert. Damals gab es nur 20 Mio. Menschen auf der ganzen Welt. Mehr Jäger und Sammler kann die Welt auch nicht ernähren. Die Erde war insofern damals voll, so wie sie heute voll ist. Und die Situation war damals auch nicht nachhaltig, so wenig wie heute. Denn damals haben die Menschen einige Großwildarten ausgerottet, die wichtige Elemente ihrer Nahrungsbasis waren.

„Der eigentliche Bumerangeffekt ist die ständig wachsende Zahl von Menschen auf einem ständig höheren Niveau an Lebensstandard, aber eben auch an Ressourcenverbrauch.“

Der beschriebene Rebound wird bzgl. der Anzahl der Menschen bald einen Faktor 500 bedeuten. Nimmt man den Energieverbrauch als einen wichtigen Indikator für die Gesamtwirtschaftsleistung und die erzeugten Umweltbelastungen, so ist es hier in den letzten Jahrzehnten zu einem „partiellen Decoupling“ gekommen: Die Wachstumsrate des Energieverbrauchs war etwa halb so groß wie die Wachstumsrate der Gesamtwirtschaftsleistung. Rebound ist insofern also nicht einfach Wachstum, wie manche fälschlicherweise meinen. Rebound ist vielmehr Wachstum dividiert durch einen geeignet definierten

Technikeffizienzfaktor. Dabei gilt: Sobald wir mehr Wachstum in der Anzahl der Menschen und dem Lebensstandard wollen, als wir an technisch-organisatorischer Effizienz zusätzlich hervorbringen, haben wir einen Bumerangeffekt.

Insofern ist für eine positive Gestaltung der Zukunft mehr erforderlich als nur Innovation im Bereich Technik, Design und neue Materialien. Hinzu kommen müssen Innovationen im Bereich der globalen politischen Governance und damit der Gestaltung politisch-gesellschaftlicher Strukturen [18, 19]. Beides muss in einer klugen Zukunftsstrategie miteinander verknüpft werden. Gelingt dies, so gibt es eine realistische Perspektive für Nachhaltigkeit in Verbindung mit einem Stopp des Weltbevölkerungswachstums in Verbindung mit einer ökosozialen globalen Marktstruktur. Die UN, die OECD, die EU sprechen seit der Weltfinanzkrise 2007/2008 im Gleichklang mit dieser Feststellung von der Erfordernis sogenannter „green and inclusive markets“ bzw. eines „green and inclusive growth“.

Gelingt dies nicht, droht entweder der ökologische Kollaps oder aber eine Ressourcendiktatur in Verbindung mit einer Brasilianisierung der Bevölkerungen der reichen Länder [18, 20]. Letzteres bedeutet die relative Verarmung von 80–90 Prozent der Bevölkerung in den OECD-Staaten, ein Prozess, der in den letzten Jahren unter dem Begriff der Prekarisierung bzw. der sich „öffnenden Schere“ bereits in Gang gekommen ist und der Anlass zu großer Sorge gibt. Dabei kommen man-

che Regionen unter Druck, andere profitieren. Die Situation in Europa nach der Finanzkrise und die Entwicklung in Staaten wie Griechenland deuten auf denkbare, unschöne Perspektiven hin.

Im Rahmen der beschriebenen Prozesse, insbesondere bei zunehmender Energieknappheit oder im Kontext einer Klimakatastrophe könnte auch der weitere Aufstieg von Ländern wie China und Indien und insbesondere auch anderer zurückliegender Regionen ausgebremst werden. Natürlich sind solche Entwicklungen mit möglicherweise nicht kontrollierbaren Folgen bis hin zu massenhafter Migration in die Wohlstandsregionen der Welt bzw. zu Bürgerkrieg oder Terror verbunden.

Wir können nur hoffen, dass ein solcher Weg verhindert werden kann. Es liegen große Herausforderungen vor uns, solche eher technischer Natur und solche im Bereich Governance. Das Motto für eine zukunftsfähige Welt lautet: Ökosozial statt marktradikal. Die Städte sind ein wichtiger Akteur in den dafür relevanten Prozessen.

2. Zur Rolle der Städte – international und in Europa

Die Welt befindet sich in einem Zustand zunehmender Urbanisierung. Dies ist eine Reaktion auf das unglaublich schnelle Wachstum der Weltbevölkerung. Solche großen Zahlen von Menschen können nicht mehr adäquat in der Fläche untergebracht werden. In Hochhäusern leben teilweise mehrere tausend Menschen. Dafür braucht man anderswo ein Dorf oder eine kleine Stadt. Die Aufzugssysteme der Hochhäuser übernehmen dann die Rolle des Nahverkehrs. Das ist energetisch besonders günstig. Verkehr zwischen den Gebäuden findet in den großen Städten gebündelt über U-Bahn-Systeme statt. Das Brauchwasser eines Hochhauses fällt gleich gebündelt an. In Hongkong kann man alle diese Effekte wie in einem Brennglas studieren. Die Fläche des Landes hätte auch bei 100-prozentiger Ausnutzung für Einfamilienhäuser nicht ausgereicht, um alle Menschen unterzubringen. Ähnlich stellt sich die Situation beim jetzigen rasanten weiteren Wachstum der Weltbevölkerung dar, denn die Flächen werden ohnehin schon knapp, sowohl für den Bau weiterer Infrastrukturen als auch für die Sicherung der Welternährung. Hinzu käme eine totale Zersiedlung des Raumes. Darüber hinaus wäre es auch unbezahlbar, die vielen Möglichkeiten der Moderne den Mensch in partizipativ-angemessener Weise in der Region ermöglichen zu wollen. Gerade im Bereich sich entwickelnder Länder ist die Konzentration der Menschen in Städten die einzige Chance, für viele Menschen gewünschte bzw. erforderliche Arbeitsplätze auf der einen Seite und Dienstleistungen wie Ausbildung und Gesundheitsdienste auf der anderen Seite bereitzustellen. Verstädterung ist keine „schöne“ Lösung. Aber das Hauptproblem ist nicht der Charakter der Lösung, sondern die unglaublich große Zahl von Menschen. Nachhaltige Entwicklung kann in diesem Kontext, wenn überhaupt, nur in Städten geleistet werden. In 2050 werden 75 Prozent der dann 10 Milliarden Menschen in

Städten mit mehr als 100.000 Menschen leben. Die Zahl der Megacities mit mehr als 10 Millionen Menschen wird zügig weiter wachsen. Die Zukunft der Menschheit wird in den Städten und in ihrer Ausgestaltung entschieden.

Was steht in den Städten Europas/Deutschlands an?

Unsere Städte in Europa sind wichtige Kulturgüter. Sie sind Orte des Miteinanders, der Innovation, der Politik und der Zukunftsgestaltung. Wir erleben auch in Deutschland eine zunehmende Urbanisierung, und zwar parallel zu einem demografischen Wandel, der vielen Städten Probleme bereitet. Uns ist bewusst, dass in unseren Städten viele Veränderungen stattfinden müssen, wenn wir unser hohes Niveau halten wollen. Die Probleme sind ganz anderer Art als in vielen Megacities rund um den Globus. Dennoch wird der Wandel auch bei uns nicht einfach sein. Vor allem müssen wir darauf achten, dass die Menschen die Kontrolle über diese Prozesse behalten und nicht private Investoren oder große Akteure im Bereich der Premium-Immobilien unserer großen Städte.

Wie geht die deutsche Politik mit diesen Herausforderungen um? Für Deutschland hat der Staatssekretärausschuss für nachhaltige Entwicklung hierzu große Zukunftsaufgaben einer nachhaltigen Stadt- und Regionalentwicklung thematisiert und folgende Aufgaben hervorgehoben:

- die soziale Stabilisierung etwa für Zuwanderer (soziale, inklusive und chancengerechte Stadt),
- den ökologischen Umbau (ressourceneffiziente, grüne Stadt),
- die Bereitstellung und Erneuerung städtischer Infrastrukturen (vorsorgende Stadt, Smart Cities),
- die Sicherung fachlicher und organisatorischer wie wirtschaftlicher und finanzieller Handlungsfähigkeiten (kompetente Stadt),
- den Ausbau kooperativer und partizipativer Strukturen sowie die Stärkung von bürgerschaftlichem Engagement (Stadt der engagierten Bürger und Partner).

Diese Herausforderungen verbinden sich mit politischen, wirtschaftlichen und technologischen Entwicklungen wie etwa der Netzwerkbildung, Globalisierung und Digitalisierung urbaner Räume.

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) bereitet in diesem Kontext unter Beteiligung interessierter Ressorts die Einrichtung einer nationalen Dialogplattform „Smart Cities“ vor, die insbesondere die Potenziale moderner Informations- und Vernetzungstechnologien für eine nachhaltige Stadtentwicklung in Deutschland und darüber hinaus identifizieren, dann entsprechende Maßnahmen zu deren Nutzung initiieren und ihre Arbeit regelmäßig national wie international kommunizieren sollen.

Wenn wir uns im Besonderen mit der Stadt in Europa oder mit der Stadt in Deutschland beschäftigen, reden wir, global betrachtet, über die „Premiumebene“, die Spitze der internationalen Wohlstandspyramide. Wir leben in der gebauten Erinnerung eines unglaublich wertvollen historischen Erbes, das letzten Endes daraus resultiert, dass wir, ausgehend von Europa und dann den USA, das Betriebssystem der modernen Welt erfunden haben. Als Erfinder dieses Betriebssystems und insbesondere der neuen technischen Möglichkeiten haben wir die ganze Welt „erobert“ und viele Ressourcen exklusiv für uns erschlossen. Damit haben wir uns in eine ganz besondere Situation gebracht – die Premiumposition. Das so erreichte Niveau wird jetzt überall auf dem Globus als (Fern-)Ziel verfolgt. Rund um den Globus will man ein solches Niveau erreichen. Daraus resultiert angesichts der Umwelt- und Ressourcenprobleme die Frage, worauf wir uns für die nächsten 60 bzw. 70 Jahre einstellen müssen? Wie können wir unsere historischen Errungenschaften sichern und zwar möglichst zum besten Nutzen aller Menschen?

Das entscheidende Thema für eine gute Zukunft der Welt, auch für eine gute Zukunft der Stadt von übermorgen, ist Innovation. Innovation ist, wie dargestellt, nicht nur ein technisches, sondern vor allem auch ein organisatorisches Thema.

Neben der Innovation gibt es ein weiteres zentrales Thema: den Roll-out der Innovation über entsprechende Investitionen und dazu korrespondierende Ausbildungsprogramme. Innovation und Investitionen sind die beiden ökonomischen Komponenten, mit denen man Wohlstand produzieren kann. Über die Innovation kommt das Neue in die Welt – das ist die „Königsebene“. Hier werden die prinzipiellen wirtschaftlichen Sprünge vorbereitet und diese gilt es in Breite nutzbar zu machen. Das ist das Thema des Roll-out des Neuen und dies geschieht in Form von Investitionen. Es ist dies ein besonders wichtiger Teil der Investitionsleistungen. So können wir das Wohlstandsniveau global steigern. Ein erfolgreicher Roll-out ist in diesem Sinne der Prozess, mit dem man auf dem Niveau des vorhandenen Könnens das System reicher machen, wenn substanzielle Teile des Systems noch nicht haben, was man haben könnte, obwohl es schon da ist [18].

Das beste Beispiel für das Gesagte ist heute die Mobilfunktelefonie. Dies ist eine stark dematerialisierte Technik, zugleich auch eine von Individuen jeweils für sich nutzbare Technik mit extremen Wertschöpfungspotentialen, die man Individuen einigermaßen preiswert verfügbar machen kann. Heute gibt es bereits vier Milliarden Menschen mit einem Mobiltelefon, obwohl nur eine Milliarde Menschen ein Konto besitzt. Damit ist schon abzusehen, was an dieser Stelle in Zukunft passieren wird. Mobiltelefonbasierte Finanzdienstleistungen werden immer mehr an Bedeutung gewinnen. Milliarden Menschen können so am Finanzsystem teilhaben, ohne dass die bisherige

„Das entscheidende Thema für eine gute Zukunft der Welt, auch für eine gute Zukunft der Stadt von übermorgen, ist Innovation.“

aufwendige Infrastruktur der reichen Länder für einen Zugang zum Finanzsystem bei ihnen aufgebaut werden muss.

Ähnliches zeigt sich übrigens im Bereich der erneuerbaren Energie. Das Gangesdelta in Bangladesch, ohne ausgebaute Stromnetze und mit sehr begrenzten Verkehrsinfrastrukturen, ist heute der Teil der Welt, an dem – privat finanziert – Photovoltaik in Breite durchgesetzt wird [28]. Die mögliche Steigerung der Wertschöpfungsfähigkeit ist der Grund für die Möglichkeit der privaten Finanzierung der individuellen Nutzung von Photovoltaik-Installationen im Gangesdelta durch relativ arme unternehmerische Akteure, oft auf Basis von Mikrokrediten. Die von dem Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus geschaffene „Grameen family of organizations“ vom Typ Sozialunternehmen ist in diesem Prozess wesentlicher Treiber der Entwicklung [6]. Das ermöglicht Fortschritt ohne die vorherige gesellschaftliche Schaffung massiver technischer Voraussetzungen, wie landesweit ausgebaute Stromnetze, Straßen usw. als kollektive Aufgabe, die mit massiven Finanzierungsvoraussetzungen verbunden sind, die in einem Entwicklungsland oft nicht erfüllt werden können.

Auf solche Veränderungen muss die Stadt von übermorgen vorbereitet sein, ja, solche Veränderungen werden sie prägen und werden vor Ort getestet und gestaltet werden – u. a. unter der Leitidee

der „digital city“. Die Stadt der Zukunft wird letztlich der Vorreiter solcher neuen Gestaltungsmöglichkeiten sein. Hier fallen die grundsätzlichen Entscheidungen. Es ist also zu beachten, dass sich die Verhältnisse von morgen im sogenannten Roll-out auf die kommunale bzw. städtische Ebene entscheiden werden, nämlich in der Umsetzung. Hier sind auch wichtige Teile von Governance platziert. Es geht um neue Formen der Kommunikation, die partielle Digitalisierung politischer Entscheidungen wie der städtischen Administration, die Digitalisierung

von Verkehrs- und Servicedienstleistungen, das Miteinander der verschiedenen Einkommenssegmente wie auch die Integration von Menschen aus vielen Ländern mit unterschiedlichsten Formen von Migrationshintergründen. Inklusion muss in Städten geleistet werden und je größer die Städte werden, umso mehr haben sie in diesem Bereich eine große Aufgabe. Die Sorge für die ökologische Seite der Entwicklung kommt hinzu.

3. Wirtschaftliches Wachstum ist erforderlich und muss grün und sozial gestaltet werden – überall und insbesondere in der Stadt von übermorgen

Mehr noch als die Welt insgesamt wird sich die Stadt von übermorgen ökonomisch reorganisieren müssen, wenn Nachhaltigkeit das Ziel ist und die Voraussetzungen dafür weltpolitisch geschaffen

werden. Wir müssen Wachstum unter neuen Vorzeichen denken. Nicht immer einfach nur mehr, sondern mehr als ein ökosoziales Wachstum. Die Bausteine hierfür sind Green Growth und Inclusive Growth. Das bedeutet zum einen ein Wachstum, das bei nicht mehr wachsendem ökologischem Fußabdruck unter gleichzeitiger Lösung des Klimaproblems stattfindet. Anders ausgedrückt: ein Wachstum ohne Bumerangeffekt. Es bedeutet aber auch, dass der Mehrwert des Wachstums nicht primär oder dominierend bei denen landen darf, die schon ganz viel haben. Das war leider das Muster in den letzten zwei Jahrzehnten und zeigt sich nun auch verschärft in Europa in der Folge der Finanz- und Eurokrise. Diejenigen an der Spitze der Einkommens- und Vermögenspyramide, die am meisten an den „unsauberen“ Geschäften im Finanzsystem profitiert hatten, die in die Krise geführt haben, verdienen jetzt noch mehr an Staatsschulden als vorher und erzwingen gleichzeitig ein Programm der „Austerity“, das vor allem diejenigen „auslöffeln“ müssen, die als Normalbürger in der Krise eher Objekt als Akteure waren. Der politische Einfluss finanzstarker, international agierender Akteure ist insbesondere so groß, dass diese sich weitgehend der Besteuerung entziehen können [12, 24, 25, 30].

Wir brauchen stattdessen ein erhebliches Wachstum, das die Ärmeren mitnimmt – national wie international. Prozentual muss es da am stärksten wachsen, wo am wenigsten ist. Was nicht ausschließt, dass es nach wie vor dort am meisten absolut wächst, wo am meisten ist. Aber bitte nicht auch noch prozentual, wie das in den letzten Jahren überall auf der Welt der Fall war [12, 18, 24, 25, 30].

Das ökonomische System muss in diesem Kontext dafür sorgen, dass jeder, der will und kann, einen Arbeitsplatz findet und zwar einen auskömmlichen Arbeitsplatz. Wenn das nicht gelingt, wird das bisherige ökonomische System seine „licence to operate“ vielleicht verlieren. Dann müssen neue Transfermechanismen die Lebensbedingungen für Menschen ohne Jobs sichern und zwar besser, als das heute der Fall ist.

Es kann und darf jedenfalls nicht sein, dass die Wirtschaft, dass der Privatsektor sich als Arbeitsplatzbeschaffer in Szene setzt und dann nicht ausreichend liefern kann. Dann muss der Staat eingreifen. Das gilt umso mehr, wenn die Vermögen Weniger ständig wachsen und die Einkommen ständig ungleicher werden und zwar gerade auch dadurch, dass Menschen massenhaft ihre Arbeitsplätze als Folge unternehmerischer Entscheidungen verlieren bzw. sich die Konditionen bei der Erbringung der Arbeit verschlechtern und zu wenig neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Das alles

„Wir brauchen deshalb eine ökologisch-sozial adäquat regulierte globale Marktwirtschaft, eine weltweite ‚ökosoziale Marktwirtschaft‘ bzw. ‚green and inclusive markets‘, wenn wir eine vernünftige Zukunft haben wollen.“

hat Thomas Piketty in seinem Bestseller „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ sehr überzeugend dargestellt [12]. Mit der aufgehenden Schere ist das mittlerweile ein großes gesellschaftlich bedeutsames Thema geworden. Es wird wahrscheinlich in den nächsten Jahrzehnten noch an Bedeutung gewinnen, wenn nämlich immer intelligentere technische Systeme nun auch noch im Kontext künstlicher Intelligenz, Analytics und Big Data attraktive, auf Ausbildung und Intellektualität basierende Arbeitsplätze in Millionenzahlen vernichten werden [3, 4, 8]. Wir brauchen deshalb eine ökologisch-sozial adäquat regulierte globale Marktwirtschaft, eine weltweite „ökosoziale Marktwirtschaft“ bzw. „green and inclusive markets“, wenn wir eine vernünftige Zukunft haben wollen. Das gilt gerade auch für die Städte von morgen, bei uns und weltweit. Bei uns geht es dabei u.a. um den Erhalt des hohen Niveaus unserer Städte. Bei anderen um die Bewältigung eines gigantischen Wachstums und die Vermeidung eines „Planet of Slums“ [5].

Wie ausgeführt ist dafür das Wichtigste, was das gesellschaftliche System leisten muss, die Hervorbringung von Innovationen. Dies verlangt eine adäquate Regulierung des Marktes, die Plünderung bestraft. Man darf demzufolge nicht das meiste Geld verdienen, indem man besonders wirkungsvoll anderswo auf der Welt die Umwelt zerstört oder das soziale Kapital ausplündert. Wer viel Geld verdienen will, sollte vielmehr die Umwelt schützen und dazu beitragen müssen, dass viele Menschen auskömmlich bezahlte Arbeit haben und der Staat seine Steuern einnimmt. In der Regulierung dieser Fragen klären wir auch die Zukunft der Städte.

4. Die Stadt von übermorgen benötigt ein neues Energiesystem – nicht anders als die Welt

Energie ist die absolute Schlüsselfrage für Wohlstand. Der Unterschied zwischen reichen und armen Ländern ist insbesondere auch der Unterschied zwischen der Verfügbarkeit bzw. Nicht-Verfügbarkeit bezahlbarer Energie. Energie ist die Basis von Wohlstand. In den OECD-Staaten sind heute, auf die Bürger umgelegt, etwa 5.500 Watt kontinuierlich die erforderliche Basis. Dafür würde man zwischen 60–90 Energiesklaven benötigen, die ständig für uns arbeiten. Wo soll zukünftig diese Energie für 10 Milliarden Menschen herkommen? Und was hat das mit der Stadt der Zukunft zu tun? Lange Zeit lieferte der Wald entscheidende energetische Ressourcen aber auch nachwachsende Rohstoffe für viele andere Bereiche. Vor 300 Jahren war das System Wald ernsthaft bedroht. Die Zukunft der Menschheit konnte nur mit einem anderen Energiesystem gesichert werden. Mit dem Auffinden und

dem Erschließen der sogenannten unterirdischen Wälder – Kohle, Öl und Gas – ist das gelungen [14]. Dieses energetische System scheint jetzt an seine Grenze zu kommen. Warum?

Heute haben wir noch fossile Energieträger, insbesondere Kohle, für die nächsten 1000 Jahre. Wir hätten also überhaupt kein Problem, unser energetisches System aufrecht zu erhalten, gäbe es da nicht das Klimaproblem. Unser Problem besteht also heute nicht in der Nicht-Verfügbarkeit fossiler Energieträger, insbesondere Kohle, wir haben vielmehr ein Problem mit unserem aktuellen Energiesystem wegen seiner Wirkungen im Klimabereich. Wie entwickeln wir also ein anderes Energiesystem, auch mit Blick auf die Zukunft der Stadt, die natürlich in großem Umfang Energie benötigt? Und gibt es noch umsetzbare Ansätze zur Erreichung des 2-Grad-Ziels im Klimabereich?

Für den Klimabereich finden sich dazu Hinweise in [13, 16]. Es geht um kluge internationale Verträge, aber auch um die Aktivierung freiwilliger Klimaneutralität des Privatsektors, z.B. durch Finanzierung globaler Kompensationsmaßnahmen, wie beispielsweise massive weltweite Aufforstung [9, 10].

Bzgl. der Energiethematik ist dabei folgendes zu beachten: Für arme Menschen sind Wasser und Nahrung die zentralen Themen, für Menschen in Wohlstand die Energie. Wollen wir eine gute Zukunft, brauchen wir ein neues Energiesystem, preiswert, weltweit überall verfügbar, umweltfreundlich, klimaneutral. Wie soll das System aussehen? Deutschland und auch die Schweiz unternehmen zurzeit einen mutigen, aber auch riskanten Versuch in diese Richtung zu einem kritischen Zeitpunkt für die weltweite Entwicklung, motiviert auch durch das große Reaktorunglück in Fukushima in Japan. Erneuerbare Energien sind das Ziel und die Stadt der Zukunft ist darin ein großer Faktor. Allerdings sind viele Fragen noch ungeklärt, vor allem der Umgang mit der Volatilität vieler heutiger erneuerbarer Energieträger. Kann Speichertechnologie die Lösung sein, sind evtl. die Häuser die Speicher der Zukunft oder Elektroautos? Werden u. U. Häuser zu Energieproduzenten, liegt die Lösung in intelligenten Netzen, sogenannten intelligent grids oder brauchen wir vielleicht ein Methanolbasiertes System [2], Power-to-Gas Lösungen oder vielleicht die Nutzung von Aufwindkraftwerken [21] in Wüsten? Welche Potentiale beinhalten europaweite Netze oder der Sprung nach Nordafrika, wie im Projekt DESERTEC, das vom Club of Rome stark unterstützt wurde, angedacht wird? Hier ist noch vieles unklar und noch vieles zu tun. Städte sind in diesem Bereich mit vielfältigen Aktivitäten in interessanten Städtebündnissen aktiv, auch mit Blick auf die Klimathematik. Wobei immer zu beachten ist: Natürlich kann man die ökologischen Fragen zu Lasten der sozialen Fragen lösen. Der Markt löst dann die Probleme, aber nur, indem viele Menschen von Partizipation ausgeschlossen werden. Genau das ist der Weg in die Brasilianisierung. Dieser ist allerdings nicht das Ziel, sondern Wohlstand für alle und zugleich Schutz der Ressourcenbasis und des Klimasystems.

5. Die Stadt von übermorgen muss den Einfluss des Immobiliensektors auf die globale Ökosphäre verstehen und gezielt steuern

Die Immobilienseite hat höchste Bedeutung für eine gute Zukunft der Menschheit. Etwa die Hälfte der Assets der Menschheit steckt in diesem Bereich. Er bildet daher auch den Kern der Rückabsicherung unseres Finanzsystems [12, 18]. Der Mensch lebt im urbanisierten Raum. Auch das macht die Bedeutung der Städte aus, hier wird sich viel entscheiden. Und die Menschen haben hier häufig noch ein relativ großes Zutrauen zur Politik und oft auch zu ihren Oberbürgermeistern (männlich wie weiblich), denen es erstaunlich oft gelingt, das allgemeine Interesse überzeugend herauszuarbeiten und umzusetzen. Politische Mehrheiten von 70–80 Prozent sind nicht unüblich. Hier setzen Bücher wie „When Mayors ruled the world“ [1] oder auch „Wurzeln für die lebende Stadt“ [26] sowie „Better Cities, Better Life“ [23] an.

Natürlich hat der Immobiliensektor auch für die Klimafrage eine große Bedeutung. Im Gebäudebereich sind wesentliche materielle Ressourcen unserer Zivilisation „verarbeitet“, etwa ein Drittel der Energie- und Ressourcenverbräuche findet in diesem Bereich statt, ebenso ein Drittel der



Klimagas-Emissionen. Der Umbau der Zivilisation, vor allem im Bereich der Gebäude, ist daher ein zentrales Thema für den Klimaschutz und die Klimafragen und damit für die Stadt der Zukunft. Dabei müssen aber unbedingt naive Überlegungen vermieden werden. In internationaler Arbeitsteilung im Klimabereich ist das Paretoprinzip zu beachten und sind die Geldmittel sinnvoll einzusetzen.

So wird ein Umbau vom Typ energetische Sanierung von Gebäuden, begründet über die Klimaeffekte, in der Regel im Rhythmus sonstiger Sanierungsmaßnahmen stattfinden müssen, ansonsten sind die induzierten Kosten viel zu hoch [7, 15]. Es kann dann zu erheblichen Eigentumsverlusten, im Extremfall zu Insolvenzen kommen. Im sozialen Wohnungsbau bedeutet das unter Umständen die weitere Stigmatisierung sozial schwacher Bürger, denen dann in Deutschland im Extremfall der Strom abgestellt wird. Dies ist heute schon bei etwa 600.000 Hartz-IV-Empfängern der Fall. Mit Blick auf diese Problematik und erfolgreichen Klimaschutz liegt die Königsebene dann im Potential globaler Kompensationsmaßnahmen, etwa große Aufforstprogramme in den Tropen, zur Herstellung von individueller Klimaneutralität im Kontext der Überbrückung von Anpassungszeiträumen [9, 13, 21].



Energieeffiziente Gebäude prägen die Stadt. Premium-Immobilien sind Gebäude, in die z. B. Weltfirmen als Mieter einziehen. Immer häufiger sind dies heute schon „green buildings“. Warum ist das so? Geht es dabei primär um Energiekosten? Folgendes ist zu beachten: Unternehmen mit internationaler Ausstrahlung und Markenkraft haben im Bereich Corporate Social Responsibility ganz besondere Verantwortung. Sie wollen und müssen ihr Carbon Budget jedes Jahr absenken, z. B. als Mitglied der Global Reporting Initiative und/oder als Mitglieder im Global Compact [9, 29].

Die Kunden erwarten dies ebenso wie die Investoren und die Mitarbeiter, die Zulieferer und die Zivilgesellschaft. Jährliche Absenkung der indizierten Emissionen wird zu einem Thema der Reputation. Residieren in Green Buildings wird in diesem Kontext zu einer Frage der BWL, und zwar wegen der Erwartungen so vieler Stakeholder. Ob sich energetische Sanierung im klassischen Sinne rechnet, ist dann zweitrangig. Reduzierte Energiekosten sind angenehm und man nimmt sie gerne mit, aber sie sind im Moment nicht das zentrale Thema [7, 10, 15, 29].

Und natürlich verlagert man den Anpassungsdruck gerne auf Zulieferer. Man erwartet vom Markt Angebote für eine klimaneutrale Logistik, für das klimaneutrale Reisen der Mitarbeiter und eben auch für Green Buildings. Investiert also jemand in Gebäude, in die Premium-Unternehmen als Mieter einziehen sollen, müssen das zunehmend Green Buildings ein. Auch das ist dann im Wesentlichen eine Frage der BWL. Das bedeutet noch lange nicht, dass sich energetische Sanierung immer rechnet. Noch weniger, dass sie eine besonders sinnvolle Methode ist, heute etwas für das Klima zu tun. Dies gilt von der Kostenseite höchstens dann, wenn sowieso saniert wird. Die Städte müssen sich auf all das einstellen. Sie können Kosten und Verantwortung nicht einfach verlagern. Und oft halten sie große Wohnungsbestände für Mieter in teils schwieriger ökonomischer Lage. Augenmaß, Regulierung, das Setzen von Beispielen und kluge Politik in Zeiten des Übergangs sind hier gefordert.

6. Ausblick in eine bessere Zukunft: Weltweite Entschleunigung ist erforderlich

Der Weg in die Zukunft wird nicht einfach. Doppelstrategisch müssen wir das Neue hervorbringen, während wir die Beschleunigungseffekte, die vom Markt her kommen, schon heute kaum noch aushalten. Wichtig ist es gleichzeitig, die globalen Ordnungssysteme als Teil einer Global Governance in eine nachhaltige Richtung umzusteuern. Die Städte müssen sich in diesen Prozess einbringen. Die Oberbürgermeister mit ihrer zum Teil sehr breiten demokratischen Legitimation spielen dabei eine große Rolle. Das gilt auch für die vielen Bündnisse von Städten zum Schutz der Umwelt und zum Lernen voneinander. Und auch der Erfahrungsaustausch zwischen Städten zum Thema Nachhal-

tigkeit, wie ihn Harris C. M. Tiddens in [26] beschreibt, ist und bleibt wichtig und das gilt auch für die klugen Überlegungen in den Büchern „When Mayors ruled the world“ [1] sowie „Better Cities, Better Life“ [23].

Nebenbemerkung: Es ist ganz interessant, dass sich heute viele Städte gegen das geplante Freihandelsabkommen TTIP mit den USA aussprechen. Interessant ist auch, dass von internationaler Seite versucht wird, ihnen das Recht abzusprechen, das zu tun.

Diese städtischen Akteure müssen sich verbinden mit Unternehmen, die sich klar in Richtung Corporate Social Responsibility und Klimaneutralität ausrichten und ebenso mit aufgeklärten Konsumenten (z. B. sogenannte LOHAS), die dasselbe tun [8]. Im Miteinander all dieser Aktivitäten, getrieben durch technische und politische Innovationen und auch bestimmt durch singuläre, kontingente Ereignisse, wie den Fall der Mauer, die oft auch den Charakter von sogenannten Tipping Points haben, wird sich die Zukunft ergeben. Aus Sicht des Autors bewegen sich die Optionen, wie dargestellt, zwischen weltweiter Balance, Zweiklassengesellschaft und ökologischem Kollaps. Die Städte haben eine große Rolle in diesem Prozess des Hervorbringens der Zukunft – als Treiber wie als Betroffene. Was auch immer kommt, auszuhalten und umzusetzen ist es vor Ort.

Was ist im besten Fall zu erhoffen: Sollte sich eine weltweite ökosoziale Marktwirtschaft realisieren lassen, die irgendwann die Menschheit auf ein Niveau eines hohen Wohlstands in Verbindung mit einer hohen sozialen Balance bringt, könnte eine massive Verlangsamung der Veränderungen in der Welt erreicht werden. Das ist auch überfällig. Die „Wiederentdeckung der Langsamkeit“ würde als Alternative zu dem „grausamen Gehetze“, das wir uns heute antun, um mehr Wohlstand zu produzieren, das Leben für viele Menschen deutlich verbessern. Wenn es auf diese Zukunft zugeht, wird es angenehm sein, in der Stadt von übermorgen zu leben.

Das Treiben wird weltweit langsamer, der Rhythmus gemäßigter. Familienleben mit Kindern wird wieder möglich, ohne dass die Betroffenen Organisations-Champions sein oder über große Vermögen verfügen müssen. Wir können dann die Früchte der unglaublichen technischen Innovationen genießen, die die Menschheit bis dahin hervorgebracht hat. Wir werden von dem Moment an sogar wieder ein langsames Schrumpfen der Weltbevölkerung erleben. Von diesem Moment an kommt also ein demografischer Faktor des Abschrumpfens weltweit zum Tragen und die Menschheit kann von zehn Milliarden Menschen langsam die Gesamtzahl auf ein als passend empfundenes Niveau verringern, wie auch immer das dann aussehen mag. Das entspannt in jeder Hinsicht die Lage, auch für die Umwelt und die anderen Geschöpfe dieser Welt, von denen es heute kaum noch welche gibt. Von der Säugetiermasse des Globus kontrolliert der Mensch (als selbst schon entschei-

dender Faktor mit 7 Milliarden Individuen) mit seinen Haustieren, und den vielen Tieren, die er für seine Ernährung nutzt, heute schon etwa 95 Prozent. Der größte Faktor sind dabei die Rinder, der zweitgrößte wir selber. Die Natur, die wir so gerne „beschwören“, gibt es schon lange nicht mehr. Aber vielleicht können wir ihr irgendwann wieder mehr Raum geben.

Ich halte das nicht für das wahrscheinlichste Szenario, aber dieses Szenario hat eine Chance und würde mehr Entspannung bringen, insbesondere auch für die Städte. Es bringt natürlich auch die Probleme mit sich, die wir im Moment in einigen Teilen Deutschlands mit dem Rückbau haben, denn der Rückbau ist nicht einfach. Auch das muss geübt und gelernt werden. Japan und Deutschland sind da Vorreiter. Aber zu Ende gedacht ist ein gut gemanagter Rückbau eine Situation, die besser ist als ein dauerndes Wachstum der Weltbevölkerung. Erneut stehen auch hier die Städte im Zentrum. Gerade auch hier ist Rückbau zu gestalten und auszuhalten.

Fazit

Der Wohlstand der Gegenwart ist offenbar überall politisch kurzfristig wichtiger als potentielle Klimaprobleme der Zukunft. Wollen wir also das Klimaproblem lösen, dann ist das politisch überhaupt nur umsetzbar unter der Voraussetzung, dass der Wohlstand bei uns dadurch nicht gemindert wird und für die ärmeren Länder nur unter der Voraussetzung, dass sie ihre aufholenden Entwicklungsprozesse erfolgreich zu Ende führen können – trotz des Übergangs in ein anderes Energiesystem. Hier sind große Innovationen Voraussetzung, wenn eine gute Zukunft der Welt und der Städte rund um den Globus das Ziel ist. Und nur in diesem Fall wird das hohe Niveau der europäischen Stadt zu halten sein. Diese Bedingungen herbeizuführen, ist eine Herausforderung, der wir uns stellen müssen. Auch dann, also im günstigen Fall einer gelingenden weltweiten Entwicklung, ist die Zukunft der europäischen Stadt zu sichern, gegen Missverständnisse, Dummheit oder Gier, auch das kein einfaches Unterfangen, aber immerhin eine Chance.

Nachdruck aus IzR-Themenheft „Stadt von übermorgen“, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im D9 für Bauwesen und Raumordnung, Bonn, Heft 4/2015, S. 333–342, 2015.

Die im Text genannten weiterführenden Literaturangaben finden Sie auf S. 92.



Architektur macht Stadt oder umgekehrt: Antworten auf das Wachstum

Stephan Petermann
AMO (OMA)



AMO ist die Forschungsabteilung oder der Think Tank von OMA (Office for Metropolitan Architecture), dem großen Architektenbüro aus Holland unter der Leitung von Rem Koolhaas. Was macht AMO? AMO, als Spiegelbild von OMA konzipiert, versucht, die Tätigkeiten von Architekten und Architektinnen in den größeren Zusammenhang von politischen, ökonomischen und kulturellen Fragen zu stellen. Wir befassen uns mit politischen, kulturellen, wirtschaftlichen oder auch medialen Fragen aus dem Blickwinkel des so genannten „Yes-Regimes“ (Regime der drei Währungen Yen, Euro and US-Dollar), dem Regime der Marktökonomie, das wir in seiner Wirkung auf die bebaute Umgebung zu verstehen suchen. Ich selbst bin seit zehn Jahren für OMA tätig.

Bevor ich im Folgenden einige Beobachtungen unseres Büros über neuere Entwicklungen sowohl in der Stadt als auch auf dem Land vorstelle, zunächst ein kurzer Rückblick auf unsere Arbeit für „Fundamentals“, die vergangene Architektur-Biennale in Venedig.

Die Biennale stellte eine historische Komponente in den Vordergrund und verfolgte unter dem Titel „Elements of Architecture“ im Zentralpavillon zentrale Elemente des Bauens von ihren Anfängen bis heute: Boden, Wand, Tür, Dach, Balkon, Heizung etc. Wir wollten die sich verändernden Einflussfaktoren verstehen und dabei auch vergessene oder historische Teile dieser Geschichte von Architekturelementen ins Gedächtnis bringen, um möglicherweise auch neue Architektur daraus zu generieren. Zu gleicher Zeit haben wir eine Ausstellung in Rotterdam entwickelt, bei der wir in den verschiedenen Räumen jeweils bestimmte Architekturelemente präsentierten. Zur Realisierung des Konzepts der „Elements“ haben wir auch weniger bekannte Architekten eingeladen, darunter einen Mann wie Friedrich Mielke, der sich zum Beispiel seit mehr als 40 Jahren mit dem Phänomen Treppen auseinandergesetzt hat. Er hat ein fantastisches Archiv von Treppenkollektionen und bereits rund 25 Bücher über Treppen geschrieben. Ein anderer Kollege, Charles Brooking aus England, der

Die Ausstellung „FabCity“ in Amsterdam thematisierte im Frühjahr 2016 die Zukunft des Wohnens und zeigte Visionen, Ideen und Konzepte, beispielsweise zu nachhaltigem Bauen, erneuerbaren Energien oder ungewöhnlichen Raumentwürfen.

seit seiner Jugend Fenster sammelt, besitzt eine Sammlung von heute 50.000 Fenstern. 100 davon haben wir gezeigt. Auch den Prozess der Industrialisierung haben wir in Venedig thematisiert und deswegen eine belgische Fabrik eingeladen, die dort tatsächlich Fenster baute. Wir wollten außerdem den eurozentrischen Blickwinkel auf die Architekturgeschichte erweitern und haben auch chinesische und islamische Architektur berücksichtigt. Zum Beispiel haben wir ein sehr altes Buch aus China zum Thema „Dächer“ gefunden. Es ist noch nicht übersetzt, bietet jedoch sehr interessante Details, die der Chinese Chen Sen für die Ausstellung auch gebaut hat.

Aber nun zurück zum Thema unserer Tagung: Die Städte wachsen. Dieser Befund ist global und scheint in absehbarer Zukunft nicht aufzuhalten zu sein. Wir selbst haben schon 1995 über dieses Phänomen ein Buch verfasst, mittlerweile gibt es unendlich viele Analysen darüber. Viele übersehen jedoch die Komplexität des Prozesses, der nicht einfach nur Wachstum auf der Stadtseite und Schrumpfung auf der Landseite bedeutet. Derzeit versuchen wir, die nach unserer Auffassung komplexeren Prozesse im Rahmen eines Research-Projekts zu verstehen. Man könnte sogar so weit gehen zu sagen, dass die Landschaft ebenso wächst wie die Stadt, wobei Wachstum hier jedoch anders zu verstehen ist und nicht das der Bevölkerung meint.

[Zukunft ohne Menschen? Der Blick in die Verteilzentren von Amazon lässt uns ahnen, dass Logistikunternehmen künftig wie Miniaturstädte ohne Menschen funktionieren könnten.](#)



Andererseits sind auch viele Stadtaspekte konstant. Die Skyline von Rotterdam, wie ich sie durch mein Bürofenster sehe, wird sich aufgrund finanzieller oder denkmalpflegerischer Gründe vermutlich in den nächsten 20 Jahren kaum mehr verändern. Hinzu kommt, dass Komponenten wie Komfort, Sicherheit und Nachhaltigkeit die Möglichkeiten für architektonische Innovationen einschränken. In Amsterdam fand vor kurzem eine Ausstellung über die Zukunft der Stadt statt. Die Beispiele dort ähnelten in ihren Containerbauten einer Flüchtlingslagerstadt. Ich hoffe nicht, dass dies die Zukunft unserer Städte sein wird. Es gibt heute Dörfer in China, die auch irgendwo in Baden-Württemberg liegen könnten. Aber auch in China kommt man zu der Erkenntnis, dass Megacities teilweise nicht funktionieren und man vielleicht auch andere Siedlungsformen in kleinerem Maßstab im Hinblick auf das Thema Nachhaltigkeit erproben könnte. Diese drei Beispiele deuten an, dass aus unserer Sicht derzeit das Land der für Architekten interessantere Raum ist.

Bei unseren Nachforschungen über Entwicklungen auf dem Land sind wir auf ein Stück ganz normales Holland gestoßen. Wir haben untersucht, wie die Menschen hier leben und arbeiten, und begegneten teilweise sehr urbanen Berufen wie einem Yogastudio oder einem Wellness-Center; Bauernhöfe gab es kaum mehr. Im Vergleich zum Zustand des Dorfes im 19. Jahrhundert hat sich natürlich viel verändert, hat ein enormes Wachstum stattgefunden, das bis in unsere Tage angehalten hat. Es scheint, als könne man zumindest für die Niederlande nicht von einer generellen Schrumpfung sprechen.



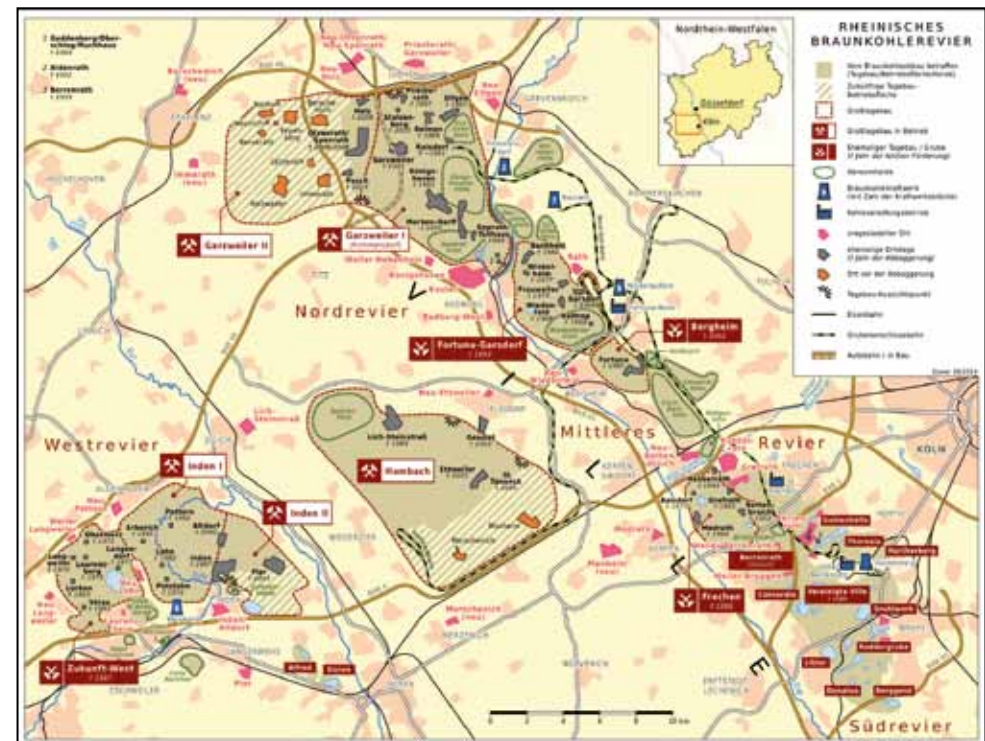
Ein anderer Fall: Mit einer Gruppe Studenten aus Harvard sind wir durch Deutschland gereist. Zwei Phänomene, auf die wir häufiger gestoßen sind, sind die beiden Herkulesaufgaben der Energiewende einerseits, der Integration und Unterbringung von Flüchtlingen andererseits. Im Tagebau Hambach im Rhein-Erft-Kreis wird Braunkohle abgebaut, in dessen Abbauzone liegt der Kerpenener Stadtteil Manheim. Dieser Stadtteil wird nun einige Kilometer westlich des seit über 1000 Jahren bestehenden ursprünglichen Manheim komplett neu errichtet. Dort sind jetzt vor allem Flüchtlinge untergebracht, die die Mehrheit der Dorfbewölkerung stellen. Es war für uns enorm beeindruckend, zu sehen, wie die deutschen Behörden diese Aufgabe gemeistert haben.

Ein anderes sprechendes Beispiel auch einer neuartigen Architektur betrifft das Unternehmen Amazon. Hinter dem Erfolg des Unternehmens steht auch eine massive Infrastruktur, die man meist nicht wahrnimmt. Bei Leipzig zum Beispiel stießen wir auf das Amazon Fulfillment Center, ein ca. 400 x 200 m großes Gebäude, das wie eine riesige Festplatte aussieht – hart mathematisch und computerorganisiert. Alles funktioniert auf der Basis von Codierungen, die man überall im Gebäude findet. Hier werden pro Tag 500.000 Bestellungen verarbeitet, in Zukunft vermutlich ganz ohne Menschen. Rund 200 solcher Anlagen gibt es inzwischen weltweit. Es handelt sich um eine Architektur, die vom Planungsanfang bis zum Endprodukt in neun Monaten errichtet werden kann.

Wir sollten diese brutale und billige Architektur verstehen lernen, die auch Einfluss auf den Städtebau haben wird. In den USA finden Sie ähnliche Gebäude vor allem auch in Nevada, wo aus Steuergründen viele Unternehmen aus dem Silicon Valley ihre Infrastruktureinrichtungen platziert haben. Einrichtungen wie die des Supernap Campus bei Las Vegas (switch company) erreichen inzwischen die Größe von ganzen Städten. Es sind Miniaturstädte fast ohne Menschen.

Der letzte Punkt, auf den ich aufmerksam machen möchte, betrifft die Gebäude für die Landwirtschaft. Auch sie sehen nicht fundamental anders aus Datenzentren; sie sind stark automatisiert ist und übertreffen auch in der Ausdehnung alles Bisherige. Vielleicht ist eine Konsequenz dieser neuen Formen ländlicher Architektur, dass wir in Zukunft mehr Raum für andere, freizeitbezogene Formen der Nutzung der Landschaft erleben werden.

Die Energiewende fordert auch den Städtebau heraus: Für den Abbau von Braunkohle im Tagebau Hambach wird ein ganzer Stadtteil von Kerpen versetzt bzw. komplett neu errichtet.





Ein Jahrhundert der Völkerwanderung? Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen

Prof. Dr. h. c. Horst Teltschik
Langjähriger Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz



Die aktuelle Flüchtlingskrise mit ihren politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen beschäftigt uns derzeit alle. Das Thema ist für mich jedoch darüber hinaus auch ein sehr persönliches. Auch ich bin bzw. war ein Flüchtling. Zwei Jahre lang, von 1944–1946, war ich mit meiner Mutter auf der Flucht. Während mein Vater damals (zum zweiten Mal nach dem 1. Weltkrieg) in der Sowjetunion eingesetzt war, begab sich meine Mutter im Sommer 1944 aus Nordmähren auf die Flucht. Schritt für Schritt weg von der Front. So sind wir über Prag, Karlsbad und München 1946 schließlich am Tegernsee angekommen – einen Tag vor meinem sechsten Geburtstag. Untergebracht wurden wir, vielleicht kennen Sie es, im „Bräustüberl“, der Wirtschaft im ehemaligen Tegernseer Kloster. Dort waren damals amerikanische Feldbetten aufgestellt; wir verbrachten mehrere Wochen dort. Mein Geburtstagsgeschenk aber war ein Brot mit Marmeladenaufstrich – ein für uns damals sensationelles Geschenk. Das wissen wir, mein Bruder und ich, heute noch. Nach einigen Wochen wurden wir („zur Freude der Einheimischen“) zwangseinquartiert. Wir haben zwar deutsch gesprochen, aber das falsche Deutsch. Untergebracht waren wir in einer Villa namens „Bergglück“, welche jedoch in einem Viertel lag, in dem nur die ärmere Bevölkerung es sich leisten konnte, ein Haus zu bauen. Soweit kurz zum Biographischen, das in meine Betrachtung unseres Themas natürlich hineinspielt.

Meine Damen und Herren, welches sind die Ursachen der aktuellen Migration? Ich behaupte, dass die Flüchtlingswelle, die wir vor allem im letzten Jahr erlebt haben, vorhersehbar war. Den Krieg in Syrien gibt es bereits seit fünf Jahren. Von den Terroristen des IS und der Al-Nusra-Front in Syrien und der Hisbollah aus dem Libanon sind wir ebenfalls schon seit fünf Jahren bedroht; iranische Spezialeinheiten der Revolutionsgarde kämpfen seit Jahren im Irak und in Syrien. Es gibt mehrere von den USA, von Saudi-Arabien und vom Iran unterstützte Rebellengruppen. Überlegen Sie, was angesichts der massiven und dramatischen Bombenabwürfe von dem Land Syrien übrigbleibt.

Assad selbst lässt sogenannte Fassbomben abwerfen, Öltonnen, die mit Eisenteilen und Sprengstoff gefüllt sind und über Märkten, Krankenhäusern, Schulen detonieren. In ihrer Auswirkung sind es die schlimmsten Bomben in Syrien. Es bomben aber auch die Amerikaner, die Briten, die Franzosen, bis vor kurzem die Kanadier, sodann die Saudis, die Russen, die Israelis und schließlich die Türken. Welche Chance hat man zu überleben, wenn so viele Staaten Tausende Tonnen von Bomben abwerfen?

Die Konsequenz ist offensichtlich: 7,6 Millionen Binnenflüchtlinge in Syrien, zweieinhalb Millionen Flüchtlinge in der Türkei, 630.000 Flüchtlinge in Jordanien bei 7 Millionen Einwohnern. Circa 1 Million Flüchtlinge im Libanon bei 4 Millionen Einwohnern, 130.000 Flüchtlinge in Ägypten.

Zugleich hatte das UNO-Hilfswerk, die UNHCR, keine Gelder mehr, um die Versorgung in den Flüchtlingslagern dieser Länder ausreichend zu finanzieren; weder im Hinblick auf die Lebensmittel noch auf die schulische Versorgung der Kinder. Zuletzt standen der UNHCR weniger als 50 Cent pro Flüchtling pro Tag zur Verfügung. Zusätzlich warten in der Türkei heute 300.000 Flüchtlinge aus Afghanistan, dem Irak und Pakistan darauf, nach Europa zu gelangen; zunehmend übrigens auch Iraner.

Was macht man in einer solchen Situation als Flüchtling? Niemand setzt seine Kinder in ein Boot, es sei denn, das Wasser ist sicherer als das Land, sagte eine Dichterin aus Somalia namens Wasan Sira. Lassen Sie mich die Geschichte der Syrerin Soha vortragen. Soha berichtete von ihrer Flucht mit vier Kindern über das Mittelmeer. Ihr Boot war mit 160 Flüchtlingen an Bord gesunken. Soha trug als einzige eine Schwimmweste. Ihre vier Töchter im Alter zwischen drei und 11 Jahren klammerten sich panisch an die Mutter. Die Gruppe drohte unterzugehen, weil die Schwimmweste das Gewicht von fünf Menschen nicht über Wasser halten konnte. Soha war in einer Lage, die sich keine Mutter der Welt vorstellen will. Damit sie nicht alle ertranken, musste sie entscheiden, welches ihrer Kinder sie loslässt. Doch Soha wollte und konnte sich nicht entscheiden. Strampelte, um über Wasser zu bleiben und wartete ab, was als Nächstes geschehen würde. Als erstes ließ die dreijährige Haya sie los, die für immer in den Fluten untertauchte. Dann folgten Sama und Julia in die Tiefen des nächtlichen Meeres. Sechs Stunden später wurde Soha mit ihrer ältesten Tochter Sarah von der ägyptischen Küstenwache aus dem Wasser geborgen.

Man muss sich eine solche Geschichte zumuten, um ein Gespür dafür zu bekommen, mit welchen Menschen und Schicksalen wir es bei der Flüchtlingskrise vor allem zu tun haben. Dass vor dem Hintergrund der Entwicklung die Flüchtlinge nicht länger in der Türkei und anderen Ländern geblieben

sind, sondern weggingen, war zu erwarten. Und war nicht auch zu erwarten, dass die Türkei sich dem nicht widersetzen würde? Viele Türken haben, wie Sie wissen, ein Geschäft daraus gemacht.

Der Westen hat viele Fehler gemacht. Warum haben wir nicht rechtzeitig erkannt, dass den Hilfsorganisationen die finanziellen Mittel ausgehen? Warum haben wir nicht rechtzeitig die Aufstockung ermöglicht? Warum haben wir nach der sogenannten Schengen-Entscheidung über die Freizügigkeit im Jahr 1988 keine Absicherung unserer Außengrenzen vorgenommen und die Grenz- und Küsten-

sicherung Frontex nicht weiterentwickelt? Warum haben wir nicht viel früher mit der Türkei verhandelt und Gespräche geführt? Ich hatte dazu (gegenüber der Bayerischen Staatsregierung) früh geraten, leider vergeblich. Erst als die Flut der Flüchtlinge bereits unterwegs war und die Bundeskanzlerin endlich in die Türkei reiste, kam es zu Gesprächen. Nun ist es offensichtlich, dass die Türkei wie alle Länder und Regierungen reagieren. Sie sagen: Wenn wir Euch helfen sollen, dann möchten wir dafür etwas bekommen, d.h. in diesem Fall

sechs Milliarden Euro, um die Lager versorgen zu können; ferner die Fortführung der Verhandlungen über Visafreiheit und weiterhin Verhandlungen über den Beitritt zur Europäischen Union.

Ich habe acht Jahre im Bundeskanzleramt internationale Beziehungen betreut. Daher weiß ich, dass jede Verhandlungsführung von der Frage geleitet wird: Was habe ich davon, und was kann ich als Gegenleistung anbieten? Das ist im Business auch nicht anders. Das beste Business ist bekanntlich dasjenige Business, das beiden Seiten einen Gewinn bringt – ein ‚Win-Win-Business‘. Das ist in der Politik nicht anders.

Heute haben wir eine öffentliche Diskussion über den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan und seine Entwicklung zum Autokraten und – wie manche sagen – zum Diktator. Meine Damen und Herren, wenn wir als Kriterium nehmen, ob unsere Partner Demokraten sind, dann haben wir nur noch sehr geringe Chancen, international zu verhandeln. Willy Brandt hat während des Kalten Krieges mit Leonid Breschnew den Moskauer Vertrag abgeschlossen, mit jenem Breschnew, der im August 1968 den Prager Frühling mit Panzern blutig niederschlagen ließ. Ein halbes Jahr später hat der Westen gesagt, wir müssen einen Vorschlag der Sowjetunion aus der Zeit von Chruschtschow in Richtung einer europäischen Sicherheitskonferenz aufgreifen. Daraus entwickelte sich die berühmte KSZE mit der Schlussakte von 1975 – ein Höhepunkt der Entspannungspolitik. Willy Brandt ist mit Breschnew auch auf die Krim gereist, um mit ihm Gespräche zu führen, und Willy Brandt galt als der große Entspannungspolitiker. Im Jahr 1982/83, dem Jahr des Doppelbeschlusses der NATO, hat die Sowjetunion unter Generalsekretär Andropow mit dem Dritten Weltkrieg

„Niemand setzt seine Kinder in ein Boot, es sei denn, das Wasser ist sicherer als das Land.“

gedroht. 500.000 Menschen demonstrierten in Bonn gegen die Bundesregierung. Nach Umfragen lehnten über 70 Prozent der Deutschen den Nato-Doppelbeschluss ab. Meine Damen und Herren, wir haben den Doppelbeschluss dennoch durchgeführt, wir sind trotz der Drohungen Andropows nach Moskau gereist und haben im Sommer 1983 versucht, mit Andropow über ein Abkommen zu sprechen. Michael Gorbatschow hat mir später einmal persönlich gesagt, die Entscheidung des Doppelbeschlusses der NATO habe das Politbüro gezwungen, seine Politik zu überdenken. Warum? Weil sie wussten, sie konnten sich ein neues Wettrüsten nicht leisten. Hinzu kam die Ankündigung von Ronald Reagan, SDI zu entwickeln, ein weltraumgestütztes Raketenabwehrsystem, von dem Gorbatschow wusste, dass Russland dazu technologisch und finanziell nicht in der Lage war. Wir haben schließlich auch mit dem rumänischen Präsidenten Nicolae Ceausescu, der im Vergleich zu Erdogan oder Putin tatsächlich ein Gangster war, jedes Jahr streng geheime Kopfgeldverhandlungen geführt. Jedes Jahr verhandelten wir mit dem rumänischen Geheimdienst darüber, wie viel wir für jeden Freigekauften zahlen müssen, 9.000 oder 10.000 DM. Insgesamt haben wir zweieinhalb Milliarden D-Mark für den Freikauf von Rumäniendeutschen ausgegeben. Wir haben aus meiner Sicht keine Alternative, als mit Erdogan zu sprechen, ob wir ihn mögen oder nicht.

Ein anderes Problem: Warum haben wir nicht viel früher mit Präsident Putin über Syrien gesprochen? Heute erleben wir eine Art Schwarzes-Peter-Spiel. Der Westen hat gesagt, Assad muss weg, dann sind wir bereit zu Verhandlungen. Der russische Präsident Putin hat gesagt, Assad muss bleiben. Warum haben wir nicht mit Putin darüber gesprochen, wie eine Regelung mit Assad aussehen könnte? Jetzt sind Verhandlungen in Gang gekommen, unter anderem deshalb, weil die Russen begonnen haben, Flugzeuge einzusetzen und Bomben abzuwerfen. Wir hätten – um diese Versäumnisse und meine Kritik daran zusammenzufassen – in vieler Hinsicht viel früher handeln müssen.

Was Präsident Wladimir Putin betrifft, so war es Außenminister Frank-Walter Steinmeier, der zu Recht gesagt hat, wir haben ja auch mit Putin über das Nuklearabkommen mit dem Iran verhandelt. Steinmeier sagte wörtlich: „Globale Konflikte sind ohne Russland nicht zu lösen.“ Meine Damen und Herren, ich hatte ja auch Präsident Putin bei mir in München auf der Sicherheitskonferenz. Was wir im Westen bis heute zum Teil nicht verstanden haben, und was vor allem die Amerikaner nicht wahrhaben wollten, ist die Tatsache, dass von Jelzin bis Putin Russland sich selbst als Weltmacht auf Augenhöhe mit den USA begreift und als globale Macht ernst genommen will. Wir wären klug beraten, wenn wir dies ernst nehmen würden.

Interventionen ohne Strategie

Ein anderer Punkt der Kritik ist der folgende: Der Westen hat sich bislang als unfähig erwiesen, nach den militärischen Interventionen in Afghanistan, im Irak und in Libyen zu einer neuen politischen Ordnung und Stabilität beizutragen. Wir erleben in Afghanistan seit 15 Jahren Krieg. Sie erinnern sich an die Aussage des ehemaligen deutschen Verteidigungsministers Peter Struck, dass unsere Sicherheit auch am Hindukusch verteidigt würde. Seit 15 Jahren sind wir dort und haben keinen Frieden erreicht. Wir haben im Irak und in Libyen interveniert, ohne eine Strategie zu haben, wie eine neue politische Ordnung und Stabilität herzustellen wäre. Die Kosten der Kriegseinsätze im Falle des Irak betragen insgesamt 2 Billionen US-Dollar. Die Kosten für Deutschland in Afghanistan betragen bis zur Stunde 8,8 Milliarden Euro. Ich frage mich bei diesen Größenordnungen, was hätten wir mit diesen Geldern zur Entwicklung dieser Staaten und dieser Region alles tun können, wenn wir bereit gewesen wären, so viel zu investieren. Friedensförderung und Staatsaufbau in Ländern wie Afghanistan, Irak, Libyen und Ländern, die von Armut und Konflikten betroffen sind, erfordern ein langes Engagement. 50 Staaten sind heute in Afghanistan aktiv, darunter Japan, Indien und China. Jetzt hat man Vermittlungsversuche mit den Taliban in Afghanistan eingeleitet. Aber diese Vermittlungsversuche scheitern an den ständigen Terrorakten bis ins Zentrum der Hauptstadt Kabul.

Russland, Iran und die Ukraine gehören zu den Staaten, durch die Haupttrouten des Drogenhandels aus Afghanistan verlaufen. Deshalb sind sie alle an einer Friedenslösung interessiert; sie kommt aber nicht voran. Auf einer Sicherheitskonferenz in München hatte ich den Rektor der Kabuler Universität zu Gast. Plötzlich stand er auf und begann mit einem sehr eigenwilligen und sehr berührenden Appell: Sie müssen uns helfen, 40 Prozent meiner Studenten sind heute Frauen. Und wenn Afghanistan keinen

Frieden sichern kann, sind diese Frauen gefährdet. Wir müssen helfen. Ich kann nur hoffen, dass dies am Ende gelingt. Vor diesem Hintergrund ist es nicht überraschend, dass im Sommer 2015 die Flutwelle an Flüchtlingen begann, aus Syrien, Iran, Pakistan, Afghanistan, Bangladesch, Eritrea. Wir kennen die erschütternden Fernsehbilder an der ungarischen Grenze und auf den ungarischen Bahnhöfen. Unerträglich war, dass die Ungarn den Flüchtlingen Eisenbahnfahrkarten verkauft hatten, sie dann aber nicht fahren ließen. Ich habe es vor diesem Hintergrund für völlig richtig und menschlich normal gehalten, dass die Bundeskanzlerin damals gesagt hat, lasst sie durch, wir schaffen das. Wenn die Bundeskanzlerin gesagt hätte, wir schaffen das nicht, hätte sie abgelöst werden müssen. Eine Regierung ist dazu da, Probleme zu lösen, so schwierig sie sind. Das Ziel muss richtig sein und davon muss man überzeugt sein. Man muss bereit sein, dafür zu kämpfen, auch mit dem Risiko, Wahlen zu verlieren. Demokratie ist Macht auf Zeit.

„Demokratie ist
Macht auf Zeit.“

Lasten der Migration

Sind wir durch eine verstärkte Zuwanderung bedroht? Den 508 Millionen Einwohnern der Europäischen Union mit ihren 28 Mitgliedsstaaten stehen gegenwärtig 3 Millionen Flüchtlinge gegenüber. Es gibt Regelungen wie die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951. Dort ist definiert, was Flüchtlingsschutz ist, wer ein Flüchtling ist und welche Rechte und Pflichten er besitzt. Flüchtlinge, so heißt es in der Konvention, müssen beispielsweise die Gesetze und Bestimmungen des jeweiligen Asyllandes respektieren. Die Regierungen müssen aufgrund dieser Flüchtlingskonvention außerdem Regelungen und Verfahren zur Feststellung der Flüchtlingseigenschaft schaffen. Außerdem wird klar der Unterschied zwischen Flüchtlingen und Migranten definiert. Beide haben einen Anspruch auf ein ordentliches Prüfverfahren. Aber dort heißt es wörtlich, ein Migrant verlässt seine Heimat üblicherweise freiwillig, um seine Lebensbedingungen zu verbessern. Er kann wie ein illegaler Ausländer abgeschoben werden, weil er jederzeit zurückkehren kann. Flüchtlinge dagegen fliehen vor drohender Verfolgung und können nicht in ihr Heimatland zurückkehren. Festgelegt in der Flüchtlingskommission ist schließlich auch, dass kein Flüchtling einen Anspruch auf Weiterwanderung in ein anderes Land hat – mit Ausnahme der Familienzusammenführung. Sie wissen, dass die Europäische Union in Dublin 1990 genau diesen Anspruch auf Weiterwanderung abgelehnt hat. 12 europäische Mitgliedsstaaten haben das Dubliner Abkommen unterzeichnet; 1997 ist es in Kraft getreten und am 19. Juli 2013 trat eine Nachfolgeregelung in Kraft, die seit dem 1. Januar 2014 unmittelbar anzuwenden ist – auch für die Nicht-EU-Staaten Norwegen, Island, Schweiz und Liechtenstein. Das Ergebnis dieser Fluchtwelle war, dass die Last jahrelang allein auf den Ankunfts-ländern Italien und Griechenland lag. Wir haben diese Länder jahrelang weitgehend alleingelassen. Sie kennen die Bilder von Lampedusa und aus Griechenland; Sie kennen die Bilder des Besuchs von Papst Franziskus auf Lampedusa im Juli 2013, die ohne Wirkung auf die Politik blieben.

Dass es auch anders geht, beweist Spanien. Spanien hat keine Flüchtlinge und Migranten aus Afrika mehr, weil Polizei und Militär in westafrikanischen Ländern im Einvernehmen mit den dortigen Regierungen eingesetzt werden, die verhindern, dass Flüchtlinge auf die bekannten Urlaubsinseln übersetzen, um spanischen Boden zu erreichen.

Deutschland hat trotz allem im vergangenen Jahr großartige Leistungen erbracht. Zwischen 2013 und 2015 sind rund 1,5 Millionen Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. Davon sind ca. 1,2 Millionen geblieben. Eine große Zahl von Freiwilligen hat sich bis heute engagiert. Die Behörden haben auf allen Ebenen Flüchtlinge untergebracht und versorgt. Ein bestehendes Problem bleibt die Bearbeitung der Asylanträge. Frank-Jürgen Weise, der Leiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, hat die Zahl der Mitarbeiter seines Amtes auf 6.000 Mitarbeiter verdreifacht; er hat angekündigt, in diesem Jahr mehr als eine Million Entscheidungen zu fällen. Ihre Aufgabe: 370.000 Alt-

anträge sind abzuarbeiten, dazu kommen 400.000 Flüchtlinge, die in Deutschland leben, ohne einen Antrag gestellt zu haben, und 500.000 neue Fälle. Die Erstbetreuung soll künftig durch Ärzte, Dolmetscher und Behörden in den neuen Ankunftscentren erfolgen. In 50 Prozent der Fälle sollen laut Weise bereits nach 48 Stunden die Chancen auf Asyl entschieden sein. Die übrigen 50 Prozent seien die schwierigen Fälle, wenn zum Beispiel keine Papiere vorliegen. Die Botschaft von Herrn Weise lautet (Zitat vom 10.03.2016): „Es gibt keine Überflutung. Und wir haben einen Plan.“

Das Hauptproblem sind jedoch nicht die Kriegsflüchtlinge aus Syrien, sondern die Flüchtlinge aus den Maghreb-Staaten und anderen afrikanischen Ländern – aus den so genannten sicheren Staaten. Abschiebungen bleiben nach wie vor schwierig. Im letzten Jahr wurden knapp 21.000 Migranten abgeschoben, bei 91.514 abgelehnten Asylanträgen. In den ersten drei Monaten dieses Jahres ist eine Rekordzahl von Migranten über die Mittelmeerroute nach Italien gelangt. Die weit überwiegende Zahl der illegalen Einwanderer stammt aus Subsahara-Afrika. In Afrika haben aufgrund der gegenwärtigen Dürre eine Million Kinder keinen geregelten Zugang zu Nahrung. Die UNO prognostiziert, dass im Jahre 2050 in Afrika zweieinhalb Milliarden Afrikaner leben werden. Das entspricht einem Viertel der Weltbevölkerung. Aktuelle Schätzungen gehen davon aus, dass bis zu eine Million Schwarzafrikaner in Libyen auf eine Gelegenheit zur Einschiffung warten. Schließlich: Nach der Schließung der Balkanroute könnten auch Migranten aus dem Mittleren Osten und Westasien verstärkt versuchen, über Griechenland und die Adria nach Italien zu gelangen.

Zur Frage der Integration der Flüchtlinge. Das Prinzip sollte sein: Fordern und fördern. Nach allen Erfahrungen sind Sprachkenntnisse der entscheidende Faktor. Studien zeigen: Wer über gute Sprachkenntnisse verfügt und überwiegend deutsche Medien konsumiert, hat bessere Chancen am Arbeitsmarkt. Der zweite entscheidende Faktor sind interethnische Kontakte. Den Migranten der ersten, teilweise auch noch der zweiten Generation, fehlt diese Art von Kontakten, was zu sozialer Segregation führt. Das trifft in erster Linie auf die Muslime zu. Aufgrund der Wohnsituation entwickeln sich im Lauf der Zeit häufig Parallelgesellschaften. Wer hingegen assimiliert ist, ist seltener arbeitslos, auch wenn es sich um einen Job unterhalb der jeweiligen Qualifikation handelt. Assimilation wird in der Soziologie als Prozess der Annäherung der Migranten an die Mehrheitsgesellschaft verstanden. Strukturell in Bezug auf den Arbeitsmarkt und Bildung, kulturell in Bezug auf Sprache und die sozialen Kontakte. Bei diesem Prozess geht es nicht darum, dass die Migranten ihre eigene Sprache und Kultur aufgeben. Im Gegenteil: Die Migranten können zur kulturellen Bereicherung Deutschlands beitragen. Der Migrationsforscher Ruud Koopmans vom Wissenschaftszentrum Berlin schlägt in diesem Zusammenhang vor, Asylanten eine dreijährige Aufenthaltsgenehmigung anzubieten. Wer in dieser Zeit den Integrationskurs erfolgreich abschließt, die Sprache lerne und einen Arbeitsplatz fände, sollte die Chance für ein permanentes Bleiberecht erhalten, unabhängig von der Situation im Heimatland. Allerdings (auch dies ist zu betonen): Die Höhe der Sozi-

alleistungen darf nicht zum Anreiz für Migranten werden. Deshalb ist die Politik klug beraten, in diesem Punkt Grenzen zu setzen.

Die Kosten

Was sind die wirtschaftlichen Effekte? Es gibt durchaus positive Arbeitsmarkteffekte durch die Immigration von Flüchtlingen. Flüchtlinge können als Selbstständige tätig werden; sie können die Wirtschaft mit neuen Produkten aus ihrer Heimat bereichern. Einige werden sich für höher qualifizierte Arbeiten eignen. Inzwischen sind, wenn die Zahl zutrifft, 50 syrische Ärzte eingestellt worden. Die meisten Immigranten werden jedoch eine Tätigkeit im Dienstleistungssektor suchen.

Ein Problem dabei ist der Mindestlohn. 2013 haben etwa 50 Prozent der nach 2007 eingereisten Migranten aus Krisengebieten Löhne unterhalb des Mindestlohnes erhalten. Nach Frank-Jürgen Weise können bis zu 15 Prozent der anerkannten Asylbewerber innerhalb eines Jahres Arbeit finden. Deutschland wird jedoch seine Facharbeiterlücke nicht mit Flüchtlingen schließen können. Wir werden eine Immigration in die Arbeitslosigkeit bekommen, auch wenn es vielleicht kurzfristige Konjunkturreffekte wegen der Schuldenfinanzierung geben kann. Nach einer Studie der Universität Freiburg werden eine Million Flüchtlinge den deutschen Staat per Saldo und auf die Dauer 450 Milliarden Euro kosten, d.h. 50.000 € pro Kopf. Nur bei gleicher Qualifikation wie Einheimische würden Einwanderer einen überdurchschnittlichen Beitrag zur Finanzierung des Staates leisten. Bekanntlich arbeitet jedoch ein vergleichsweise geringer Anteil der Migranten nicht oder nur wenig. Nach Weise sei die Situation (bei einer Schutzquote von 55 Prozent ergeben sich 660.000 Bleibeberechtigte, von denen 460.000 im erwerbstätigen Alter und gesund sind) dennoch zu schaffen. Für dieses Jahr erwartet die Bundesregierung 500.000 Flüchtlinge, eine Zahl, die auch nach der Analyse der Bundesbank vorerst finanziell tragbar sei. Wegen der guten wirtschaftlichen Ausgangslage bestehe ausreichend Spielraum, ohne die Defizitgrenzen zu verletzen.

Meine Damen und Herren, der Anteil der nicht in Deutschland geborenen Ausländer an der Gesamtbevölkerung liegt bei 7,3 Prozent. Ihr Anteil an den Hartz IV-Empfängern liegt bei 18 Prozent und 25 Prozent bei den Sozialhilfeempfängern. Es geht bei der Frage der Flüchtlinge ein Riss durch die Gesellschaft, nicht nur bei uns, sondern in vielen europäischen Ländern. Ich brauche nur das Stichwort AfD nennen. Wir erleben die Stunde der Populisten, der Rechtsradikalen, nicht nur Deutschland, sondern in vielen europäischen Ländern.

„Wir erleben die Stunde der Populisten, der Rechtsradikalen, nicht nur Deutschland, sondern in vielen europäischen Ländern.“

Natürlich nehmen auch die Befürchtungen vor Terroranschlägen zu. Auch der IS und seine Grausamkeiten erhöhen die Befürchtungen und Ängste. Zwischen Tätern, den Islamisten, und Opfern, den Flüchtlingen, wird häufig nicht unterschieden. Vielen gelten Flüchtlinge als potenzielle Terroristen, Kriminelle oder als Schmarotzer unseres Sozialsystems. Die Migration droht unsere gesellschaftlichen Situationen wie auch die Bereitschaft von Menschen für Veränderungen an Grenzen zu bringen. Und damit ist die Gefahr verbunden, dass anstelle eines rationalen Diskurses oft eine „Wir gegen die“-Frontstellung tritt. Nicht nur gegenüber Migranten generell, sondern auch gegenüber den Populisten, den Rechten oder den Linken. Der Philosoph Jürgen Habermas hat zu Recht betont:

„Nichts ist bedrohlicher als jene Verständigungsverweigerung, die uns heute in den verschiedenen Formen des religiösen und ideologischen Fundamentalismus allenthalben entgegentritt.“ Für Habermas sind die Tendenzen der Entsolidarisierung deshalb so beunruhigend, weil es heute nicht nur darum geht, den politischen Status quo aufrechtzuerhalten, sondern vor allem darum, eine im Entstehen begriffene multikulturelle Weltgesellschaft politisch zu gestalten. Hinzu kommen,

was die gesellschaftlichen Auswirkungen betrifft, Grabenkämpfe in der Politik. Denken Sie an die CSU, mit der Drohung, zum Bundesverfassungsgericht zu gehen. Es ist schon bemerkenswert, dass sich CDU-Spitzenkandidaten wie Julia Klöckner oder Guido Wolf von der Bundeskanzlerin distanzieren, während der grüne Ministerpräsident von Baden-Württemberg öffentlich erklärt, dass er für die Bundeskanzlerin jeden Abend bete. Auf diesem Hintergrund wirkt die Nüchternheit von Bundeskanzlerin Merkel oft wohltuend.

Professor Miegel, ein Zukunftsforscher und enger Mitarbeiter von Professor Biedenkopf, äußerte sich besonders kompromisslos. Er sagte, die Deutschen seien alt, satt und zögerlich. Es fehle ihnen an Beweglichkeit, ihr Erfindergeistes sei ermüdet, sie seien empfindlich wie Mimosen und wohlstandsverwöhnt, staatsgläubig und pathologisch anspruchsvoll. Er sieht Europa im Abstieg begriffen und hält eine Völkerwanderung für unausweichlich. Ich will es nicht mit diesem Pessimismus bewenden lassen. Vielleicht ist unter den syrischen Flüchtlingen ein neuer Steve Jobs. Von seinem syrischen Vater Abdulfattah Jandali zu Adoption freigegeben, hat ihn ein Amerikaner adoptiert, der mit einer Armenierin verheiratet war. Steve Jobs hat vor 40 Jahren in den USA Apple gegründet; heute beschäftigt die Firma 50.000 Mitarbeiter. Vielleicht ist auch unter unseren Flüchtlingen ein neuer Steve, wenn er auch Mohammed heißen mag.



Geplante Schrumpfung: vom Paradoxon zum Paradigma?

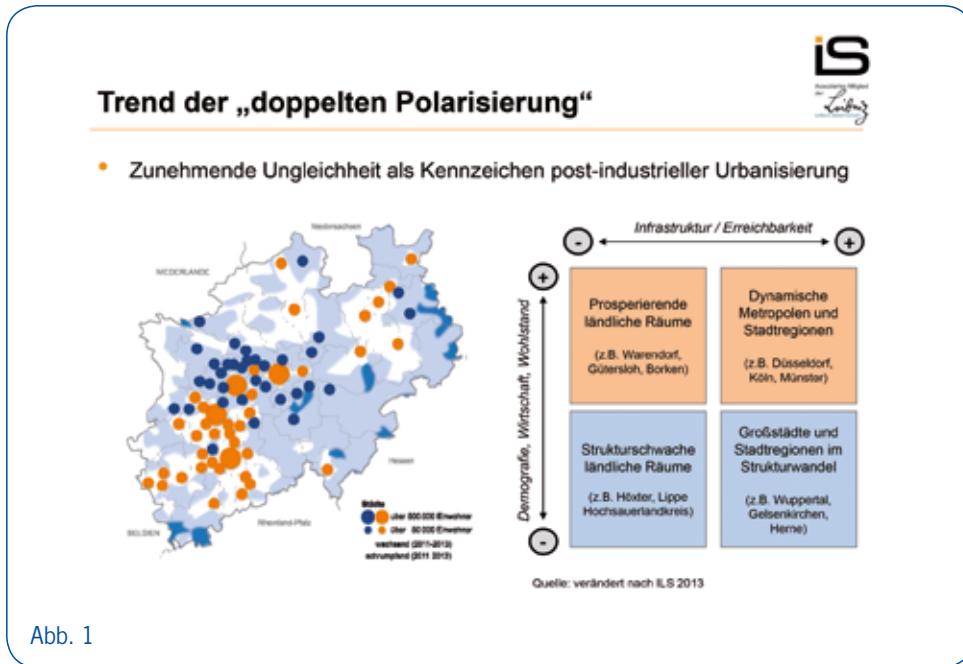
Prof. Dr.-Ing. Stefan Siedentop
Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung, Dortmund



Schrumpfung und Wachstum gehören zusammen wie zwei Seiten einer Medaille. Beide Phänomene, Wachstum und Schrumpfung, lassen sich schon im Hinblick auf ihre Verursachung nicht trennen; beide Phänomene bedingen sich wechselseitig. Daher ist es zu begrüßen, dass dieser Kongress beides – Wachstum und Schrumpfung – zusammen denkt.

Der Titel meines Vortrags „Geplante Schrumpfung – vom Paradoxon zum Paradigma?“ ist nicht ohne Grund mit einem Fragezeichen versehen worden. Anders formuliert lautet die Frage, ob wir Schrumpfungprozesse in einer Weise planen können, dass sie vorbild- bzw. beispielhaft werden.

Über schrumpfende Städte diskutieren wir schon seit geraumer Zeit. Als einen ersten Beitrag zu dieser Debatte könnte man den Essay der beiden Stadtsoziologen Hartmut Häußermann und Walter Siebel nennen, der im März 1985 in der „ZEIT“ erschien. Der Titel des Essays lautete „Die Chancen des Schrumpfens“. Häußermann und Siebel warben darin für eine radikal neue Großstadtpolitik, die sich, wie sie es formulierten, „aus dem Gedankengefängnis befreit, das Wachstum heißt“. Seitdem ist viel geschehen: Zwei internationale Bauausstellungen zum Thema fanden statt; wir haben mit den Programmen Stadtumbau West und Stadtumbau Ost neue Förderlinien der Städtebauförderung etabliert. Im Baugesetzbuch ist Stadtumbau neben Stadterweiterung und Stadterneuerung mittlerweile als eigenständiges Ziel des Städtebaus definiert; die Programme wurden evaluiert. Vieles ist unternommen worden. Aber die entscheidende Frage bleibt, wie weit wir inhaltlich gekommen sind. Wie hat die Debatte der vergangenen Jahrzehnte unseren Blick auf die Zukunft der Städte tatsächlich verändert? 1985 waren Hartmut Häußermann und Walter Siebel keineswegs naiv in ihrer Einschätzung über die Umsetzung des Konzeptes einer geplanten Schrumpfung. „Die Forderung, den Schrumpfungsprozess zu planen, gibt sich realistisch mit Blick auf die tatsächlichen Phänomene, die Notwendigkeit, dieses Problem anzugehen, und ist doch zugleich so utopisch.“ Die Frage, die ich heute diskutieren will, lautet entsprechend: Wie utopisch ist die Forderung einer geplanten Schrumpfung heute im Jahr 2016?

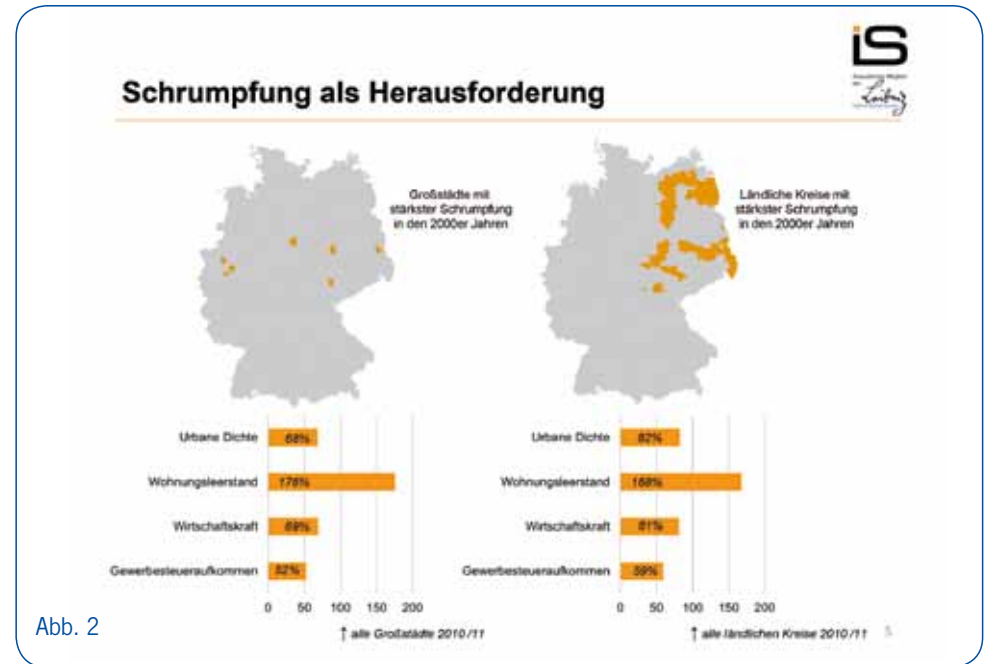


1. Bevölkerungsentwicklung in Deutschland – die Zahlen

Deutschland ist in den vergangenen 30 Jahren zunächst gewachsen, dann geschrumpft und in den letzten Jahren wieder stark gewachsen. Besonders das dynamische Wachstum in den Städten hat die Debatte über schrumpfende Städte in den letzten Jahren etwas ins Abseits der gesellschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Öffentlichkeit manövriert.

Allein in den Jahren 2011 bis 2014 haben Großstädte mit über 500.000 Einwohnern insgesamt 460.000 Einwohner hinzugewonnen. Viele davon sind Auslandsmigranten, aber es gibt auch eine nennenswerte Binnenmigration in Deutschland. Das Gesamtwachstum aller kreisfreien Städte Deutschlands in den drei Jahren betrug 665.000 Einwohner.

Deutschland zeigt sich hinsichtlich Wachstum und Schrumpfung als fragmentiertes Land. Die Karte (Abb. 1) verdeutlicht auch, dass die wachsenden Städte, die hier als Punkte dargestellt sind, von einer Zone des Wachstums umgeben sind. Nicht nur die Großstädte mit mehr als 500.000 Einwoh-



ern konnten in dieser Zeit Wachstum vermeiden; auch viele kleinere Großstädte oder Mittelstädte wuchsen. Schrumpfung betrifft vor allen Dingen die suburbane Peripherie, die wir als ex-urbane Räume bezeichnen, sowie die ländlichen Räume.

Schrumpfende Städte befinden sich hauptsächlich in Ostdeutschland. Im Westen ist vor allem das Städteland Nordrhein-Westfalen betroffen. Insgesamt verrät die Karte eine doppelte Polarisierung: Wir erkennen auf der einen Seite eine Ausdifferenzierung im Städtensystem, d.h. sehr dynamisch und auch in Zukunft wachsende Städte wie Köln, Düsseldorf, Münster oder Aachen. Auf der anderen Seite stehen Städte mit anhaltendem Strukturwandel und ökonomischen Transformationsprozessen wie Wuppertal, Gelsenkirchen oder Herne. Die Ausdifferenzierung gilt jedoch auch für ländliche Räume. Auch hier gibt es wachstumsstarke und demographisch stabile Räume wie Warendorf, Gütersloh oder Borken. Ihnen stehen schrumpfende Räume mit zurückgehender wirtschaftlicher Gesamtentwicklung gegenüber; beispielsweise Höxter, Lippe oder der Hochsauerlandkreis. Die Flüchtlingsentwicklung verändert das Bild zum Teil – Schrumpfung wird zurückgedrängt –

aber das Grundmuster der räumlichen Entwicklung wird nach meiner Einschätzung in den nächsten Jahren stabil bleiben.

In Abbildung 2 erkennt man auf der linken Karte die am stärksten schrumpfenden Kernstädte Deutschlands; unter ihnen auch die drei nordrhein-westfälischen Städte Gelsenkirchen, Hagen und Remscheid. Auf der anderen Seite die zehn am stärksten schrumpfenden ländlichen Räume, allesamt in Ostdeutschland. Erst einzelne Indikatoren wie die urbane Dichte, der Wohnungsleerstand, die Wirtschaftskraft und das Gewerbesteueraufkommen (in Relation zum Durchschnitt aller Großstädte oder aller ländlichen Räume Deutschlands) macht die Herausforderung in ihrer Mehrdimensionalität deutlich. Daher können Antworten immer auch nur integrativ sein und müssen wohnungswirtschaftliche, städtebauliche und strukturpolitische Ansätze kombinieren.

2. Das Paradox der geplanten Schrumpfung

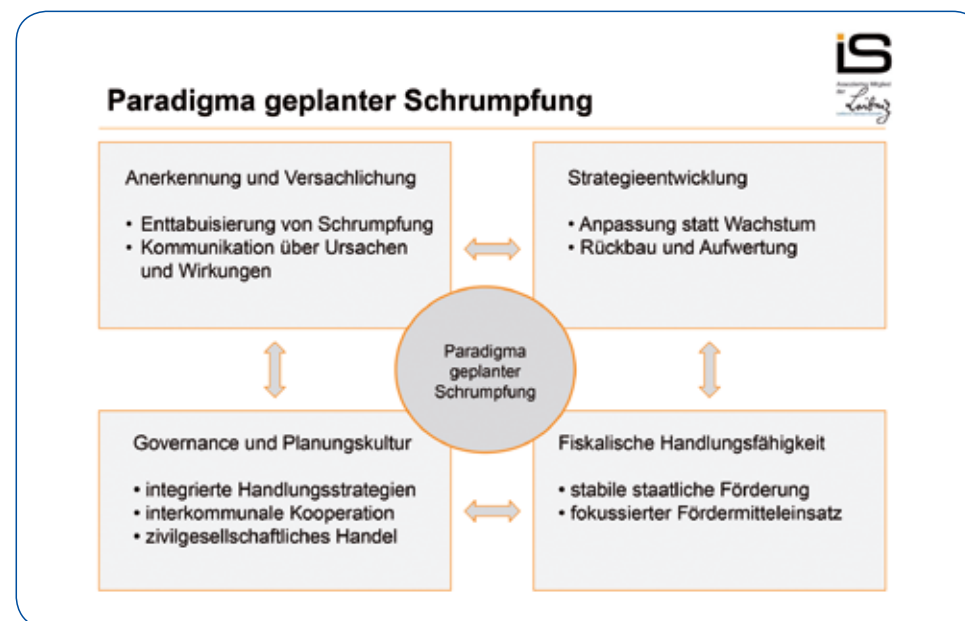
Bilder vom Wachsen, vom Neuschaffen, vom Aufbauen haben uns und unser Denken (und vor allem das der Planer und Architekten) lange Zeit tief geprägt. Trotz aller Debatten über Stadtumbau und geplante Schrumpfung fehlt heute immer noch ein normativer Kompass für das „Weniger“, dafür, wie die Urbanität einer geschrumpften Stadt bewahrt werden kann. Nach wie vor dominiert die politische und gesellschaftliche Leitvorstellung der Konvergenz der Lebensverhältnisse; sie bedeutet nichts anderes als das Versprechen, dass auch die zurückbleibenden Räume Anschluss nach oben finden. Wesentliche Teile unseres planerischen Instrumentariums vor allen Dingen auf der regional-planerischen Ebene bleiben einseitig wachstumsorientiert. Die Regionalplanung ist heute kaum in der Lage, regionale Schrumpfungsprozesse mit regulativen Instrumenten mitzugestalten. Eine Folge davon ist der Versuch, gleichsam gegen die Schrumpfung zu wachsen. Dies ist aus meiner Sicht mitverantwortlich für massive Fehlallokationen von öffentlichen Mitteln in den letzten Jahren. Das Ergebnis ist eine wachsende Physis der Stadt als gebaute Entität – bei gleichzeitiger schrumpfender demographischer und wirtschaftlicher Tragfähigkeit; was zwangsläufig zu fragwürdigen Ergebnissen in ökonomischer Hinsicht wie in Fragen der Urbanität und Lebensqualität führt.

In Ostdeutschland ist es gelungen, 250.000 Wohnungen in wenigen Jahren vom Markt zu nehmen. Dies hat dazu beigetragen, die Wohnungsmärkte zu konsolidieren und aus ihrer Dysfunktionalität zu befreien. Auf der anderen Seite wurde dort seit dem Jahr 2000 die urbanisierte Fläche um 1.600 Quadratmeter erweitert; die Schrumpfung nach innen ging einher mit einer Expansion nach außen – eine Entwicklung, die wir nicht begrüßen können.

Ein Paradigmenwechsel lässt sich jedoch heute ebenfalls feststellen. Er lässt sich an folgenden vier Punkten festmachen:

Zum einen gewinnt die Erkenntnis an Boden, dass Schrumpfung nichts Singuläres und räumlich Begrenztes ist, sondern die Regel. Zum anderen wird erkannt, dass die Ursachen von Schrumpfung nicht allein lokaler oder regionaler Natur sind; Schrumpfung bedeutet nicht Politikversagen vor Ort oder in der Region, sondern gründet in ökonomischen Transformationen, in Veränderung von Fertilität und anderen Faktoren. Das Stigma vermeintlichen Versagens ist damit abgewehrt. Schrumpfung bedeutet ferner nicht zwingend den Verlust von Lebensqualität. Wenn sie gestaltet und in ein Konzept eingebettet ist, kann man Schrumpfung auch qualitativ anders deuten. Sie verlangt jedoch eine andere Art der Planung.

Diese Neudeutung schlägt sich auch in einer verbalen Abrüstung nieder. In den Diskursen vor 20 oder 30 Jahren dominierten noch negative Begriffe wie Krise, Niedergang, Wüste. Heute stößt man in den Diskussionen über Shrinking Cities auf Begriffe wie Anpassung, Smart Decline oder Right Sizing. Die Grundrichtung des Diskurses hat sich vom Negativen ins Positive verschoben – ohne damit natürlich die riesigen Herausforderungen geplanter Schrumpfung relativieren zu wollen.



Das Paradigma geplanter Schrumpfung, derzeit noch ein zartes Pflänzchen, lässt sich mit den folgenden vier Dimensionen in seinen Eckpunkten beschreiben:

Da ist zum einen die erwähnte Tendenz, Schrumpfung als Regel, als Normalität anzuerkennen und damit zu enttabuisieren. Der zweite Aspekt betrifft die Strategieentwicklung, die zukünftig stärker auf Anpassung statt auf Wachstum setzt und die Rückbau und Aufwertung miteinander verknüpft. Stadtumbaustrategie bedeutet kein reines Abrissprogramm, sondern besteht auch in der Aufwertung von konsolidierungsfähigen Beständen. Der dritte Punkt betrifft die fiskalische Handlungsfähigkeit: Schrumpfende Städte geraten fast immer in eine schwierige fiskalische Situation. Die staatliche Förderung bleibt daher unverzichtbar, um Stadtumbau zu ermöglichen. Die Mittel müssen jedoch fokussiert eingesetzt werden. Der vierte Punkt besteht in der Veränderung von Governance und Planungskultur. Stadtumbau kann nur integriert im Verbund städtebaulicher, strukturpolitischer, und wohnungswirtschaftlicher Faktoren gelingen, wobei die interkommunale Kooperation oft entscheidend ist. Interkommunale Konkurrenz kann bei Schrumpfungsprozessen fatale Auswirkungen haben. Schließlich kann Stadtumbau nur funktionieren, wenn die Zivilgesellschaft mitzieht und lokale Akteure vor Ort partizipieren.

An dieser Stelle seien auch die Ursachen von Schrumpfung in Erinnerung gerufen. Schrumpfung ist nicht gleich Schrumpfung. Es gibt unterschiedliche Faktoren, die Bevölkerungsrückgänge hervorrufen. Es kann der Strukturwandel sein, der zu Beschäftigungsverlusten in einer Region führt, oder aber der demographische Wandel generell. Ein Großteil der Schrumpfung Deutschlands ist natürlich bedingt: Es werden weniger Menschen geboren als sterben. Die Suburbanisierungsverluste der großen Städte wiederum waren vor allem auf Wohnpräferenzen zurückzuführen. Alle diese Faktoren haben unterschiedliche zeitliche Verlaufsformen und resultieren in einer unterschiedlichen räumlichen Betroffenheit. Manchmal sind es die Stadtkerne, manchmal die Ränder oder die äußeren Peripherien. Erst die Analyse der Schrumpfungursachen kann zu einem erfolgreichen strategischen Handlungsprogramm führen!

Seit 2000 verzeichnen wir eine Trendumkehr im Sinne von Reurbanisierungstendenzen. Seitdem steigt die Wahrscheinlichkeit von Schrumpfung mit abnehmender Einwohnergröße und mit abnehmender Erreichbarkeit. Erreichbarkeit und Bevölkerungsgröße und -dichte sind die entscheidenden Faktoren für Schrumpfung oder Wachstum. Ferner verzeichnen wir auch eine Entkopplung von wirtschaftlichen und demographischen Entwicklungen. Der Landkreis Olpe zum Beispiel besitzt nahezu Vollbeschäftigung, gleichzeitig schrumpft die Region. Berlin hingegen wächst bei einer Arbeitslosenquote von 10 Prozent.

Vor diesem Hintergrund kann eine realistische Strategie für viele Städte und Gemeinden nur „Anpassung nach unten“ lauten. Das bedeutet zum einen, die realistische Einwohnerzahl in der Zukunft, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die bauliche Physis in ein Gleichgewicht zu bringen, und zum anderen, den Rückbau mit der Aufwertung von konsolidierungsfähigen Ständen zu begleiten. Es gibt ferner aus meiner persönlichen Sicht eine kritische Schwelle der relativen Bevölkerungsgröße, die man nicht unterschreiten sollte. Schrumpfung darf nicht in eine unkontrollierte Abwärtsspirale münden.

Die wichtigsten von Gemeinden verfolgten Leitbilder eines Stadtumbaus sind Kontraktion, Verinselung und Entdichtung. Kontraktion bedeutet Fokussierung auf die Kernstadt und Rückbau von außen nach innen. Radikaler ist das Bild der Verinselung, die nur noch kompakte Fragmente erhält, welche gleichsam umspült werden von Frei- oder Landschaftsräumen, die jedoch definiert und gestaltet sein müssen. Die realistischste Perspektive besteht in Entdichtung und Perforation.

Leipzig ist beispielsweise eine Stadt, die sich an Leitbildvorstellungen von Kontraktion und Perforation orientiert. Noch radikaler ist die Stadtumbaustrategie der Stadt Dessau-Roßlau. Dort löst man das urbane Gewebe zu Gunsten der Erhaltung von bestimmten urbanen Kernen auf, die vom Landschaftsraum umschlossen sind. In Dresden wiederum hat man versucht, ehemalige Sechso- oder Siebengeschosser auf dreigeschossige Gebäude zu reduzieren. Stadtumbau braucht Leitbilder. Es bleibt aber anzumerken, dass masterplanartige Rückbaustrategien aufgrund von mangelnder Akzeptanz und fehlenden Durchgriffsrechten am Boden- und Wohnungsmarkt häufig weniger erfolgversprechend sind. Die Praxis des Stadtumbaus braucht eine gute Balance aus Leitbildorientierung und kontextabhängiger Flexibilität.

Sprechen wir an dieser Stelle auch über Geld. Schrumpfende Städte geraten systematisch in fiskalische Probleme. Sie verlieren an Einnahmekraft; zugleich kommt es zu sogenannten Remanenzkosteneffekten beim Betrieb von Infrastruktur. Die Städte müssen ihre Infrastruktur aufrechterhalten, weil sie Versorgungspflichten haben; gleichzeitig zahlen immer weniger hierfür mit ihren Gebühren und Beiträgen, woraufhin Städte ihre öffentlichen Leistungen einschränken, was wiederum zu Abwanderung führen kann. Wohn- und Immobilienmärkte werden zunehmend dysfunktional; es kommt zu strukturellen Angebotsüberhängen an Immobilien, was systematisch die Investitionsbereitschaft reduziert. Zum anderen reduzieren sich Planungswertgewinne, die Treibriemen der Stadtentwicklung. Aus allen diesen Gründen bleibt staatliche Förderung essentiell. Städtebauförderung ist daher ein Eckpfeiler des Prozesses des Stadtumbaus. Allerdings müssen integrierte Stadtentwicklungskonzepte stets die Grundlage für Fördermaßnahmen sein. Auch das Vorkaufsrecht der Gemeinden wäre ein geeignetes Mittel.

Erfolgreiche geplante Schrumpfung wird auch zivilgesellschaftliches Engagement vor Ort erfordern. Was gebraucht wird, sind Ideen, Kooperationen, Muskelkraft, vielleicht auch Geld, wie es Babette Scurrell vor einigen Jahren treffend ausgedrückt hat. Es gibt gute Beispiele hierfür. Das Klushuizen-Programm in Rotterdam beispielsweise hat sich als effektiv erwiesen: Die Stadt kauft Problemimmobilien zu geringen Preisen auf, d.h. zahlt den geforderten Marktpreis, und vergibt sie an sanierungswillige Selbstnutzer, die mindestens drei Jahre diese Immobilien selbst nutzen, bevor sie sie wieder veräußern können. Ein anderes Beispiel: In Dessau werden 400 qm große Grundstücke in parzellierter Form an interessierte Bürgerinnen und Bürger in Patenschaft vergeben, die dort verschiedenste Formen von Aneignung und Freiraumnutzung durchführen konnten.

3. Governance – Politik des Stadtumbaus

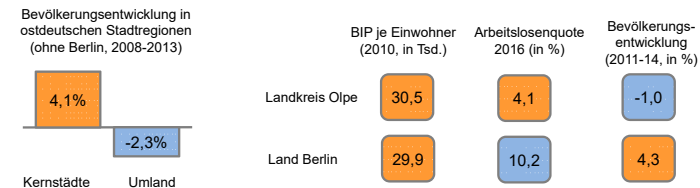
Integrierte Planung ist entscheidend für den Umbauprozess. Bei den Förderprogrammen Stadtumbau West und Ost war es für ihren relativen Erfolg entscheidend, jeweils von den Kommunen ein integriertes Konzept zu verlangen. Wichtig ist es ferner, Entwicklungsmöglichkeiten möglichst offen zu halten und bei der Stilllegung von sozialer Infrastruktur Remobilisierungsoptionen zu erhalten. Die Infrastruktur sollte beim Stadtumbau immer mitbedacht werden. Und schließlich bleibt als Aspekt die interkommunale Kooperation zu betonen, weil gerade unter Schrumpfungsbedingungen eine Konkurrenz zwischen den Gemeinden fatale Wirkungen hat.

Eine Abstimmung von wohnungswirtschaftlichen Stabilisierungs- und Konsolidierungsstrategien bedarf des Zusammendenkens und Zusammenwirkens von Städten im regionalen Verbund. Wie wäre es, die Leerstände von Wuppertal und Duisburg zusammen zu denken mit dem Wohnungsmangel in Düsseldorf?

Deutschland könnte Vorreiter einer neuen Urbanität des „Weniger“ sein. Viele Wissenschaftler aus Japan oder den USA beobachten die Entwicklung in Deutschland genau. Nicht nur im Hinblick darauf brauchen wir positive Zukunftsbilder, die Schrumpfungprozesse positiv konnotieren. Schließlich bleibt auch Solidarität eine für sämtliche Planungsprozesse der Schrumpfung entscheidende Voraussetzung. Das Paradigma der geplanten Schrumpfung verweist auch immer darauf, dass es sich hierbei um eine Solidarauflage handelt. Politik und Gesellschaft müssen sich die Frage stellen, welchen Wert es hat, schrumpfenden und zurückbleibenden Städten und Gemeinden in ihrer Anpassung zu helfen.

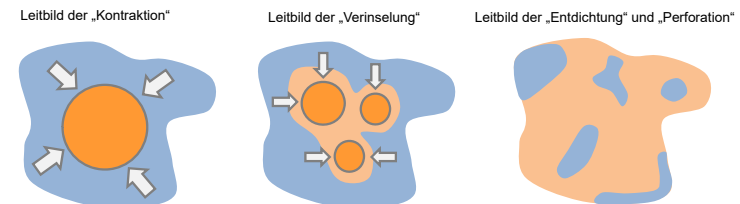
Die neue Geographie der Schrumpfung

- Schrumpfung betraf lange Zeit vor allem Kern- und Innenstädte
- Trendumkehr seit 2000: die Wahrscheinlichkeit von Schrumpfung steigt ...
 - mit abnehmender Einwohnergröße
 - mit abnehmender Erreichbarkeit metropolitaner Kerne
- Starke Betroffenheit ländlicher Klein- und Mittelstädte
- Entkopplung zwischen wirtschaftlichen und demografischen Entwicklungen



Strategien im Umgang mit Schrumpfung

- Strategien zur Anpassung der Siedlungsstruktur im Stadtumbau
 - „Kontraktion“: Stabilisierung der inneren Kernbereiche (Innenstadt)
 - „Versinselung“: Erhalt kompakter Fragmente umgeben von Landschaftszonen
 - „Entdichtung“: punktueller Rückbau und Auflockerung der Siedlungsbestände
- Schaffung und Vernetzung von Freiflächen als Chance im Stadtumbau





Garten der Metropolen. Wer braucht wen?

Prof. Dr. Peter Adolphi
Akademie für Nachhaltige Entwicklung
Mecklenburg-Vorpommern, Güstrow



Rügen, Greifswald, das Tollensetal, die Wälder um Stechlin, die an Fontane erinnern, die Küstenlandschaft auf Usedom oder am Darß, die Mecklenburgische Seenplatte: Die Aufnahmen aus Mecklenburg-Vorpommern entsprechen den idealisierten Erwartungen. Sie vermitteln das Bild eines ruhigen ländlichen Raumes, der der Erholung fern der Hektik der Großstadt dient. Mecklenburg-Vorpommern, die Bevölkerungsentwicklung und die Zahl der Haushalte entsprechen diesem Bild. Mecklenburg-Vorpommern könnte in Deutschland als Garten der Metropolen fungieren.

Prinzip Regionalisierung

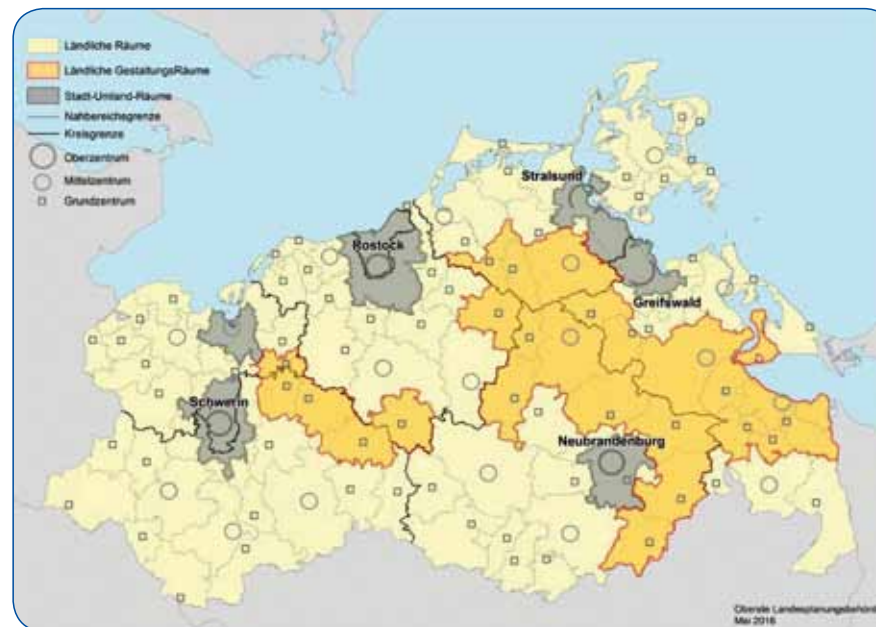
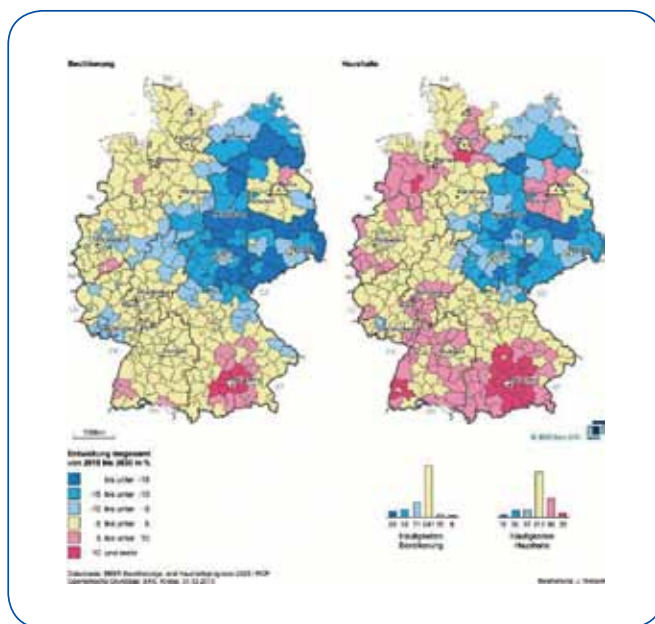
Prof. Dr. Peter Adolphi, Leiter der Akademie für nachhaltige Entwicklung Mecklenburg-Vorpommern in Güstrow, erörterte die Chancen und Möglichkeiten, die ein von traditionellen Wachstumspektiven weitgehend entkoppelter und teilweise entvölkerter ländlicher Raum als Modell für nachhaltiges Leben und Wirtschaften im 21. Jahrhundert bieten könne – über die Perspektive als reine touristische Destination hinaus. Chancen finden sich auf dem Feld der Energieversorgung, welche durch eine stärkere Regionalisierung (etwa durch Bioenergiedörfer) das geltende Prinzip des Verteilnetzes durch das des Einspeisenetzes umkehren könne. Die Idee eines Verteilnetzes, so eine Kernthese von Peter Adolphi, sei heute nicht mehr zeitgemäß.

Möglichkeiten auf dem Feld des Ressourcenschutzes könnten zum Beispiel ökologische Wertpapiere wie Streuobstgenussscheine oder Waldaktien als alternative Finanzierung von Ökosystemleistungen sein. Prof. Adolphi plädierte in diesen wie anderen Bereichen, etwa dem der Arbeitsorganisation, für eine Gesellschaft, die nicht mehr einseitig Wachstumsideologien verfolgen sollte. Auf politischer Ebene entspräche einer „postcarbonen Gesellschaft“, so Adolphi, eine „smart grid“-Verwaltung. Manche der Ideen, die Peter Adolphi zum Beispiel zum Thema Landwirtschaft vortrug, orientieren

Impressionen aus Mecklenburg-Vorpommern (v. l. o. im Uhrzeigersinn):
Gewässer auf Rügen, Wälder um Stechlin, See bei Wanzka und Felder und Wiesen im Tollensetal.

rechts:
Entwicklung der Bevölkerung- und Haushaltszahlen in Deutschland im Vergleich, Prognose von 2015 bis 2035.

rechts außen:
Ein Blick auf die ländlichen und städtischen Räume in Mecklenburg-Vorpommern.



sich an den Vorstellungen einer regionalen Bodennutzung, wie sie der Mecklenburger Gutsbesitzer und frühe Wirtschaftsgeograph Johann Heinrich von Thünen in seinem 1826 erschienenen Werk „Der isolierte Staat“ vorschlug (Thün'sche Kreise). Gesellschaftspolitisch plädierte Peter Adolphi entsprechend diesem Denken in engeren Grenzen für eine Ausdehnung und Aufwertung lokaler Eigeninitiativen.

Die Cluster des neuen bürgerlichen Engagements – von Sportvereinen bis zu Kleingärtnern – könnten demnach die Basis einer neuen Form zivilgesellschaftlich untermauerter Nachhaltigkeitspolitik darstellen. Dennoch war das Zukunftsszenario von Prof. Adolphi „kein Aussteigerszenario, sondern der Versuch, zu einer differenzierteren Form der Globalisierung“ beizutragen. Dem Land Mecklenburg-Vorpommern aber käme in diesem Zukunftsmodell die Rolle eines „Stabilisierungsraumes“ zu.



LES FLEURS DU MAL



Shrinking Cities: Zeit für Zeichen!

Prof. Mischa Kuball
Künstler, Kunsthochschule für Medien, Köln



Der 1959 in Düsseldorf geborene Künstler Mischa Kuball ist international bekannt für seine Arbeiten im öffentlichen Raum. 2016 erhielt er den deutschen Lichtkunstpreis, doch konkretisieren sich seine in vielen Ländern der Erde umgesetzten Projekte, Interventionen und Performances nicht nur lichttechnisch, sondern in ganz unterschiedlichen Formen und Techniken. Stets bildmächtig und in stark kommunikativ wirkender Weise erinnern seine Arbeiten daran, dass der öffentliche Raum einmal ein Ort des Austauschs von Gedanken und Ideen war. Fast immer verknüpfen seine Arbeiten dabei die architektonisch-stadtplanerische Dimension mit sozialen, gesellschaftspolitischen, nicht selten auch historisch gefärbten Fragestellungen. Wir sprachen mit dem Künstler in seinem Düsseldorfer Atelier.

Mischa Kuball, warum brauchen wir heute Kunst im öffentlichen Raum?

Die Antwort auf diese Frage ist komplex. Kunst im öffentlichen Raum, wie ich sie verstehe, ist kein Dekor, kein Zusatz. Sie artikuliert eine grundsätzliche Haltung, die darauf zielt, für den öffentlichen, ursprünglich vor allem durch Kommunikation geprägten Raum – denken Sie an die antike Agora – Bewusstsein und Aufmerksamkeit zu schaffen. Dieses Bewusstsein für den öffentlichen Ort und seine Gestaltung zu schaffen und zu verbreiten und nicht nur den Planungsexperten zu überlassen, scheint mir heute wichtiger denn je. Kunst im öffentlichen, d.h. nicht institutionalisierten, noch nicht verplanten und zunehmend privatisierten Raum, kann als sozial-politischer Treibstoff für Debatten und Diskussionen über die Stadt und die Stadtgesellschaft positiv wirken. Der Vorteil vieler meiner Projekte ist hierbei ihr interventionistischer und meist zeitlich begrenzter Charakter, mit dem sie Orte, noch nicht verplante Leerstellen sozusagen, besetzen können. Einer Serie meiner Projekte von 2009 bis 2015 hatte ich den Titel „public prepositions“ gegeben – dies auch im Sinne von syntaktischen Präpositionen, welche ‚unter‘, ‚auf‘, ‚neben‘ einer städtischen Situation liegen und ‚gegen‘, ‚wegen‘ oder ‚während‘ ihrer Existenz bestehen.

Bei dem Projekt „Les fleurs
du mal (Blumen für Mar!)“ ging
es Mischa Kuball um Bürger-
beteiligung, um Partizipation, ums
Nach- und Weiterdenken der Stadt
und um öffentliche Diskussion.



Nach der Katastrophe in Christchurch sendeten 21 Länder weltweit Laternen in die verwüstete neuseeländische Stadt, darunter (v. o. l. im Uhrzeigersinn): Belgrad, Sopot, Sydney und Düsseldorf.

Kann eine politisch ausgerichtete Form der Kunst heute, in einer Zeit, die zum einen vor allem an Sensationen interessiert ist – ich denke an Christos neuestes Kunstprojekt am Lago Iseo – die zum anderen, was den öffentlichen Raum betrifft, stark von ökonomischen Interessen geprägt ist, in der Öffentlichkeit wirken, sogar nachhaltig wirken? Wie ist Ihre Erfahrung aus den Projekten? Man muss unterscheiden, welche Öffentlichkeiten man wodurch erreichen will. Fast alle meine Projekte beziehen in hohem Maß die lokale Bevölkerung mit ein. Öffentlicher Raum bedeutet für mich explizit Einbezug von Publikum. Bei meinem Projekt in Marl („Les fleurs du mal“) gab es diesen intensiven Einbezug der Menschen der Stadt, die durch die Lettern in Großbuchstaben über dem Rathauseingang und eine seitlich vor dem Eingang platzierte Vase (in die man, wenn man wollte, Blumen stecken kann) angeregt wurden, sich über diesen von den Utopien der 1960er Jahren geprägten und nun teils desolaten Stadtraum Gedanken zu machen, Lösungen vorzustellen, an Diskussionen teilzunehmen. In Dessau hat man mich kürzlich aufgrund dieser Arbeit kontaktiert, um mir auch dort über die Perspektiven der Stadt Gedanken zu machen – einer Stadt, die 1933 einen bis heute nicht ganz gekitteten Bruch erlebt hat. Das Thema der Partizipation der Bevölkerung an städtebaulichen Fragestellungen, die durch künstlerische Interventionen motiviert und ausgelöst werden, ist heute in den Stadtverwaltungen in Deutschland wie weltweit sehr virulent. Es geht bei meinen Projekten ja auch nicht um Kunstevents und Festivals, aber mehr doch um die Entwicklung von Stadträumen, die zum Beispiel durch Erdbebenkatastrophen wie im neuseeländischen Christchurch verwüstet waren. 21 Städte weltweit, von Düsseldorf bis zum japanischen Kurashiki, sendeten in einem aufwändigen logistischen Prozess Laternen, die als dauerhafte Straßenbeleuchtung dort installiert wurden. Insgesamt vier Jahre nahm das Projekt in Anspruch und begleitete den städtischen Wiederaufbauprozess, und natürlich spielte dabei neben der Lichtmetaphorik und der internationalen, sichtbaren Solidaritätsbekundung auch der Austausch von urbanem Wissen eine Rolle. In Kattowitz in Polen, das 40 km von Auschwitz entfernt liegt, rief mein Projekt „GhostTram“ einer innen beleuchteten, aber leeren, nachts durch die Stadt fahrenden Straßenbahn bei einer bewusst uninformierten Öffentlichkeit die Bilder der Verbrechen der Nazis hervor. Nicht immer sind die Reaktionen genau vorhersehbar, aber Öffentlichkeit heißt öffentliche Resonanz, und die bleibt bei Menschen nicht zuletzt auch in Form von Bildern nachhaltig erhalten.

Sie sind vor allem durch ein Projekt in Düsseldorf einem größerem Publikum bekannt geworden, nämlich durch die Lichtinstallationen am Mannesmannhaus. Wie war damals, 1990, die Reaktion der Düsseldorfer?

Das „Megazeichen“-Projekt am Mannesmann-Hochhaus am Rhein fand kurz vor der Untertunnelung der B 1 und der späteren Schaffung der Rheinpromenade statt. Durch die sechswöchigen wechselnden Fassadenzeichen wollte ich auf den Einfluss der Architektur auf den öffentlichen Raum aufmerksam machen, sozusagen die Erzählform von Architektur in den Stadtraum transportieren. Anfangs

hieß es, die Putzfrauen hätten vergessen, das Licht auszumachen. Am Schluss stand eine große, vielschichtige öffentliche Debatte über den Ort, das Gebäude und seine Wirkung. 1994, als Christos berühmte und übrigens ebenfalls politisch gedachte Reichstagsverhüllung „Wrapped Reichstag“ das Publikum faszinierte, fand parallel dazu eine Intervention von mir im niederrheinischen Ort Stommeln statt, wo die städtische Synagoge für sechs Wochen zu einer Lichtskulptur („refraction house“) umgestaltet wurde, die in vielfacher Hinsicht in den Stadtraum hinein strahlte.

Wie Sie arbeiten und wie sehr Ästhetik und die Stadtgesellschaft in Ihren Arbeiten zusammenspielen, kommt für mich besonders eindrücklich in Ihrer Arbeit für die Stadt Bern zum Ausdruck. Hier haben Sie den Schweizern in ihrer Hauptstadt ja einiges zugemutet.

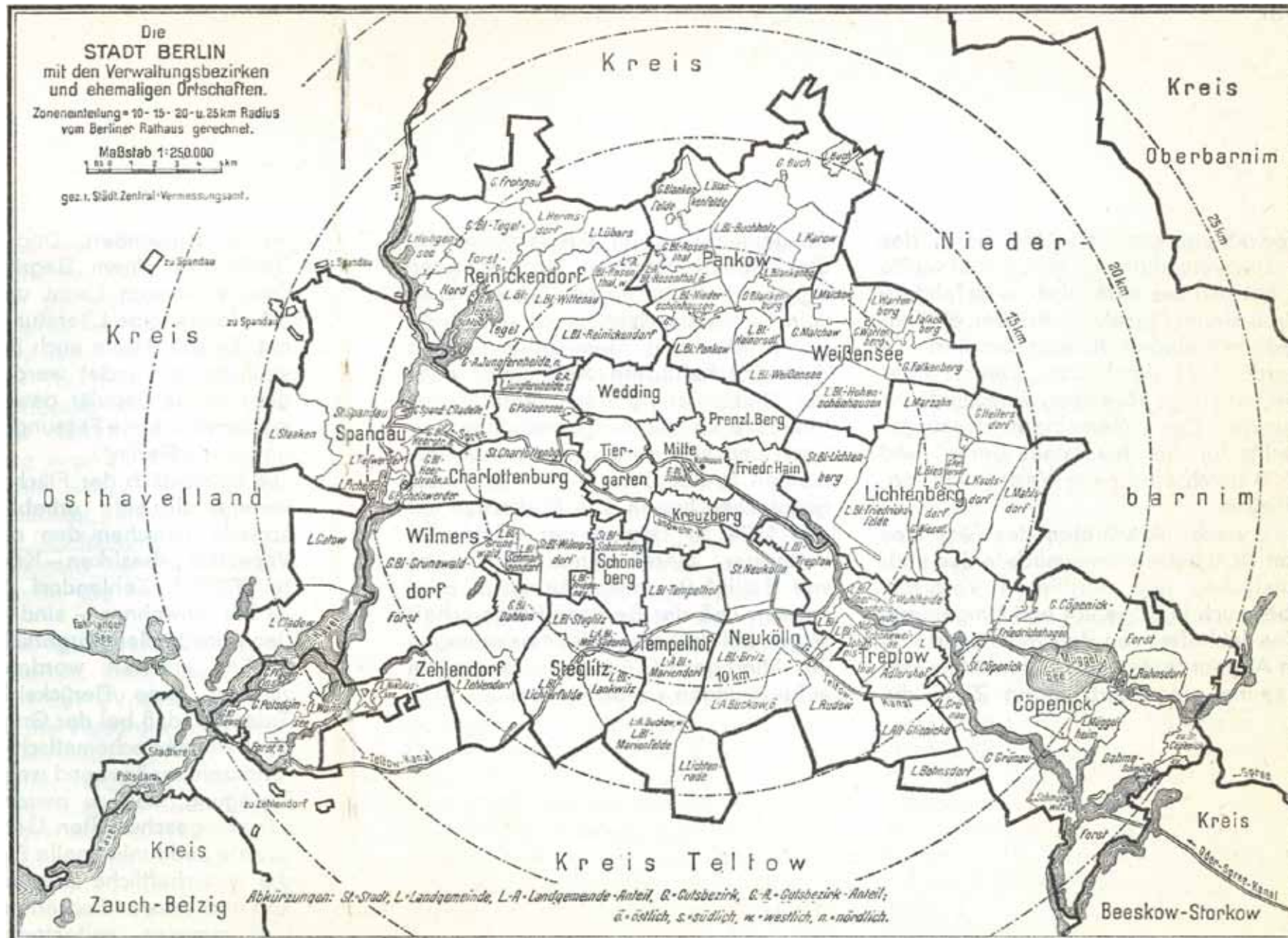
Der Anlass war in diesem Fall das Theaterfestival „bone 14“ in Bern. Ich habe das dortige Stadttheater im alten Metzgergässchen, in dem ehemals das Schlachthaus der Stadt stand, umgenutzt, habe Türen und Fenster und bewegliches Material herausgenommen und den Theaterraum zur öffentlichen Passage umfunktioniert. Der Höhepunkt der Intervention bestand darin, 300 Schafe, die zuvor von Veterinärmedizinern genau untersucht werden mussten, geführt von Schäfern durch dieses Theater zu treiben. Natürlich hat die Aktion auch geruchlich länger anhaltende Spuren hinterlassen. Hier wurde thematisch Verschiedenes in einer Aktion, in einem Bild gewissermaßen präsent. Das Projekt, bei dem eine kulturelle Einrichtung und ihr Verhältnis zur Öffentlichkeit eines der Themen war, das vor allem auch das Phänomen von Umnutzungen konkret werden ließ, das außerdem die Historie des Ortes aufgriff, das das kunsthistorische Motiv vom agnus dei und nicht zuletzt das Thema des Verhältnisses von Tier und Mensch im städtischen Raum anspielte, zeigt aus meiner Sicht auch, dass bei allen gesellschaftlichen Bezügen die Kunst in solchen urbanen Kontexten eine eigenständige Rolle spielen muss. Sie muss in einer grundsätzlichen Offenheit vieldeutig bleiben und darf nicht in den Dienst einer bestimmten politischen Aufgabe gestellt werden. Ich bin jemand, den die vielfältigen öffentlichen Kontexte interessieren und der für jeden Ort eine Idee, ein künstlerisches Konzept entwickelt, aus dem sich weitere für die Stadt und ihre Perspektive möglicherweise fruchtbare Überlegungen ergeben.

Vgl. Zum Thema: Public Propositions 2009–2015 Mischa Kuball, hrsg. von Vanessa Müller. Köln, 2015
www.mischakuball.com, www.public-preposition.net

oben: Mit dem „Megazeichen“-Projekt am Düsseldorfer Mannesmann-Hochhaus wurde Mischa Kuball 1990 einem breiteren Publikum bekannt.

unten: Im Rahmen des Theaterfestivals „bone 14“ ließ Kuball 300 Schafe durch das Stadttheater in Bern treiben.





Hauptstadt Berlin: Städtebau und Identität

Prof. Dr. Harald Bodenschatz
Institut für Kunstwissenschaft und Historische Urbanistik,
Berlin



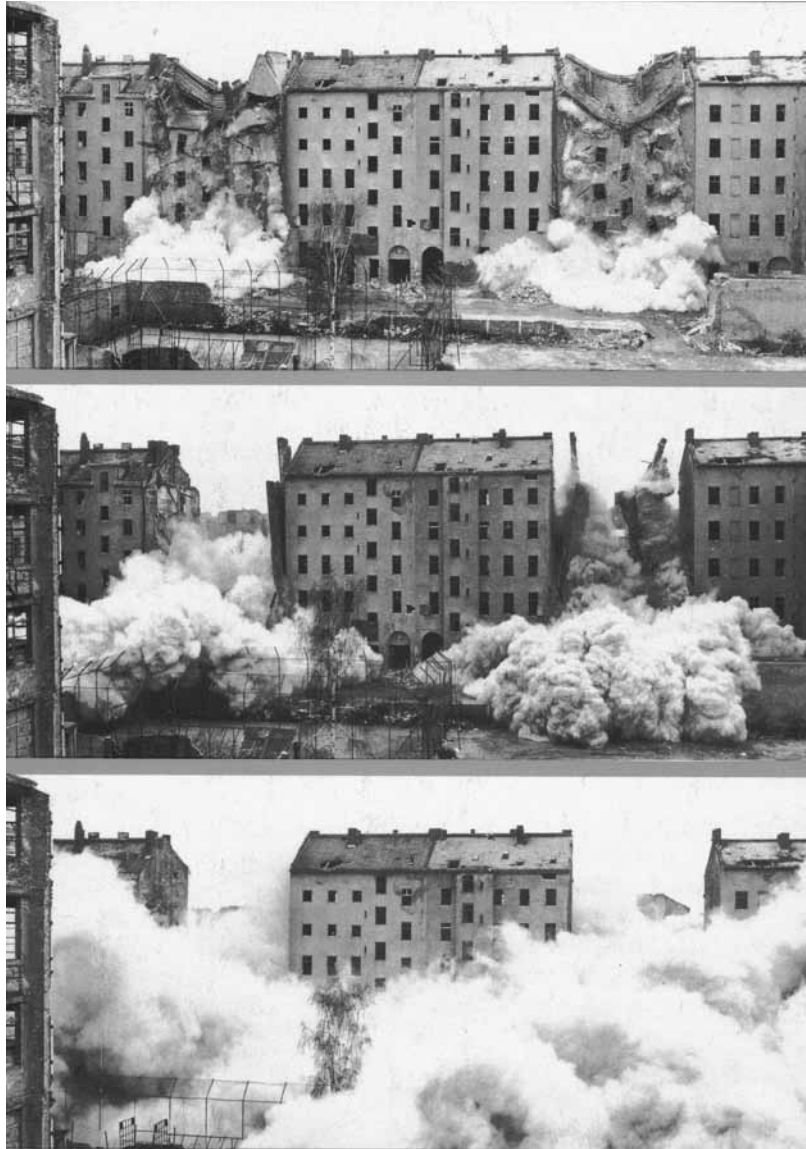
Was ist Berlin, wo kommt es her, wo will es hin, wo geht es hin? Welche Emotionen erweckt diese Stadt, die unser aller Hauptstadt ist? Was verbinden wir mit Berlin, wir, die Besucher, die Immigranten, die Einwohner Berlins? Die Antworten darauf werden sehr unterschiedlich sein, je nachdem, wen man fragt, und auch, wann man diese Fragen stellt. Selbst wenn wir diese Fragen einschränken, fokussieren, und zwar auf den Städtebau Berlins, eines steht fest: Es gibt keine einfachen Merkmale, die wir dieser Stadt zuschreiben können. Berlin polarisiert, und zwar immer wieder neu, und das hat auch etwas mit der Geschichte dieser Stadt zu tun.

Berlin – Sehnsuchtsort oder failed city?

„Berlin leuchtet“, so hieß das prächtige Lichterfest, das im Oktober 2015 die deutsche Hauptstadt ins „richtige Licht“ rücken sollte. Damals jährte sich auch die Vereinigung Deutschlands und Berlins zum 25. Male. Alles schön bunt, wenngleich kurzfristig, oft nur Sekunden. Schlaglichter sozusagen. Was sagen uns diese Schlaglichter über Berlin? Berlin erscheint kurzatmig, flatterhaft, un stetig, ohne Halt – kurz, wie in Berlin immer so gerne zitiert wird: „Berlin ist dazu verdammt, immerfort zu werden und niemals zu sein.“ Mit diesen Worten schloss Karl Scheffler sein berühmtes Buch „Berlin. Ein Stadtschicksal“, das 1910 veröffentlicht wurde. Karl Scheffler war ein Hamburger, den es nach Berlin verschlug und der in Berlin als Kunst- und Kulturkritiker berühmt wurde.

Doch mit dem ‚Immerfort-Werden‘ tut sich Berlin immer schwerer. Vieles geht nicht mehr voran. Beispiele hierfür sind die Staatsoper, aber auch das ICC und vieles mehr. Freilich drängt sich seit einigen Jahren ein einziges Bauprojekt ungefragt und mit aller Wucht in den Vordergrund der öffentlichen Unzufriedenheit: der neue Flughafen. Bemerkenswert ist aber noch ein ganz anderer Fall: das geradezu unglaubliche Schicksal der Friedrichswerderschen Kirche von Karl Friedrich Schinkel.

Groß-Berlin – das Berlin,
das wir heute kennen –
entstand erst 1920 als
Einheitsgemeinde.



Sprengungen von Berliner Mietskasernen in den 1960er Jahren

Diese geriet wortwörtlich ins Wanken, als für neue hochpreisige Wohnungsbauten in unmittelbarer Nähe zweigeschossige Tiefgaragen ausgehoben wurden. Das weit verbreitete Kopfschütteln über Berlin bündelt sich schließlich in dem extremen Vorwurf, eine „failed city“ zu sein, in Analogie zu einem „failed state“, einem gescheiterten Staat.

Auf der anderen Seite ist Berlin, ob am Tag, ob erleuchtet oder in dunkler Nacht, beliebt wie nie zuvor, was nicht zuletzt die Touristenzahlen belegen. Gab es 1993, kurz nach der Wiedervereinigung der Stadt, noch 7,3 Mio. Übernachtungen, so waren es 2015 bereits 30,3 Millionen. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil ausländischer Touristen von 24 auf 39 Prozent. Berlin ist immer noch arm, aber sexy. Aber Sex sells, wenigstens solange Berlin halbwegs billig ist. Das zeigt auch die jüngst erschienene Berlin-Nummer von GEO SPECIAL (1/2016). Dort heißt es auf dem Titelblatt: „Berlin – cooler, spannender, internationaler“. Und im Editorial: „Unsere Hauptstadt ist zur Weltstadt geworden, international und aufregend, ein Magnet für Künstler, Kreative, Musiker – und Urlauber. [...] Berlin begeistert durch eine Energie, die mitreißt.“ Da geht schon mal die Begeisterung mit einem durch. Kürzlich meinte unser Kulturstaatssekretär Tim Renner, Berlin wäre zum „globalen Sehnsuchtsort“ geworden (Tagesspiegel 23.04.2016).

Berlin – größte Mietskasernenstadt der Welt?

Doch an welchen Orten macht sich diese Sehnsucht fest? An der bunten, dicht bebauten, mischgenutzten Innenstadt. Also gerade an den Teilen der Stadt, die Werner Hegemann in seinem Buch „Das steinerne Berlin“ 1930 vernichtend kritisiert hatte. Hegemann hat wesentlich dazu beigetragen, dass die extrem dicht bebaute Stadt der Kaiserzeit mit ihren finsternen Hinterhöfen, aber auch mit ihrer Mischnutzung über Jahrzehnte als menschenfeindlich wahrgenommen wurde, als ein Ort, der nicht zu verbessern, sondern nur durch Abriss zu heilen ist. Die unmenschliche Mietskasernenstadt war das städtebaulich wirkungsmächtigste Bild, das Berlin je hervorgebracht hat. Es beherrschte das Denken und Handeln von ganzen Generationen von Fachleuten und Politikern über mehr als ein halbes Jahrhundert, es wurde in unzähligen Büchern und Ausstellungen immer wieder reproduziert, und es diente dazu, eine gewaltige Summe an öffentlichen Geldern zu mobilisieren, um diese Mietskasernenstadt zu beseitigen. Der finstere Hinterhof war das Symbol der unmenschlichen Mietskasernenstadt, und Heinrich Zille war der bildmächtige Kündler dieser Hölle. Das Schreckbild ließ uns vergessen, dass in der Kaiserzeit auch ganz andere, heute noch sehr beliebte Viertel entstanden sind, und zwar nicht nur Villenkolonien, sondern auch urbane bürgerliche Quartiere wie das Bayerische und Rheinische Viertel, die von Hegemann ebenfalls als Mietskasernen verteuft wurden.

Die Kritik an der Mietskasernenstadt überdauerte die Weimarer Republik wie die NS-Zeit und prägte die Rhetorik und Praxis des gespaltenen Berlin. In West-Berlin wurde 1963 das größte Kahlschlagsanierungsprogramm aller Zeiten in Deutschland aufgelegt. Mit unglaublich umfangreichen, niemals in ihrer Gesamtheit transparent präsentierten öffentlichen Subventionen wurde die Mietskasernenstadt beseitigt – zugunsten einer neuen Stadt mit getrennten Funktionen, aber auch zugunsten einer autogerechten Stadt, was oft vergessen wird.

Erst in den 1970er Jahren geriet das Negativbild der Mietskasernenstadt in eine Krise. Heute sind es vor allem die damals nicht von der Sanierung erfassten Stadtviertel der Kaiserzeit mit ihren vielen Hinterhöfen, die – wie Prenzlauer Berg und Friedrichshain – äußerst beliebt sind, während die sanierten, hinterhoffreien Viertel deutlich lebloser sind. Heute macht der gute Ruf Berlins sich an dem fest, was über Jahrzehnte von vielen Fachleuten und Politikern als (städtebauliche) Hölle wahrgenommen wurde. Die starke Nachfrage nach Wohnungen in diesen Vierteln, stark steigende Mieten und Eigentumswohnungspreise, stark steigende Bodenpreise, Gentrifizierung und Verdrängung sind Ausdruck dieser verkehrten Welt.

Groß-Berlin – ein Jahrhundertereignis!

Ist Berlin nun eine failed city oder ein Sehnsuchtsort? Oder vielleicht beides? Erinnert sei zunächst an eine fundamentale Grundlage unseres Berlinbildes, die oft übersehen wird: Berlin, die riesige Stadt, die wir heute kennen, gibt es seit nicht einmal 100 Jahren. Jedenfalls in rechtlicher Hinsicht. Denn erst im Herbst 1920 entstand Groß-Berlin als Einheitsgemeinde, ein Ereignis, das das moderne Berlin wie kein anderes geformt hat. Damals wurde Berlin mit 94 Gemeinden vereinigt, darunter vier Großstädte mit mehr als 100.000 Einwohnern, nämlich Charlottenburg, Neukölln, Schöneberg und Wilmersdorf. Die Stadtfläche wuchs von 66 auf 878 km², die Bevölkerung von 1,9 auf knapp 3,9 Millionen. Die Schaffung von Groß-Berlin war alles andere als ein friedliches Ereignis. Nach einer Zeit erbitterter politischer und gesellschaftlicher Auseinandersetzungen wurde am 27. April 1920 von der Preußischen Landesversammlung die Einheitsgemeinde Berlin beschlossen, und zwar denkbar knapp: Von 315 Abgeordneten stimmten nur 164 für das Gesetz.

Bereits vor 1920, zwischen der Reichsgründung und dem Ersten Weltkrieg, war Groß-Berlin sozial, wirtschaftlich und kulturell ein zusammenhängender Großraum geworden, wenngleich infolge der zersplitterten kommunalen Verhältnisse sehr große Probleme entstanden – vor allem in sozialer und verkehrlicher Hinsicht. Als Berlin dann 1920 als Einheitsgemeinde neu geschaffen wurde, war es de facto ein Flickenteppich unterschiedlicher Städte und Orte, eher die Simulation einer geeinten Großstadt als eine wirklich einheitliche Stadt. Seine Bürger fühlten sich nicht automatisch als Groß-Berliner,



Heute sind freilich gerade die dicht bebauten Viertel in Prenzlauer Berg oder Neukölln zu höchst attraktiven „Trendvierteln“ geworden.



sie blieben die Bürger ihrer alten Gemeinden, zum Teil bis heute. Es gab kein Projekt, aus dem Kunstprodukt Groß-Berlin ein wirkliches Groß-Berlin zu machen: „Berlin ist viele Städte“, so heißt es auch heute noch oft. Das heißt aber auch, Berlin tendiert zum Inseldenen innerhalb der Stadt, es tendiert zu isolierten Kiezen, ist tendenziell zerrissen. „Groß-Berlin war“, so schreibt der Schauspieler, Fotograf und Publizist Hanns Zischler, ein Bayer in Berlin, „immer auch eine Illusion, eine Fata Morgana über märkischem Sand und Sumpf.“ Diese Worte finden sich in dem wunderbaren Buch „Berlin ist zu groß für Berlin“ (2013, S. 10), dessen Titel allein schon eine Botschaft ist.

Wurde Groß-Berlin dennoch eine einheitliche Stadt? Es gab durchaus Prozesse, die die Stadt zusammenschweißten – etwa der öffentliche Verkehr mit einem einheitlichen Tarifsystem. Aber es gab auch noch nach 1920 über Jahre soziale Bewegungen in Teilgebieten von Berlin, die wieder aus der Einheitsgemeinde austreten wollten. Und doch entwickelte sich auch eine Art Identifikation mit diesem neuen künstlichen Großgebilde. Das war die Begeisterung darüber, dass Berlin jetzt so unglaublich groß war. Eine fast kindliche Begeisterung über Größe, über Quantitäten, ein Stolz auf Zahlen, den man sonst nur US-Amerikanern zuschreibt. Mit der kommunalen Neuordnung von 1920 war Berlin (nach Los Angeles) zur flächenmäßig zweitgrößten und nach Einwohnern zur drittgrößten Stadt der Welt geworden. Großartig – aber eben doch nur dem Zusammenschluss vieler Gemeinden geschuldet. Die damals beliebte Rede von der „Weltstadt Berlin“, das war wenigstens ein Trost in einer bitteren Zeit. Die große Boomperiode der Kaiserzeit war endgültig vorbei, soziale Konflikte erschütterten die Stadt, die wirtschaftliche Kraft war schwach, 1929 brach die Weltwirtschaftskrise herein, die Jahre äußerster Not mit sich brachte. Und 1933 konnten die Nationalsozialisten die Macht übernehmen. Golden war wenig in dieser Zeit, vor allem nicht für die Mehrheit der Berliner.

Berlin – Weltstadt wider Willen

Mit der nationalsozialistischen Machtübernahme veränderte sich die Rolle Berlins ein zweites Mal fundamental. Berlin wurde nun das Aushängeschild eines Regimes, das die Herrschaft über Europa übernehmen wollte. Und das dafür die gesamte Welt mit einem verheerenden Krieg überzog. In diesem Sinne wurde Berlin erstmals eine Weltstadt, ein Ort des Schreckens für die Welt, ein Hort der Aggression. Eine Art von Weltstadt, von der heute in Berlin kaum jemand etwas hören will, die ausländische Gäste jedoch suchen – oft vergebens. Berlin strebte auch im Städtebau eine hegemoniale Stellung an. Das neue Berlin, das sich die nationalsozialistische Führung imaginierte, war noch einmal deutlich größer als Groß-Berlin von 1920. Es sollte bis zum Autobahnring entwickelt werden, der ja auch erst in dieser Zeit geplant wurde.

Nach dem Krieg errang Berlin wieder Weltgeltung, diesmal als zentrales Schaufenster der Spaltung der Welt, als zentrale Kulisse des Kalten Krieges. Und wieder war es eine Diktatur, die einen Teil Berlins besetzte und städtebaulich entwickelte. Berlin, das wird oft vergessen, hat als Gesamtstadt bisher nur wenig demokratische Erfahrung, nur die schwierigen 15 Jahre Weimarer Republik und ein Vierteljahrhundert seit dem Fall der Mauer. Nach der Spaltung Berlins wetteiferten die beiden Teilstädte um den besten Städtebau miteinander, sie waren sich aber oft gar nicht so fern, wie es den Zeitgenossen schien.

Mit dem Ende des Kalten Krieges hatte Berlin seine Rolle als Zentrum der Spaltung der Welt in Ost und West verloren, eine Rolle, die es weder angestrebt noch gewollt hat, die aber die Stadt immer wieder ins Scheinwerferlicht der internationalen Öffentlichkeit rückte. Ein Scheinwerferlicht, das nicht erst nach dem Zweiten Weltkrieg angeschaltet wurde, sondern bereits nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten. Heute ist Deutschland längst eine hegemoniale Macht in Europa geworden, und Berlin repräsentiert das neue Deutschland. Berlin ist das heitere Gesicht einer im Ausland keineswegs immer als heiter wahrgenommenen Nation.

Seine weltweite Bedeutung hat Berlin aber verloren. Das mussten die Berliner allerdings erst lernen. Hilfreich dafür war die Bewerbung für die Olympischen Spiele für das Jahr 2000, bei der Berlin im September 1993 so kläglich scheiterte, wie es keiner erwartet hatte. Berlin war bereits im zweiten Wahlgang ausgeschieden. Nur Istanbul hatte noch schlechter abgeschnitten. Nun war klar: Die Sonderrolle Berlins im Scheinwerfer weltweiter Aufmerksamkeit und internationaler Sympathie war vorbei. Die Stadt wurde klein und kleiner, arm und ärmer. Die Verwaltung schrumpfte, das politische Format schrumpfte. Seit den späten 1990er Jahren herrschte über fast ein Jahrzehnt weitgehende Stagnation – im Bauen und oft auch im Denken.

Berlin – Stadt mit vielen Zentren

Vor 1989 war alles klar: Berlin hatte zwei Zentren – eines im Osten, eines im Westen. Und diese zwei Zentren hatten ziemlich eindeutige zentrale Orte. Der zentrale Ort war im Westen der Breitscheidplatz mit der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, im Osten zuerst der Schlossplatz, nunmehr Marx-Engels-Platz genannt, später der Alexanderplatz. Auf beiden Seiten der Mauer sollten Hochhäuser von der Bedeutung Berlins künden. Und auch die Leitidee einer autogerechten Stadt beherrschte den Städtebau für die Zentren auf beiden Seiten der Mauer.

Nach dem Fall der Mauer war alles unklar, es begann nicht nur die aufregende und aufgeregte Suche nach dem künftigen Zentrum Berlins, sondern auch die Suche nach dem zentralen Punkt des Zentrums. Politiker und Investoren entdeckten ständig neue „Mittelpunkte“ des Zentrums von Berlin: zuerst den Potsdamer Platz und die Friedrichstraße, dann den Alexanderplatz, danach den „Schlossplatz“ und schließlich den Pariser Platz. Bald erholte sich auch das alte West-Berliner Zentrum, das nun aus Image-Gründen City West genannt wurde.

Doch es war nicht nur das Nutzungsvakuum des Zentrums, das nach 1989 Unsicherheiten erzeugte. Berlin hatte auch in der Vergangenheit kein stabiles, eindeutiges Zentrum mit eindeutigem Mittelpunkt, und sein Schwerpunkt war immer in Bewegung, auf der Wanderschaft gen Westen. Es fand sich kein herausragendes Gebäude, kein herausragender Ort, der diese Wanderung aufhalten konnte, der dem Zentrum einen Halt gab, keine große Kirche, kein großer Rathausplatz, nicht einmal ein wirklich Ehrfurcht gebietendes Schloss. Die Herrschenden schämten sich der alten, relativ unbedeutenden Kolonialstadt der Vergangenheit. „In den ersten fünf Jahrhunderten seiner Existenz“, so sei nochmals Karl Scheffler zitiert, „kann Berlin in keiner Weise den wichtigen Kunst- und Kulturstätten zugezählt werden. Aus dem Mittelalter, aus der Renaissance, ist kein Bauwerk von höherer Bedeutung erhalten.“ (Scheffler 1910, S. 63)

Nach der Schaffung von Groß-Berlin 1920 stellte sich ganz grundsätzlich die Frage: Wie soll das Zentrum der neuen Einheitsgemeinde gestaltet werden, das die vielen kleinen Zentren der vereinigten alten Gemeinden ersetzen kann? Die Antwort war unmissverständlich: ganz anders, als es überkommen war. Gefordert und gezeichnet wurden mehr monofunktionale Bürobauten, mehr Platz für Autos, mehr Hochhäuser. Und kein Wohnen im Zentrum mehr! Doch Geld war für die vielen Vorschläge nicht vorhanden. Daher blieb das Zentrum im Wesentlichen so, wie es das Kaiserreich hinterlassen hatte. Die nationalsozialistische Diktatur wollte sich aus dem alten Zentrum zurückziehen und ein gänzlich neues, prächtigeres, protzigeres, monumentaleres bauen, westlich des alten Zentrums. Doch auch dazu kam es nicht mehr. Erst die Zerstörungen im Zentrum während des Zweiten Weltkrieges bereiteten den Boden für ein radikal neues (Doppel-)Zentrum – in Ost- wie West-Berlin.

Ganz überraschend waren und sind diese Haltungen nicht. Die Herrschenden Berlins schämten sich immer wieder ihres überkommenen Zentrums, ihrer bescheidenen historischen Stadt. Eine proklamierte Weltstadt braucht ein Weltstadtzentrum! In allen Zeitperioden seit dem Dreißigjährigen Krieg sollte an Stelle der überkommenen historischen Stadt ein ganz anderes, ein grandioseres, besseres, neues Zentrum entstehen. Auch heute ist das nicht anders.

Berlin – eine anerkannte Hauptstadt?

Berlin ist erst eine relativ junge deutsche Hauptstadt, wie auch Deutschland ein relativ junger Staat ist. Es wurde nicht, wie etwa Rom, wegen seiner einzigartigen historischen Dimension und überkommenen kulturellen Überlegenheit Hauptstadt, sondern wegen seines Gewichtes als aufstrebende, ruppige Industriestadt und als Hauptstadt der bedeutendsten Hegemonialmacht im deutschen Raum, des Militärstaates Preußen. Schon deswegen war die Liebe zu Berlin im übrigen Deutschland nicht so ganz ausgeprägt.

Hauptstadt – das ist zweifellos ein Merkmal von Berlin, wenngleich ein schillerndes. Städtebaulich waren die Hauptstadtfunktionen im Westen des alten Zentrums verortet, vor allem entlang der Wilhelmstraße. Der wichtigste Bau der Hauptstadt, der Reichstag, verdeutlichte für jeden sichtbar die besondere Konstruktion des deutschen Kaiserreiches, das u. a. vier Königreiche vereinte: Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg. Denn für diese vier Königreiche standen die vier Ecktürme des Reichstages.

Doch was wurde aus der Hauptstadt, als es nach 1918 weder Kaiser noch König mehr gab? Die Verfassung von Groß-Berlin 1920 ließ die Hauptstadtfunktion außen vor. Erst die neue Verfassung des nationalsozialistischen Berlin 1938 betonte diese Rolle, sie machte aus der Einheitsgemeinde Berlin die Reichshauptstadt Berlin. Die Spaltung Berlins nach dem Zweiten Weltkrieg führte zu einer sonderbaren Situation: West-Berlin wurde zur Hauptstadt im Wartestatus, die in Sonntagsreden immer wieder rituell beschworen wurde, während Ost-Berlin zur Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik wurde.

Nach dem Fall der Mauer wurde schnell deutlich, dass das Bekenntnis zur Hauptstadt Berlin für viele in der Tat nur eine Sonntagsrede war. Die erbitterten Auseinandersetzungen um den Hauptstadtdeschluss des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Verlegung des Parlaments- und Regierungssitzes und die damalige hauchdünne Mehrheit zugunsten Berlins unterstrichen die wenig gefestigte Identifikation der deutschen Gesellschaft mit ihrer alten und neuen Hauptstadt.

Die Hauptstadtfunktion ist bis heute weder in Berlin selbst noch im übrigen Deutschland ein wirklich zentrales Merkmal, das mit Berlin verbunden wird. Anders ist das im Ausland. Selbst in der Verfassung von Berlin ist die Hauptstadtfunktion nicht verankert. Ein Vorstoß, dies zu ändern, ist gerade gescheitert (vgl. „Tagesspiegel“ vom 01.05.2016). Bemerkenswert ist aber, dass ein Bauwerk sozusagen aus dem Nichts zu einem Symbol für das bundespolitische Berlin geworden ist: die Kuppel des Reichstags, entworfen von Norman Foster. Hier sieht man sehr schön, dass sich solche Identifikationsbauten nicht so leicht planen lassen. Foster hatte ja gar keine Kuppel vorgeschlagen, erst

eine bemerkenswerte Debatte zwang ihn dazu, eine Kuppel zu entwerfen, und er löste die Aufgabe so, dass Gegner wie Befürworter einer Kuppel zufrieden waren – ein ausgezeichnetes Ergebnis.

Berlin – Bühne einer neuen Gründerzeit?

Die schmerzenden Zeiten der Stagnation und Ruhe, die dem Rausch der Nachwendezeit folgten, sind längst vorbei. Berlin wächst und wächst – diesmal wirklich und für jeden fühlbar, nicht nur in der Phantasie, wie nach dem Fall der Mauer. Und zwar um 50.000 Einwohner allein 2015. Selbst die wirtschaftliche Lage bessert sich, wenngleich nur langsam und auf niedrigem Niveau. Bestätigt wird das gefühlte Wachstum durch neue Bevölkerungsprognosen, die für Berlin wie Brandenburg vorgelegt wurden. Wer hätte das noch vor 10 Jahren geahnt: Die Hauptstadtzeitung spricht begeistert davon, dass Berlin in zehn Jahren, 2025, wieder eine Vier-Millionen-Stadt werden wird,



wie schon Mitte der 1920er Jahre. Hier ist sie wieder, die Begeisterung für Zahlen, für wachsende Zahlen, für quantitative Rekorde.

Brauchen wir jetzt aber eine neue Gründerzeit, wie unser Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel meint? Er weiß vielleicht gar nicht, wie rabiät, rücksichtslos und sozial polarisierend die Gründerzeit nach dem deutsch-französischen Krieg war. Und er betrachtet die Entwicklung Berlins recht isoliert. Denn im weltweiten Vergleich ist das Wachstumstempo Berlins ein Schneckenstempo. Aber – das wird oft übersehen – auch im Vergleich mit der ersten Gründerzeit. Damals war die Bevölkerungszunahme deutlich größer als heute. Damals wurden fieberhaft Wohnungen gebaut. Und damals wurden auch neue, gewaltige Infrastrukturanlagen geschaffen, insbesondere das Schnellbahnsystem, ohne das das Wachstum gar nicht möglich gewesen wäre. Von einem solchen Ausbau der stadtreionalen Infrastruktur können wir heute nur träumen.

Die Schaffung von Groß-Berlin war eine Antwort auf die städtebaulichen und sozialen Fehlentwicklungen der ersten Gründerzeit. Heute hätten wir die Chance, von beiden Entwicklungen zu lernen, von der ersten Gründerzeit und den wechselhaften Konjunkturen eines Groß-Berlin, von der liberalistischen Phase und der etatistischen Phase, die in Berlin bis 1989 andauerte. Doch die Verarbeitung historischer Erfahrungen ist nicht die Stärke Berlins.

Ausblick

Die städtebauliche Identität jeder Stadt wird vor allem durch ihr städtebaugeschichtliches Erbe geprägt. In Berlin ist die Einschätzung dieses Erbes heftig umstritten. Die Identifikation mit der Riesenstadt Berlin ist äußerst widersprüchlich, sie umfasst negative wie positive Merkmale. Die Bewertung der dominanten Merkmale dieses Erbes änderte sich im Laufe der letzten Jahrzehnte, und sie existiert oft in aller Schroffheit – als positive oder negative Bewertung – gleichzeitig nebeneinander. Das gilt etwa für die Mietskasernenstadt, aber auch für die autogerechte Stadt oder das fragmentierte Zentrum. Doch diese Bewertungen beruhen – anders als in vielen anderen Städten – nicht auf einem soliden historischen Grundwissen.

Denn Berlin ist in einzigartiger Weise geschichtsvergessen, geschichtslos, sein Gedächtnis ist extrem kurz. Das betrifft auch die städtebaulichen Praktiken der Fachwelt und der öffentlichen Hand. Das Vergangene gilt wenig und gerinnt zum Abziehbild, es erscheint rasch veraltet, als etwas, auf das man nicht stolz ist, im Gegenteil. Diese Grundhaltung korrespondiert mit einer Begeisterung für quantitative Rekorde, für das Neue, eine Begeisterung, die kurz aufflackert und ihrerseits sehr flüchtig ist. Das alte Berlin ist nichts wert, ist schon fast ein Schimpfwort, das neue Berlin dagegen ist wunderbar, aber auch nur für kurze Zeit. In geradezu idealer Weise konkretisierte sich diese Haltung im Ausbau einer autogerechten Stadt, die ihresgleichen in Deutschland sucht. Aber auch der Wunsch nach Hochhäusern, egal wo und wie, unterstreicht diese Haltung. Ein Wunsch, der nicht etwa wie in Frankfurt von Investoren, sondern von Fachleuten und Politikern formuliert wurde. All diese Aspekte zeigen sich zuallererst in den beiden Zentren Berlins, im Zentrum Ost wie in der City West. Es gibt kaum eine Großstadt im westlichen und mittleren Europa, die ihre Geschichte im Zentrum so gründlich weggeräumt hat wie die beiden Halbstädte nach dem Zweiten Weltkrieg. Die städtebauliche Identität jeder Stadt wird durch eine Verknüpfung von gepflegtem städtebaugeschichtlichem Erbe und demonstrierter Zukunftsfähigkeit hergestellt. Berlin kennt jedoch nur eines: die Gegenwart. Denn die Geschichte ist vergessen, und für die Zukunft fehlt eine Vision, eine Vision für eine nachhaltigere Großstadtregion.

Berlin ist aber immer auch für Überraschungen gut. In den 1980er Jahren, in den Jahren vor und nach der 750-Jahr-Feier Berlins, wollte sich die Stadt ihrer Geschichte vergewissern, in einer Zeit, in der eine Zukunft nicht möglich schien. Der Fall der Mauer beendete diese Phase abrupt. Nun schien es nur mehr Zukunft zu geben. In Kürze steht wieder ein großes Jubiläum an: 100 Jahre Groß-Berlin. Mal sehen, was passiert. Vielleicht überwindet Berlin doch irgendwann einmal seinen Minderwertigkeitskomplex. Vielleicht kann Berlin sich dann mit seiner widersprüchlichen Geschichte versöhnen, mit der Geschichte einer einzigartigen Stadt, die als unscheinbare Kolonialstadt des Ostens startete, zur Weltstadt wider Willen wurde und heute die heitere, tolerante Seite eines in Europa umstrittenen Deutschlands vermittelt. Eine Geschichte, die hilft, die Zukunft zu gestalten, auch wenn die politischen Verhältnisse rauer werden. Hoffentlich geschieht das dann aber ein wenig professioneller als bisher.



Städtebaulich und identifikatorisch für Berlin gestern wie heute eines der prägenden Gebäude: der Reichstag, erbaut 1884–1894 (Architektur: Paul Wallot; Aufnahme links); die Kuppel wurde nach der Wiedervereinigung von Sir Norman Foster realisiert (Foto oben).



through the kindness of the Imperial Life Ins. Co.

Detroit: City of Desire

Lars Gräbner
University of Michigan, Taubman College of
Architecture and Urban Planning, Detroit



Detroit steht wie keine andere amerikanische Stadt für die Schrumpfung und den allmählichen Verfall einer ehemals blühenden Industriemetropole, aber auch für eine mögliche urbane Erneuerung. Im vergangenen Jahr wurde die Stadt von der UNESCO als erste amerikanische Stadt mit dem Titel „City of Design“ ausgezeichnet. Der Architekt und Stadtplaner Lars Gräbner, Assistant Professor of Practice an der University of Michigan und seit 16 Jahren in Detroit ansässig, hat seinen Vortrag über die dramatischen Entwicklungsschritte der Stadt mit „City of Desire“ betitelt. Detroit ist für ihn eine Stadt, deren dramatische Wandlungen immer wieder auch zum Positiven ausschlagen und die dabei auf ein großes Potential aufbauen konnte und kann. Die großen Pluspunkte der Stadt reichen von der immens günstigen geografischen Lage an den großen Seen über eine reiche kulturelle Tradition vor allem als Musik- und Modestadt bis zum sprichwörtlichen optimistischen Aufbruchgeist der Amerikaner.

Ansicht der Stadt Detroit um das Jahr 1880 – mitten in der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs und des rasanten Wachstums der Stadt in Michigan.

Von der Autometropole zur Schrumpfstadt

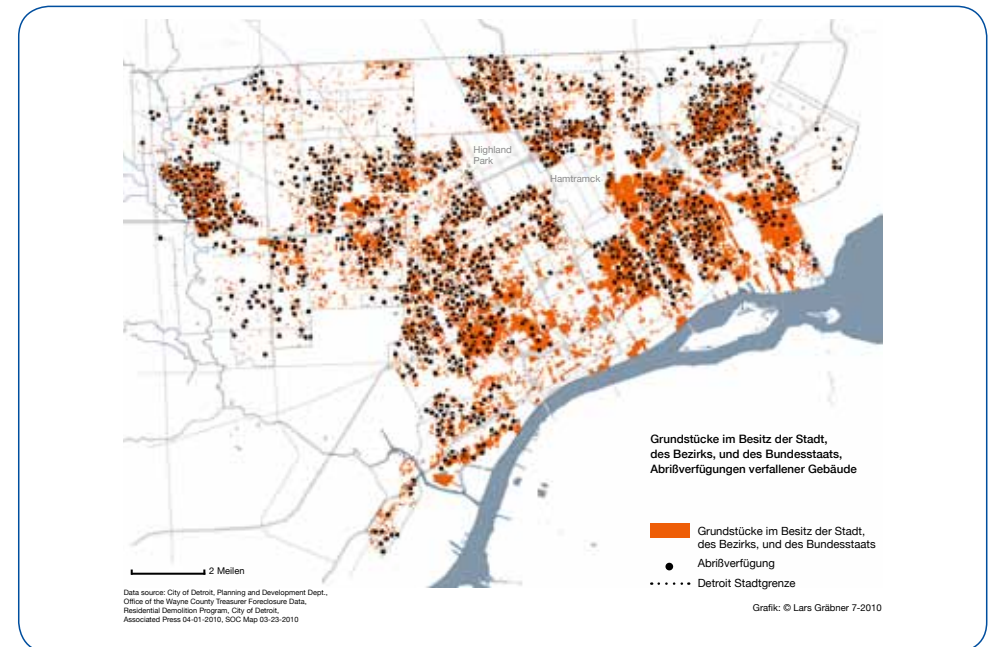
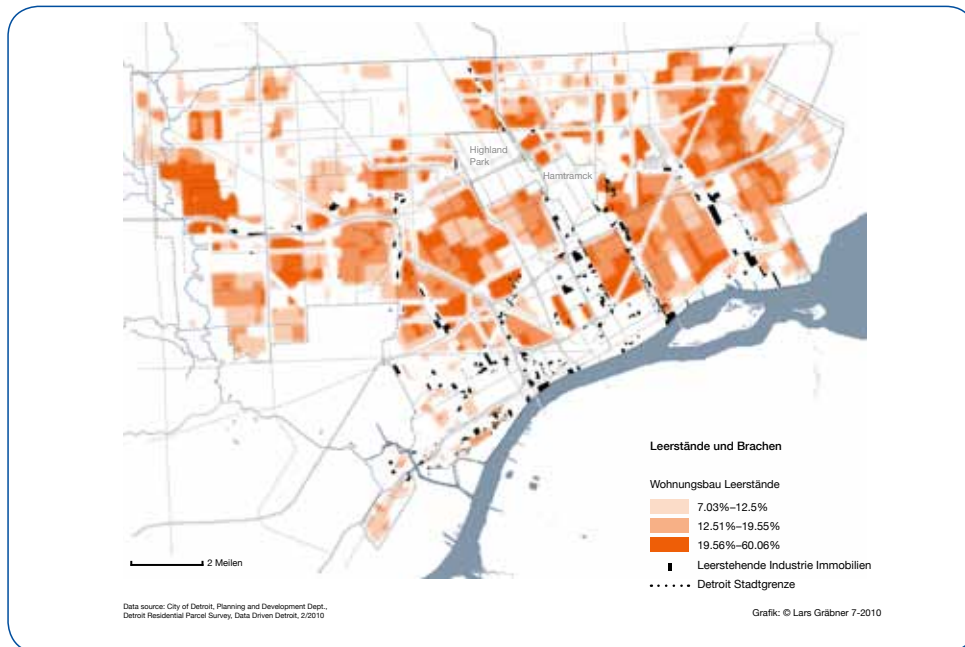
Detroits Anfänge als bevorzugter Siedlungsort und sich entwickelndes Handelszentrum verdankt es seiner günstigen Lage zwischen zwei der großen Seen (franz.: detroit, Meerenge). Zwischen 1880 und 1910, in der Hochphase der Industrialisierung, verdreifachte Detroit seine Bevölkerung, wobei in hohem Maße Einwanderer aus Polen und Deutschland diese Entwicklung förderten. 1920 wurde die Millionengrenze überschritten. Auch die Fläche der Stadt verdreifachte sich in jener Phase. Anfang des Jahrhunderts war ein Viertel aller amerikanischen Autohersteller (Ford seit 1908) in der Stadt ansässig. 1952 wurde Detroit mit rund 1,8 Mio. Einwohnern schließlich die viertgrößte amerikanische Stadt, in der mit General Motors eines der weltgrößten Unternehmen residierte. Schon damals begann jedoch der schrittweise Abstieg. Der wichtigste Grund dafür, so erläuterte Lars Gräbner: „In dieser Zeit setzte die Wirtschaft nur noch allein auf die Automobilindustrie als einzige Kraft in der Region und verdrängte andere Industrien. Dies wurde bald zum Verhängnis der Stadt.“

Es folgten weitere, vor allem politische Fehlentscheidungen. „Die Stadterneuerungsprogramme der 1950er und 1960er Jahren standen für eine Ära der Segregation, für planerische Fehlentscheidungen und kurzfristiges wirtschaftliches Denken. Wie immer schon wurde in Detroit in die Wirtschaft und die Infrastruktur investiert, jedoch nicht in soziale Einrichtungen.“ Unternehmen zogen weg, um Steuern zu sparen, die Bevölkerung tauschte sich zum Teil aus; ein Prozess, der bis heute andauert. Während 1967 der Anteil der farbigen Bevölkerung ein Drittel betrug, liegt er heute deutlich über 80 Prozent. Die Ölkrise der 1970er Jahre verschärfte die Situation. Ganze Stadtviertel wie das überwiegend von Schwarzen bewohnte Viertel Paradise Valley wurden abgerissen oder fielen dem Bau von neuen Highways zum Opfer. Jenseits von Downtown prägten bis in die letzten Jahre weite, brachliegende Flächen und leerstehende Häuser das Stadtbild. Zu einem Symbol der Stadtentwicklung wurde das berühmte Michigan Theatre, welches in den 1920er Jahren am Ort der ersten Henry Ford Garage errichtet wurde. Nachdem es lange als Konzerthalle gedient hatte, wurde es in den 1970er Jahren zu einem öffentlichen Parkhaus degradiert. Heute allerdings ist es wieder eine Touristenattraktion.

Neue Perspektiven

Detroit ist in vielerlei Hinsicht jedoch auch ein Beispiel amerikanischer Erneuerungskraft, die in den letzten Jahren neue Entwicklungschancen sichtbar gemacht hat. Die Ausgangslage könnte kaum gravierender sein: Mehr als 100.000 verlassene Gebäude, mehr als 90.000 verlassene Grundstücke, was mehr als die Hälfte der für das Wohnen bestimmten Grundstücke ist. Die Zahl der Einwohner fiel auf unter 680.000. Laut Gräbner wird die Talsohle der Einwohnerentwicklung mit 600.000 Menschen im Jahre 2030 erreicht sein. Eine der Begleiterscheinungen: Versicherungen verweigern Policen oder fordern hohe Prämien.

Die Erneuerung in den letzten Jahren erfolgte schrittweise: Statt wie bisher Großprojekte – wie ein neues Sportstadion, von denen die Stadt selbst kaum profitieren konnte – erwiesen sich erste Bewegungen von unten als effektiver. Eine Vielzahl von Projekten und Eigeninitiativen – von Nachbarschaftsgärten über die Versorgung von Obdachlosen bis zu Aufräumaktionen – führte zu ersten Verbesserungen der urbanen Situation. Das „Detroit Works“-Programm von Bürgermeister Dave Bing im Jahre 2010 und eine Studie mit Vorschlägen, welche Gebiete der Stadt man stärken sollte, welche man zu „urban farming“-Bereichen umwandeln sollte, wo sich welche neue Industrie ansiedeln



könnte, erwiesen sich als vorteilhaft. Zum entscheidenden Faktor aber wurde, so Lars Gräbner, die Insolvenz der Stadt im Jahr 2013 – die größte städtische Insolvenz der US-Geschichte. In ihrer Folge konnten alte Verträge gelöst und neue Bebauungsregelungen und Baunutzungsverordnungen eingeführt werden. Das kommunale Bauamt wurde neu geordnet und effizienter organisiert. „Erstmals wurde der Schrumpfungsprozess als solcher auch öffentlich anerkannt“, berichtete Lars Gräbner. „Im Jahr 2010 hat der neu gewählte Bürgermeister Dave Bing erstmals öffentlich erklärt, dass Detroit nie wieder zu dem Stand von 1950 mit zunehmender Einwohnerzahl zurückkehren wird.“

Creative Class

„In den letzten zwei Jahren hat die Stadt ein lange nicht mehr gekanntes Gefühl des Aufschwungs erfahren“. Ein neues Entrepreneurship mit innovativen, individuellen Geschäften entstand. Künstler zogen in die Stadt, die nun mehr und mehr für neue kreative Klassen attraktiv wurde. Auch baulich sind erstmals neue Perspektiven erkennbar: Im Leerstandsbereich wurde das Baurecht gelockert; hier wurden innerhalb der Wohngebieten leichte Industrieansiedlungen erlaubt. Teilweise erfolgte eine Aufforstung, während im Zentrum neue Wohnungen entstanden.

Ökologische Ansätze der Erneuerung

Gräbners eigene Forschungsarbeit in den vergangenen Jahren fokussierte hingegen nicht zuletzt die Außenbezirke, wo „ungenutztes Land sinnvoll und produktiv umzugestalten“ war. „Erstmals in der Geschichte der Stadt kam dem Umweltschutz dabei eine besondere Rolle zu“, stellt Lars Gräbner fest. Gräbners Ansatz widmete sich dem bis dahin maroden Abwasser- und Regenwassersystem, das nach Regenfällen bis dato dazu führte, ungeklärte Abwassermengen direkt in den Detroit River zu leiten, die das Ökosystem der Great Lakes gefährdeten. Gräbner machte Vorschläge, auf stadteigenen, freigehaltenen Grundstücken alte Wasserläufe wieder ans Tageslicht zu bringen und Überschwemmungsgebiete und Feuchtgebiete einzurichten, welche in der Lage sein sollten, die Wassermassen aufzunehmen. „Angrenzende Gebiete werden dadurch räumlich nicht nur besser definiert, sondern haben das Potential für eine zukünftige Wohnbebauung oder Freizeitnutzung“, so Gräbner. Auch für das Zentrum hat das Büro VolumeOne, das Lars Gräbner 2010 zusammen mit seiner Frau gegründet hat, vergleichbare Vorschläge entwickelt: Für den in den 1970er Jahren entstandenen Hart Plaza in der Stadtmitte, einer ausgedehnten dreidimensionalen Betonlandschaft aus Quadern und Treppen, sehen die Pläne Gräbners eine Wiederherstellung des hydrologischen Systems und die Bildung einer Promenade entlang des bisher unterirdisch verlaufenden Savoyard Rivers vor, mit einer Landschaft von kleineren, zusammenhängenden, aber unterschiedlich gestalteten Plätzen für verschiedene Aktivitäten. Glaubt man Lars Gräbner, so ist die Zukunft Detroits noch lange nicht zu Ende.



Visionen für die Zukunft Detroits – denn die ist laut Lars Gräbner noch lange nicht vorbei!



Raumpioniere in ländlichen Regionen. Neue Wege der Daseinsvorsorge

Kerstin Faber
Projektbüro Franz Faber, Leipzig



„Raumpioniere in ländlichen Regionen“ ist der Titel einer Publikation, gemeinsam herausgeben von Philipp Oswald, dem ehemaligen Direktor der Stiftung Bauhaus Dessau und ehemaligen Geschäftsführer der IBA Stadtumbau 2010, und mir. Die Publikation stellt eine größere Zahl lokaler, aus zivilgesellschaftlichem Engagement heraus entstandener Projekte vor, die in schrumpfenden, peripheren Räumen auf dem Land zu einer Attraktivierung beizutragen suchen. „Raumpioniere“ gestalten Bereiche der Daseinsvorsorge, die von der Verbesserung der Infrastruktur über die Gesundheitsvorsorge bis hin zur Entwicklung kultureller Initiativen reichen. Anlass des Buches war der Abschluss der Internationalen Bauausstellung (IBA) Stadtumbau in Sachsen-Anhalt 2010. Die IBA Stadtumbau 2010 machte das ganze Bundesland zum Labor für die „Stadt von morgen“, insbesondere betrachtet unter den Bedingungen der Schrumpfung. Die Gestaltung schrumpfender Räume ist vor allem ein Prozess, dessen Bedeutung darin liegt, neue Governance-Strukturen zu erproben – in Stadt wie Land.

Blickwechsel – von der Stadt aufs Land

Im Rahmen der IBA erprobten Stadtplaner, Architekten, Bürger und Vertreter aus Politik und Verwaltung beispielhaft neue Werkzeuge des Stadtumbaus in 19 schrumpfenden Städten. Dabei verfolgte jede Stadt ihr individuelles Thema und schärfte das eigene Profil, das auf die Stärkung und Nutzung ihrer originären wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Potenziale setzt. So wurde beispielsweise in Köthen, Geburtsstätte der Homöopathie, das Experiment der homöopathischen Stadtentwicklung gemeinsam mit dem deutschen Zentralverband der homöopathischen Ärzte erprobt. Die Lutherstadt Eisleben gründete ein öffentliches „Gemeinschaftswerk Lutherstadtumbau“ und nahm eine bauliche Aktualisierung ihres Erbes vor. Die Stadt Dessau-Roßlau hingegen entwickelte mit den „Claims“ ein bürgerschaftlich getragenes Grünflächen-Pflegekonzept für die Gestaltung von Brachen, welches die Kommune selbst aus finanziellen Gründen nicht leisten konnte.



Im Abschlussjahr 2010 verlagerte die IBA ihren Blick in den peripheren Raum und auf die kleinen Gemeinden. Während Politiker noch behaupteten, nicht am verfassungsrechtlichen Gebot der „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ zu rühren, sah die Praxis in dünn besiedelten Regionen längst anders aus: Schulen wurden geschlossen, Buslinien stillgelegt, es mangelte an Ärzten, die technische Versorgung wurde zunehmend teurer und Kulturangebote fehlten. Im Jahr 2010 wurde in Sachsen-Anhalt darüber hinaus eine Gemeindegebietsreform durchgeführt, die unter anderem dazu führte, dass mit der Hansestadt Gardelegen im Altmarkkreis Salzwedel der Fläche nach die drittgrößte Stadt Deutschlands mit 37 Einwohnern pro Quadratkilometern entstand – nur übertroffen von Berlin und Hamburg. Unter dem Begriff der Effizienz wird so der Handlungsspielraum von kleinen selbstständigen Gemeinden aufgegeben zugunsten einer Zentralisierungspolitik, die die Verödung der Räume nicht verhindern wird.

Der demographische Wandel ist nicht der Auslöser all dieser Entwicklung, sondern nur ein Symptom. Ursache ist hingegen vielmehr ein Struktur- und Kulturwandel in den Arbeits-, Lebens- und Familienmodellen. Während vor 100 Jahren beispielsweise noch knapp 40 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig waren, sind es heute knapp zwei Prozent. Gleichzeitig hat die Vielfalt von Lebensstilen zugenommen und mit ihnen die Ansprüche und Möglichkeiten; die Auswirkungen der Globalisierung sind allenthalben ebenso spürbar wie Rationalisierungs- und Digitalisierungsprozesse. Und wir haben es mit einer Flexibilisierung des Arbeitsmarktes zu tun. Dies alles führt zu einer Fragmentierung des ländlichen Raumes, wo Wohn- und Arbeitsort, Wunschvorstellung und Wirklichkeit nicht mehr identisch sind. Jüngere Menschen wandern ab, Zuzug gibt es kaum; Daseinsvorsorgestrukturen und Angebote werden reduziert. Gleichzeitig beginnen die Menschen vor Ort aus der Not heraus ihre Lebensqualität selbst zu gestalten. Sie gründen freie Schulen, klären das Abwasser selbst, ergänzen den ÖPNV und werden zu Erfindern neuer Ausbildungs- und Versorgungsnetzwerke.

Raumpioniere

Den Begriff „Raumpioniere“ prägte Ulf Matthiesen von der Humboldt-Universität, der die Raumpionier-Forschung mit Blick auf Großstädte betrieben hat. Raumpioniere bilden in umbrechenden Räumen relevante Akteursgruppen, die soziale, kulturelle oder infrastrukturelle Innovationen ortspezifisch initiieren und damit Lösungen für sozialräumliche Probleme entwickeln. Im Vordergrund

oben: Leerstehender Bahnhof, Möhringen, Altmark, 2010

unten: Leerstehendes Amtsgericht, Hansestadt Osterburg, Altmark, 2010

steht oft der Wille, die eigene Lebensqualität in der Gemeinde oder in der Region wieder aktiv gestalten zu können. Raumpioniere spielen eine entscheidende Rolle in der zukünftigen Gestaltung von Lebensräumen, denn sie decken Probleme wie Potenziale gleichermaßen auf und entwickeln besonders spezifische statt gängiger Lösungsmuster. Sie arbeiten grundsätzlich in Netzwerken, gemeinschaftsorientiert und selbstorganisiert – nicht selten unternehmerisch. Sie haben das Potenzial neue Perspektiven für schrumpfende Räume zu generieren. Trotz ihrer Leistung werden sie bis heute politisch aber nur als Randerscheinung wahrgenommen. Nicht selten stoßen sie an die Grenzen staatlicher Regularien und auf administrative Blockaden. Auch fehlt ihnen oft der Zugang zu Fördermitteln. Mitunter verbringen sie Jahre im Aufbau der Projekte, nicht wenige geben zwischenzeitlich auf.

Im Rahmen der Publikation wurden fünf Schwerpunktbereiche, mit denen sich Raumpioniere in ländlichen Regionen besonders beschäftigen, identifiziert:

Infrastruktur

Die **ökologisch-soziale Stiftung im sächsischen Zschadraß** ist eine Stiftung, bei der Unternehmen, Bürger und die Gemeinde zusammenarbeiten und gemeinsam energetische Projekte (unter



anderem Photovoltaikanlagen oder Windkraftanlagen) mit dem Ziel betreiben und unterstützen, den privaten und kommunalen Energiebedarf auf erneuerbare Energien umzustellen. Die Pointe: Die Stiftung reinvestiert einen Teil der Gewinne in soziale Projekte, beispielsweise in Projekte für Kinder und Jugendliche.

Ein weiteres Projekt ist die **Bürgeraktiengesellschaft Regionalwert AG in Freiburg**. Hier finanzieren und fördern Bürger Projekte der regionalen Kreislaufwirtschaft. Anhand von circa 80 Kriterien erfolgt die Auswahl der Förderprojekte. Vor allem wird in die ökologisch-soziale nachhaltige Landwirtschaft investiert, in die Verarbeitung und in den Vertrieb bzw. Verkauf. Ziel ist es, in der Region Freiburg wieder mehr Regionalwirtschaft und Wertschöpfung aufzubauen. Das funktioniert inzwischen so gut, dass im regelmäßigen Turnus die Anteile erhöht werden; mit 500 Euro ist man dabei.

Landnetz e.V.: Großen Internetanbietern ist der ländliche Raum für das Angebot eines Breitbandanschlusses oft nicht lukrativ genug. Im thüringischen Dorf Alterstadt organisierten Akteure daraufhin ihr Internet selbst. Sie gründeten einen Verein, der den Breitbandausbau per Funk selbst betreibt und inzwischen mehrere Ortschaften im Umkreis mit Internet versorgt. Die Nutzer finanzieren Ausbau und Betrieb des Netzes über die Vereinsbeiträge.

Mobilität

Mobilität ist ein Thema, das vor allem aufgrund der Reduzierung des ÖPNV an Bedeutung gewonnen hat. So existieren in Deutschland mittlerweile über 200 **Bürgerbusvereine**, davon allein in Nordrhein-Westfalen rund 120, die Strecken bedienen, die das Busunternehmen nicht oder nicht mehr bedient. Das Interessante ist hier, dass die Landespolitik reagiert hat: NRW ist das einzige Land, das den Vereinen eine Organisationspauschale von 5.000 € jährlich gewährt, womit die Vereine Unkosten der Organisation und Planung refinanzieren können. Gleichzeitig finanziert sie den ehrenamtlich arbeitenden Vereinen die Anschaffung von Kleinbussen.

Ein Beispiel für Mobilität ist auch der **Badebus** im Unstrut-Hainich-Kreis. Hier organisiert ein Landkreis mit Unternehmen der Umgebung und dem Busunternehmen für die Kinder in den Dörfern einen kostenlosen Badebus in den Ferien, der die Kinder morgens ins Freibad fährt und sie nachmittags wieder nach Hause bringt.

[Bürger fahren Bürger – Bürgerbus Hoher Fläming, Brandenburg](#)

Gesundheit

Unsere Gesellschaft wird älter. Wir müssen uns auf andere Pflegestrukturen und andere Möglichkeiten der Pflege einrichten. In der Uckermark wurde ein erstes **mobiles Zahnarzt-Zentrum** eingerichtet. Eine Zahnärztin hatte mit einem Technikunternehmen aus der Region ein Konzept für ein Automobil entwickelt, in welches die erforderlichen Geräte eingebaut sind.

Auch das **Ärzte-Netzwerk in Südbrandenburg** hat sich eine bessere Versorgung ländlicher Räume mit ambulanten Ärzten zum Ziel gesetzt. Die Serviceleistungen bestehen im Angebot von Telemedizin und einer vereinfachten Terminplanung. Darüber hinaus wurde ein Medizinisches Versorgungszentrum gegründet mit dem Ziel, durch Anstellung insbesondere junge Ärzten neugierig auf den ländlichen Raum zu machen und sie vom Risiko der Investition in eine eigene Arztpraxis erstmal zu entlasten.

Bildung

In den Bereich des Themas Bildung fällt beispielsweise das **Ausbildungsnetzwerke im Arbeitgeberzusammenschluss in Südbrandenburg**, zu dem sich 40 Firmen zusammengeschlossen haben um Arbeitskräfte zu binden und gemeinsam Jugendliche ausbilden. In der Folge des Rückgangs der Ausbildungszahlen von Jugendlichen in den letzten Jahren wird es für Firmen unter 50 Mitarbeitern in ländlichen Räumen immer schwieriger, Nachwuchs zu finden.

Die freie **Dorfschule Wallmow** des Vereins Zuckermark e.V. wurde 1999 durch eine Elterninitiative des Dorfes gegründet. Mittlerweile wird darüber hinaus ein Kindergarten sowie eine Jugendkunstschule betrieben. Die Schule ist ein Anziehungspunkt in der Region geworden und Wallmow ein Dorf, das wächst.

Kultur

Das „Am Vieh Theater“ in Beulbar in der Nähe von Jena wird vom gleichnamigen Verein betrieben, an dessen Spitze ein theatererfahrener, über siebzigjähriger Mann namens Orge steht. Auf seine Initiative hin wurde in seinem Garten eine Freilichtbühne im Stil eines Amphitheaters errichtet und renommierte Ensembles zu Gastspielen eingeladen. Das Dorf wird damit einmal im Jahr zum Geheimtipp für Kulturinteressierte nicht nur aus der Region.

Das Projekt „**Ein Dorf macht Oper**“ in dem 70 Einwohner großen Ort Klein Leppin im brandenburgischen Prignitz wurde vom Verein Festland e.V. ins Leben gerufen. Hierzu wurde ein Schweinestall einfach zu einem kleinen Opernhaus umgebaut. Unterstützt inzwischen durch eine Reihe von auch überregionalen Institutionen, hat das Projekt in seiner identitätsstiftenden und dörfliche Strukturen festigenden Rolle viel Aufmerksamkeit gefunden.

In Blaubach im Bayerischen Wald wurde mitten auf dem Marktplatz ein Konzerthaus realisiert. Zuvor war hier bereits im Rahmen des geförderten Modellvorhabens „**Ort schafft Mitte**“ die historische Ortsmitte saniert worden. Mitgegründet wurde die gemeinnützige Kulturwald GmbH, die ehrenamtlich arbeitet. Ein Bariton und eine Klavierlehrerin sind die beiden Geschäftsführer, die mit einem Netzwerk an freiwilligen Helfern arbeiten. Sie konnten auch einen Architekten begeistern, der mit einem modernen, monolithischen Konzerthaus für viel Aufmerksamkeit in der Region gesorgt hat.

Im baden-württembergischen Hohenstein, einer Gemeinde, die in Folge einer Gemeindegebietsreform aus ursprünglich acht kleineren Gemeinden entstand, ging man der Frage nach der Mitte



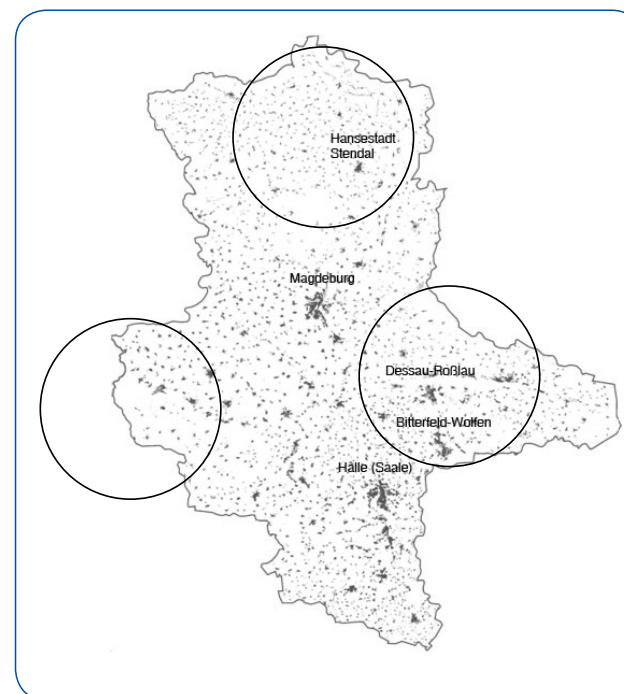
Freie Dorfschule Wallmow, Brandenburg

durch einen künstlerischen Wettbewerb nach. Als Antwort hat sich die Künstlerin Ulrike Böhme einen Tisch ausgedacht, der jedes Jahr von einer Gemeinde zur nächsten wandert und dort für ein Jahr auf einem Platz verweilt – als symbolisches Zentrum, an dem aber auch konkret debattiert und diskutiert wird.

Resümee

Die Zukunft strukturschwacher, peripherer Räume hängt von Gemeinden und Menschen ab, die bereit und in der Lage sind, ihre Lebensqualität selbst mitgestalten zu können. Dafür braucht es eine andere Organisation und Gestaltung dessen, was wir bisher unter Daseinsvorsorge und Lebensqualität verstehen. Eine Bedingung dafür ist, dass sich die staatlichen Instanzen (Bund und Länder) nicht zurückziehen, sondern neu formieren. Der „kooperative Gewährleistungsstaat“ erbringt dann nicht mehr – wie bisher der Leistungsstaat – alle Dienstleistungen selbst, sondern ermöglicht den Gemeinden und Bürgern, sich für mehr Lebensqualität zu engagieren. Dazu müssen ihnen mehr politische und administrative Gestaltungsspielräume eingeräumt werden, auch gilt es die Grenzen der einzelnen Ressorts zu überwinden und Standards zu hinterfragen. Gleichzeitig muss die räumliche Zersplitterung in eine Vielzahl konkurrierender Interessen, Hierarchien und Verantwortlichkeiten überwunden werden. Die Regionalisierung der Daseinsvorsorge bietet Möglichkeiten, auf gleicher Augenhöhe kooperativer zu handeln und durch Vernetzung Ressourcen zu bündeln. Im Ergebnis können neue spezifische Raumbilder und Lebensstile entstehen, die gemeinsam ausgehandelt werden.

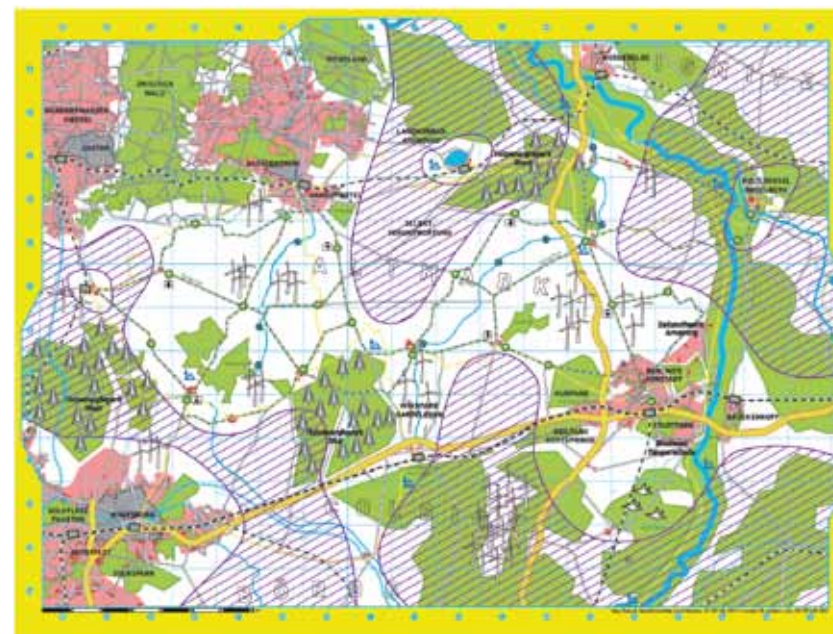
Im Rahmen der Publikation wurden dazu drei Szenarien anhand von drei Regionen in Sachsen-Anhalt zur Diskussion gestellt: das Selbstverantwortungsland Altmark (Konzept Jürgen Aring), die arbeitsteilige Stadt Anhalt (Konzept Walter Prigge) und die „Republic of Harz“ (Konzept Stefan Rettich und Kai Dolata). Während im Selbstverantwortungsland Selbstversorgungs- und Garantiezonen innerhalb der Region ausgehandelt werden, folgt die Stadt Anhalt der Idee einer Shared City, die sich die Aufgaben teilt. Die Republic of Harz ist wiederum ein Modell der semiautarken Kreislaufwirtschaft, die vor allem Kritik an den administrativen Grenzen nimmt – der Harz wird von drei Bundeslandgrenzen geteilt – und damit die fehlenden Kooperations- und damit Entwicklungsmöglichkeiten aufzeigt. Keines der Szenarien ist als Entwurf zu verstehen. Es geht vielmehr um die Entwicklung von Bildern, die zur Diskussion und zum Umdenken anregen sollen. Arbeitsteilig zu handeln, Synergien und Ressourcen zu nutzen, Wissen zugänglich zu machen, gleichzeitig ein hohes Maß an Selbstverantwortung zuzulassen und zu fördern, das wäre eine Chance für schrumpfende, ländliche Regionen.



links: Siedlungsdichte

Sachsen-Anhalt

unten: Szenario Selbstverantwortungsland Altmark 2050,
Sachsen-Anhalt



Zwischen Luxus und Not – Neues Wohnen

Prof. Dr. habil. Christine Hannemann
Institut Wohnen und Entwerfen, Universität Stuttgart



Das Thema „Wohnen“, insbesondere das Thema „Wohnen in der Stadt“, hat in den letzten Jahren in Deutschland an Brisanz gewonnen. Die Einwanderung von Flüchtlingen während des letzten Jahres hat dabei nur eine vorhandene, durch erhöhte Nachfrage entstandene Situation verschärft. Ein ganzer Reigen an Faktoren habe zu dieser Entwicklung beigetragen, erklärt Christine Hannemann, Professorin für Architektur und Wohnsoziologie an der Universität Stuttgart. Neben der aktuellen Migration seien als langfristiger Trend hier zunächst die gestiegenen Wohnansprüche zu nennen: Der Wohnraum, den eine Person in Deutschland zur Verfügung hat, ist von 39 m² in 1998 auf 45 m² in 2014 gestiegen. Auf wohnungspolitischer Seite hat vor allem der Rückgang des sozialen Wohnungsbaus zu einer Verschärfung der Situation geführt. In Stuttgart beispielsweise habe sich der Bestand an Sozialwohnungen von 33.500 in 1983 auf heute 16.000 etwa halbiert. Dies und die Preisentwicklung für Mietwohnungen vor allem in den Großstädten habe zu einer Situation beigetragen, die zunehmend von einem Kampf um günstigen Wohnraum geprägt sei.

Auch die zum Teil langfristigen Wandlungen auf gesellschaftlicher Seite wie die generelle Individualisierung, die Pluralisierung der Lebensstile, die erhöhten Mobilitätsansprüche innerhalb der Arbeitswelt und eine gewisse „Touristifizierung“ (durch die Zunahme von Hostels oder touristisch vermieteten Privatwohnungen in Städten wie Berlin) hätten die Angebote von günstigen Mietwohnungen insbesondere in den Metropolen deutlich eingeschränkt. Das Phänomen der „Multilokalität“, d. h. des Lebens an zwei oder mehr Wohnorten, habe sozialräumliche Auswirkungen gezeigt. Dieser Trend, so Prof. Christine Hannemann, habe dazu geführt, dass in manchen Städten Wohnungen

nur noch zeitweise bewohnt sind und dass in Metropolen ganze Straßen zeitweise leerstünden. Das Phänomen entspricht dem Trend einer generellen Reurbanisierung, d.h. der Rückkehr in die Innenstädte mit ihrem höheren Maß an Urbanität. Faktoren wie diese deuteten auf einen neuen, gestiegenen Stellenwert von Wohnen innerhalb des „Lebensmodells“ oder der „Lifestyle-Vorstellungen“ der Menschen, meint Prof. Hannemann. Hochwertiges Wohnen, die eigene Immobilie, gewinne an Wertschätzung auch und gerade als Luxusphänomen.

Die Kehrseite des Luxuswohnens ist der Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Die Zahl der armutsgefährdeten Menschen jedenfalls steigt. Bis zum Jahr 2013 soll sie von derzeit noch 2,4 auf dann knapp 4 Mio. angestiegen sein. Für den Immobilienmarkt relevant ist in besonderer Weise auch der wachsende Anteil älterer Menschen. Diese demographische Veränderung habe dazu beigetragen, dass neue Wohnformen wie Mehrgenerationenwohnen oder Wohnangeboten mit zusätzlichen Serviceleistungen für Ältere stark nachgefragt werden.

Das Hauptproblem der heutigen Situation am Wohnungsmarkt, so resümiert Prof. Christine Hannemann, bestehe in der mangelnden Bezahlbarkeit von Wohnraum – bei aller Unterschiedlichkeit der Wohnformen, der individuellen Wohnbedürfnisse und der oft einseitigen Wohnangebote. Vielleicht, so Hannemann, könne irgendwann einmal ein Trend „Zurück aufs Land“ eine wirkliche Wende einleiten.



Ethik der Stadt

Prof. Dr. Dr. h. c. Julian Nida-Rümelin
Staatsminister a. D.,
Ludwig-Maximilians-Universität München



Julian Nida-Rümelin lehrt an der Ludwig Maximilians-Universität München Philosophie und politische Theorie. In der ersten Amtszeit von Bundeskanzler Gerhard Schröder war er Kulturstaatsminister des Bundes, zuvor Kulturreferent der Landeshauptstadt München. Er vereint in seiner Person damit die praktische Politik und theoretische Wissenschaft. „Ethik der Stadt“ lautete der Titel seines Vortrags auf Usedom, in dem er die politische und planerische Gestaltung des Zusammenlebens, wie es exemplarisch die Stadt verkörpert, mit der Tradition der philosophischen politischen Theorie verknüpfte.

Die europäische Stadt als gestalteter und erfahrbarer Raum besitzt eine identitätsstiftende Rolle für die bürgerliche Zivilgesellschaft. Insofern spiegeln sich in ihr auch normative und ethische Fragen der politischen Praxis generell. Die entscheidenden lauten: Wer trifft in der Planung und Verwaltung der Stadt eigentlich die Entscheidungen und vor allem nach welchen Kriterien? Die Ausgangsfrage Nida-Rümelins in seinem Vortrag auf dem Kongress der Architektenkammer NRW lautet: Lassen sich aus der philosophischen Tradition Modelle dafür ableiten, wie unsere Stadtgesellschaft aussehen könnte?

Wesentliche Antworten hierzu stammen laut Nida-Rümelin noch immer aus der Antike, aber auch aus der Aufklärung und dem Utilitarismus des 19. Jahrhunderts: Platon hatte in seinen Dialogen die Idee einer arbeitsteiligen, vor allem ökonomisch orientierten Gesellschaft begründet, in der eine Gruppe von Experten über die Geschicke der Stadt entscheidet. Aristoteles hingegen sprach von Gesellschaft als „erfahrungsgesättigter Lebensklugheit“, die auf gemeinsamen Werten beruht. Immanuel Kant vertrat eine universalistische Ethik, die stark rational argumentiert und deren Grundsätze nach Nida-Rümelin noch die Entscheidungen der heutigen deutschen Verfassungsgerechtigkeit prägen. Am Prinzip der Nutzenmaximierung orientiert ist schließlich eine utilitaristische Haltung. Es sind diese vier

normativen Modelle des Zusammenlebens, die in unterschiedlichen Aspekten, etwa in der Verwaltung, nach Nida-Rümelin auch in heutigen Gesellschaften Relevanz besitzen, die jedoch in Zeiten zunehmender kultureller oder religiöser Konflikte dringend weiterzuentwickeln wären.



Das entscheidende Stichwort dieser Fortführung lautet nach Auffassung von Julian Nida-Rümelin „Humanismus“. „Der philosophische Humanismus hat wie kaum eine andere philosophische Strömung eine politische Dimension. In der Tat bin ich davon überzeugt, dass die neuen Fanatismen und Fundamentalismen, die Kommerzialisierung und Infantilisierung der westlichen Kultur und der Kulturen weltweit nicht nur einer philosophischen, sondern auch einer politischen Antwort bedürfen und dass diese humanistisch sein sollte.“ So lautet ein zentraler Satz aus Nida-Rümelins neuestem, soeben erschienenem Buch zu diesem Thema, das der Philosoph in seiner Rede auf Usedom in einen Zusammenhang der Stadtgesellschaft und Stadtplanung stellte. (Vgl. Julian Nida-Rümelin: Humanistische Reflexionen. Frankfurt/Main, Juli 2016).

Dass dieser Humanismus zwar westlich und liberal orientiert ist, aber dennoch keineswegs beliebig, ließ sich den Ausführungen des Philosophen unschwer entnehmen. Das Ideal des Humanismus, wie ihn Nida-Rümelin entwarf, wäre eine kooperative, eine freiheitliche und eine säkulare Gesellschaft, in der keine einzelne Lebensform bevorzugt würde, in der jedoch kulturelle und religiöse Praktiken auf ihre Gesellschaftsverträglichkeit überprüft werden müssten. Was den Stadtraum als gestalteten und erfahrbaren Raum betrifft, der immer eine identitätsstiftende Rolle für eine Zivilgesellschaft spiele, so „müssen wir selbst herausfinden, was für uns gut ist“. Das Ziel wäre eine die unterschiedlichen Lebensformen und Interessen überwölbende Gemeinsamkeit der Normen und Werte. Es scheint eine Pointe von Nida-Rümelins Humanismusidee, dass solche Werte über das Toleranzgebot hinaus nicht als statische Ideen vorgegeben werden können, sondern sich aus dem Prozess des Dialogs und des Austausches zwischen den Akteuren einer Stadtgesellschaft sozusagen von selbst ergeben. Einzig dass die Zivilgesellschaft beim Prozess des Herausfindens der besten Ordnung für alle nicht von einer übergreifenden Politik gehindert werden dürfe, ließe sich als Kriterium vorab postulieren.



Fachexkursionen

Fester Bestandteil des Kongressprogramms waren vier Fachexkursionen, die am 7. Mai 2016 unter professioneller Führung auf Usedom für die Kongressteilnehmer durchgeführt wurden.





Fachexkursion: Bäderarchitektur auf Usedom

Wohl jeder Besucher, der zum ersten Mal auf die Insel Usedom kommt, zeigt sich beeindruckt von der breiten Promenade und den prächtigen Wohngebäuden, die sich wie eine Perlenkette entlang dieser Achse reihen. Die fachlichen Leiter der Exkursionen konnten mit Expertise die Historie der Promenade und die Architektur der Villen erläutern. Klassizismus, Renaissance und Neugotik finden sich oftmals in Reinform, immer wieder auch vermischt und um regionale Zitate ergänzt.

Anhand der Gestaltung der Promenade ließen sich die gesellschaftlichen Unterschiede zwischen den einzelnen Seebädern damals und heute erkennen. Eine der Exkursionen wurde mit dem Fahrrad unternommen, so dass die Promenade von Bansin, Heringsdorf über Ahlbeck bis nach Swinemünde (auf polnischer Seite) erfahren werden konnte.

So beeindruckt sich die Teilnehmer von der sanierten bzw. wiederhergestellten Bäderarchitektur und den Seebrücken am deutschen Abschnitt der längsten Seepromenade Europas zeigten, so faszinierend war der rasche Entwicklungsfortschritt in Swinemünde und Umgebung. Große, teilweise unmaßstäblich erscheinende Hotelneubauten in den Dünen sowie neue Wohnquartiere im italienischen, französischen oder klassizistischen Stil im Stadtkern ergänzen das Stadtbild aus kommunistischer Zeit. Der Hafen bietet zweifellos Entwicklungspotenziale, die zahlreichen Plattenbau-siedlungen kontrastieren mit den touristischen Angeboten Richtung Küste.





Fachexkursion: Küsten und Naturschutz

Als weltweit einziger Insel wurde Usedom im Jahr 1999 der Status als Naturpark verliehen. Ihre Naturrefugien sind unvergleichlich und für Naturfreunde ein großartiges Erlebnis.

Einige dieser reizvollen Landschaften wurden bei der Exkursion erkundet. Neben dem Besuch des alten Fischerei- und heutigen Naturhafens in Krummin ging die Fahrt ins historische Fischereidorf Koserow. Dort erlebten die Teilnehmer das typische Außenküstenflair mit Strand, die Steilküste „Streckelsberg“ sowie die Brandungsmauer als unverzichtbares bauliches Element des Küsten- und Naturschutzes auf Usedom.

Fachexkursion: Heeresversuchsanstalt Peenemünde

In der ehemaligen Heeresversuchsanstalt wurden von 1936 bis 1945 Kriegswaffen entwickelt. Peenemünde gehörte damals zu den modernsten Technologiezentren der Welt. Geblieben sind heute die Ruinen der militärischen Vergangenheit, die sukzessive von der Natur zurückerobert werden.

In dem weitläufigen Gelände befinden sich vereinzelt verschiedene Boden- und Baudenkmäler vom 17. bis 20. Jahrhundert. Ausgehend vom Historisch-Technischen Museum konnten die Besucher im individuellen Rundgang den symbolischen und ökologischen Wert der Landschaft erleben.



Vitae

Prof. Dr. Peter Adolphi

Studium der Geologie in Greifswald mit anschließender Promotion und Habilitation. Im Anschluss Lehrtätigkeit in Greifswald und Freiberg und gutachterliche Tätigkeiten. Seit 2001 Leitung der Akademie für Nachhaltige Entwicklung Mecklenburg-Vorpommern.

Prof. Dr. Harald Bodenschatz

Sozialwissenschaftler und Stadtplaner. Promotion 1978 in Oldenburg, Habilitation 1986 an der TU Berlin. Lehre seit 1972 in Aachen und Berlin. 1995–2011 Universitätsprofessor für Planungs- und Architektursoziologie an der TU Berlin, jetzt assoziierter Professor am Center for Metropolitan Studies der TU Berlin sowie Mitglied des Bauhaus-Instituts für Geschichte und Theorie der Architektur und der Planung an der Bauhaus-Universität Weimar. Autor einer Vielzahl von Publikationen, vor allem zu historischen und aktuellen Fragen des Städtebaus.

Joachim Brenncke

geboren 1957 in Wulfsahl (Mecklenburg-Vorpommern), Studium in Weimar. 1983–1990 Entwurfsarchitekt im Stadtbaubetrieb Schwerin, seitdem freischaffend tätig. 1997–2004 Lehraufträge an der FH Wismar (FB Architektur) sowie für die Handwerkskammer Schwerin. Seit 1991 Präsident der Architektenkammer Mecklenburg-Vorpommern, seit 2001 zudem Vizepräsident der Bundesarchitektenkammer. Zudem seit 2007 Vorstandsmitglied der Akademie für Nachhaltige Entwicklung Mecklenburg-Vorpommern.

Prof. Dr. Martin Coy

geboren 1954 in Frankfurt am Main. Studium der Geographie in Frankfurt am Main und der Sozialanthropologie in Paris; Promotion und Habilitation in Geographie in Tübingen. Seit 2003 Professur für Angewandte Geographie und Nachhaltigkeitsforschung am Institut für Geographie der Universität Innsbruck. Von 2004 bis 2013 Dekan der Fakultät für

Geo- und Atmosphärenwissenschaften der Universität Innsbruck, 2013 bis 2014 Dekan der Fakultät für Architektur der Universität Innsbruck.

Kerstin Faber

Moderatorin und Prozessgestalterin. 2003 bis 2010 Projektmanagerin im Team der Internationalen Bauausstellung Stadtumbau 2010 zum Thema „Schrumpfende Städte“; Co-Kuratorin der IBA-Abschlussausstellung im Bauhaus Dessau und Mitherausgeberin der Publikation „Raumpioniere in ländlichen Regionen“ gemeinsam mit Philipp Oswald (Leipzig 2013). Seit 2013 Mitinhaberin des Leipziger Projektbüros Franz Faber gemeinsam mit der Politikberaterin Silke Franz, seit 2014 Projektleiterin der Internationalen Bauausstellung Thüringen zum Thema „Stadtland“.

Lars Gräbner

Studium der Architektur in Braunschweig, Berlin, Kopenhagen und Hannover. 1995–1999 Studio Daniel Libeskind, Berlin; Gründung von VolumeOne Design Studio in Detroit im Jahr 2000. Zudem Assistenzprofessur am Taubman College for Architecture and Urban Planning, University of Michigan.

Michael Groschek

geboren 1956 in Oberhausen. 1980–1984 Studium der Wirtschafts- und Kommunikationswissenschaften in Essen. Seit 1974 Mitglied der

SPD; ab 1989 tätig in der Immobilienbranche. 2000–2009 Abgeordneter des Landtags von Nordrhein-Westfalen; 2001–2012 Generalsekretär der NRW-SPD. Seit 2009 Mitglied des SPD-Parteivorstandes; 2009–2012 Mitglied des Deutschen Bundestages; seit 2012 Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen.

Prof. Dr. habil. Christine Hannemann

geboren 1960 in Berlin. Wissenschaftliche Mitarbeiter und Referentenstellen in Berlin, Brandenburg und North Carolina. Forschungsaufenthalte und Gastprofessuren in Russland, Kalifornien, Rio de Janeiro, Barcelona und Denver. Seit 2011 Professorin für Architektur- und Wohnsoziologie an der Universität Stuttgart.

Dr. (I) Arch. Andreas Kipar

Studium der Landschaftsarchitektur in Essen, Architektur und Städtebau in Mailand. Lehraufträge in Genua und Mailand. Gründer und Direktor der interdisziplinären Planungsgruppe LAND (LandscapeArchitectureNatureDevelopment) in Mailand sowie der KLA kiplandschaftsarchitekten GmbH in Duisburg. Ausgezeichnet u.a. mit dem nrw.landschaftsarchitektur.preis, dem Architekturpreis des italienischen Instituts für Urbanistik und dem PLEA Award 2015. Seit 2007 Träger des Bundesverdienstkreuzes.

Prof. Mischa Kuball

geboren 1959 in Düsseldorf. Seit 1984 künstlerische Arbeiten im öffentlichen und institutionellen Raum, zumeist große Installationen mit Lichtkunst. Seit 2007 Professur an der Kunsthochschule für Medien, Köln; assoziierter Professor für Medienkunst an der Hochschule für Gestaltung/ZKM, Karlsruhe; seit 2015 Mitglied der Akademie der Wissenschaften und Künste NRW, Düsseldorf. Auszeichnung mit dem Deutschen Lichtkunstpreis im Januar 2016.

Prof. Dr. Dr. h. c. Julian Nida-Rümelin

Studium der Philosophie, Physik, Mathematik und Politikwissenschaft; Promotion und Habilitation in München. Lehrtätigkeit in Tübingen, Göttingen und München. 1998–2002 Kulturreferent in München und Kulturstaatsminister unter Gerhard Schröder. 2004–2007 Direktor des Geschwister-Scholl-Instituts für Politikwissenschaft der LMU München; 2009–2012 Dekan der Fakultät für Philosophie in München. 2014 Verleihung der Ehrendoktorwürde der Universität Triest.

Stephan Petermann

Studium der Architektur in Eindhoven und Utrecht. Seit 2006 Mitarbeit im Büro OMA, Assistent von OMA-Gründer Rem Koolhaas.

Prof. Dr. Dr. Dr. h. c. Franz-Josef Radermacher

Studium der Mathematik und Wirtschaftswissenschaften in Aachen und Karlsruhe, 1982 Habilitation in Mathematik in Aachen. Professor für „Datenbanken und künstliche Intelligenz“ an der Universität Ulm. Präsident des Senats der Wirtschaft e.V. Bonn, Vizepräsident des ökosozialen Forums Europa in Wien. Ausgezeichnet u. a. mit dem Robert-Jungk-Preis und dem Planetary Consciousness Award des Club of Budapest. 2013 Verleihung der Ehrendoktorwürde der Universität Thessaloniki.

Prof. Dr.-Ing. Stefan Siedentop

Studium der Raumplanung in Dortmund, Promotion im Jahr 2001. Projektleitung am Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e.V., Dresden; 2007–2013 Professur für Raumentwicklungs- und Umweltplanung an der Universität Stuttgart und Leitung des Instituts für Raumordnung und Entwicklungsplanung (IREUS). Seit 2013 Leitung des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS) in Dortmund und Professur für Stadtentwicklung an der TU Dortmund.

Prof. Dr. h. c. Horst Teltschik

bekannt durch seine Tätigkeit als außen- und sicherheitspolitischer Berater von Helmut Kohl; als Leiter der Abteilung für auswärtige und innerdeutsche Beziehungen im Bundeskanzleramt beteiligt an den Verhandlungen für die deutsche Wiedervereinigung. 1999–2008

Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz. 1993–2000 Vorstand der BMW AG; 2003–2006 Präsident Boeing Deutschland. 2002–2011 Präsident der Deutsch-Israelischen Wirtschaftsvereinigung. Auszeichnung mit Ehrendoktorwürden der Universitäten Budapest und Seoul; 1985 Auszeichnung mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande; 2005 Scopus-Preis der Universität Jerusalem.

Ernst Uhing

geboren 1956, lebt in Lüdenscheid. 1977–1982 Studium der Architektur, Abschluss Dipl.-Ing. Seit 1999 geschäftsführender Landesvorstand des BDB NRW; seit 2000 technischer Geschäftsleiter der Hagener Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft. Vorstandsmitglied der AKNW seit 2001; Gründungsmitglied im Aufsichtsrat der Akademie der AKNW; gehört seit 2010 dem Vorstand der Bundesarchitektenkammer an, seit 2010 Mitglied im Beirat IdEE von NRW-Bauministerium und Haus & Grund; Präsident der Architektenkammer Nordrhein-Westfalen seit 2013.

Prof. Dr. Silke Weidner

Studium der Raum- und Umweltplanung in Kaiserslautern, Promotion 2004 in Leipzig. 2006–2009 Juniorprofessur am Institut für Stadtentwicklung und Bauwirtschaft in Leipzig; seit 2009 Lehrstuhlinhaberin „Stadtmanagement“ an der BTU Cottbus-Senftenberg. Seit 2013 zudem Prodekanin für Architektur, Bauingenieurwesen, Stadtplanung in Cottbus.

1997–2001 Mitarbeit in Büros in Bonn, Halle und Leipzig; 2001–2006 Stadtplanerin bei RKW, Düsseldorf/Leipzig, 2009–2013 Associate bei RKW Düsseldorf. Seit 2015 Vizepräsidentin der Gesellschaft für immobilienwirtschaftliche Forschung (Vorstandsmitglied seit 2009).

Bildnachweis

Titel

Krzysztof Szewczyk, Katowice (© Archiv Mischa Kuball, Düsseldorf / VG Bild-Kunst, Bonn 2015); LAND Srl; WikiCommons – Mateus Hidalgo; Lars Gräbner/VolumeOne 2012; Christof Rose; Bürgerliches Rheinisches Viertel, Georg Haberland: 40 Jahre Berlinische Boden-Gesellschaft (1890–1930). Berlin 1930.

Inhalt

S. 5: AKNW; Frauke Brenne; Ralph Sondermann; Till Budde; Yun Lee, Düsseldorf; Andreas Müller; privat/Referenten / S. 7: AKNW / S. 8: Andreas Dumke; Christof Rose / S. 9: Andreas Dumke / S. 11: Andreas Dumke / S. 12: Stefan Melchior / S. 13: Till Budde / S. 14: Stefan Müller / S. 15: Architektenkammer M-V / S. 16: Ralph Sondermann / S. 18, 19: Andreas Dumke / S. 20–23: Prof. Dr. Martin Coy / S. 24: Julia Neuhaus / S. 26, 27: Prof. Dr. Silke Weidner / S. 28–31: LAND Srl / S. 37, 38: Andreas Dumke / S. 40: Stephan Petermann / S. 40, 41: Stephan Petermann / S. 42: WikiCommons – Álvaro Ibáñez; Stephan Petermann, David Zielnicki, AMO Harvard GSD Rotterdam Studio, 2016 / S. 43: WikiCommons – David Niklas Jansen; WikiCommons – Thoroe / S. 44: Andreas Dumke / S. 50: Andreas Dumke; Christof Rose / S. 51–55: ILS, Prof. Dr. Stefan Siedentop / S. 56: Prof. Dr. Peter Adolphi / S. 58: Bundesinstitut für Bauwesen und Raumordnung, Dezember 2015; Oberste Landesplanungsbehörde MV, 2016 / S. 59: Andreas Dumke; Christof Rose / S. 60: Studio Mischa Kuball, Düsseldorf / DE © Archiv Mischa Kuball, Düsseldorf, VG Bild-Kunst Bonn 2016 / S. 61: Yun Lee, Düsseldorf / S. 62: Commissioned by the Christchurch City Council, Produced by SCAPE Public Art © Archiv Mischa Kuball, Düsseldorf / VG Bild-Kunst Bonn 2016; Archiv Mischa Kuball, Düsseldorf © Archiv Mischa Kuball, Düsseldorf / VG Bild-Kunst Bonn 2016; SCAPE / Public Art, Christchurch © Archiv Mischa Kuball, Düsseldorf / VG Bild-Kunst Bonn 2016 / S. 63: Ulrich Schiller, Düsseldorf © Archiv Mischa Kuball, Düsseldorf / VG Bild-Kunst Bonn 2016; Archiv Mischa Kuball, Düsseldorf / DE © Archiv Mischa Kuball, Düsseldorf / VG Bild-Kunst Bonn 2016 / S. 64: Das neue Groß-Berlin mit seinen Ortsteilen, 1920, Quelle: Kurt Pomplun: 50 Jahre „Groß-Berlin“. Berlin 1970 / S. 66: Sprengung von „Mietkasernen“ in Berlin, 1960er Jahre, Fotos: Titelbild der Broschüre „Stadterneuerung in Berlin. Sanierung und Zerstörung vor und neben der IBA. Berlin 1984 / S. 67: „Mietkasernen“ in Prenzlauer Berg, 2009. Foto: Philipp Meuser; „Mietkasernen“ in Neukölln, 2012. Foto: Philipp Meuser / S. 70: Reichs-

tagsgebäude, um 1914. Quelle: Im Luftschiff über Berlin und Umgebung. Stuttgart 1914 / S. 71: Reichstagsgebäude, 2006. Foto: Philipp Meuser / S. 72: Bird's eye view of Detroit, Michigan, 1889 – Calvert Lithographing Co.jpg, Public Domain, Created: 31 December 1888 / S. 74: Lars Gräbner / Lars Gräbner, VolumeOne Design Studio LLC / S. 76: Christian Krause, www.j-airpix.de / S. 78: michael uhlmann .: photographie | www.uhlensee.de / S. 79: Bürgerbus Hoher Fläming e.V. / S. 80: Zuckermark e.V. / S. 81: Szenario Altmark 2050. Grafik: Map Data © OpenStreetMap contributors, CC-BY-SA 2011 | content © urbikon.com/Kerstin Faber CC BY-ND 2011 / Siedlungsdichte S-A: Kerstin Faber / S. 83: Andreas Dumke / S. 84: Andreas Müller / S. 85: Andreas Dumke / S. 86–89: Julia Neuhaus; Christof Rose; Bonatz

Literaturhinweise zum Beitrag „Die Rolle der Stadt im Ringen um eine nachhaltige Entwicklung“, Prof. Dr. Dr. Dr. h. c. Franz-Josef Radermacher, S. 32–39:

1. Barber, B. R.: If Mayors Ruled the World. Dysfunctional Nations, Rising Cities. Yale University Printing, 2013
2. Bertau, M., Offermanns, H., Plass, L.: Methanol: The Basic Chemical and Energy Feedstock of the Future: Asingers's Vision Today, Springer Verlag, 2014
3. Brynjolfsson; E., McAfee, A.: The Second Machine Age: Work, Progress, and Prosperity in a Time of Brilliant Technologies, W. W. Norton & Company, 2014
4. Cingano, F. 2014: Trends in Income Inequality and its Impact on Economic Growth, OECD Social, Employment and Migration Working Papers, No. 163, OECD Publishing, <http://dx.doi.org/10.1787/5jxrjncwv6j-en>
5. Davis, M.: Planet of Slums. Verso, 2007
6. FAW/n 2014: Studie Micorcredit – Adressing an Ongoing Debate
7. GdW (Hrsg.): Studie „Die soziale Dimension des Klimaschutzes und der Energieeffizienz im Kontext von Bau- und Wohnungswirtschaft“ im Auftrag des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen vom Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung (FAW/n) erstellt <http://web.gdw.de/energie-und-klimaschutz/gutachten/489-studie-zur-sozialen-dimension-des-klimaschutzes-und-der-energieeffizienz>
8. Herlyn, E., Radermacher, F.-J. 2015: Was kann das Marketing für die Nachhaltigkeit tun? Eine Beobachterperspektive auf die Zukunft des Sustainable Marketing, erschienen in: Kenning, P., Meffert, H., Kirchgeorg, M.: Sustainable Marketing Management: Grundlagen und Cases, Springer Gabler Verlag
9. Hölscher, L.; F.-J. Radermacher (Hrsg.): Klimaneutralität – Hessen geht voran. Springer Vieweg/Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, Oktober 2012
10. Klimabündnis 2015 Vorarlberg: http://www.vkw.de/inhalt/at/klimaneutralitaets_buendnis2025.htm
11. Neiryck, J. 1994: Der göttliche Ingenieur. expert-Verlag, Renningen
12. Piketty Th (2014) Das Kapital im 21. Jahrhundert. C. H. Beck Verlag
13. Radermacher, F.-J.: Klimapolitik nach Doha – Hindernisse in Lösungen verwandeln. GAIA 22/2, S. 87– 92, 2013
14. Radermacher, F.-J.: Die Ressourcen der Erde setzen uns Grenzen – vom sächsischen Bergmann Hans Carl von Carlowitz 1713 bis zum neuen Report an den Club of Rome 2052. In: Die Erfindung der Nachhaltigkeit – Leben, Werk und Wirkung des Hans Carl von Carlowitz. Sächsische Hans-Carl-von-Carlowitz-Gesellschaft e. V. (Hrsg.), S. 141-155, oekom Verlag, März 2013
15. Radermacher, F.-J.: Kurze Hinweise zum Thema „Nachhaltigkeit in der Immobilienwirtschaft – globale und regionale Aspekte“. FAW/n Ulm, 2013
16. Radermacher, F.-J.: Can we still comply with the maximum limit of 2o C? Approaches to a new climate contract. CADMUS, Vol. 2, No. 3, October 2014, p. 152–161
17. Radermacher, F.-J.: Algorithmen, maschinelle Intelligenz, BIG DATA: Einige Grundsatzüberlegungen, eine gekürzte Variante des Textes erscheint im Schwerpunkttheft „Big Data contra große Datensammlungen. Chancen und Risiken für die Gesundheitsforschung“ des Bundesgesundheitsblattes, Mitte 2015
18. Radermacher F.-J., Beyers B (2011): Welt mit Zukunft – Die Ökosoziale Perspektive. Murmann Verlag
19. Radermacher, F.-J., Riegler, J., Weiger, H. 2011: Ökosoziale Marktwirtschaft – Historie, Programm und Perspektive eines zukunftsfähigen globalen Wirtschaftssystems, oekom Verlag
20. Randers J., Bus A., Held U., Leipprand A.: 2012: 2052 – Der neue Bericht an den Club of Rome: Eine globale Prognose für die nächsten 40 Jahre; oekom Verlag
21. Schlaich, J., R. Bergermann, W. Schiel, G. Weinrebe: Aufwindkraftwerke zur solaren Stromerzeugung. Erschwinglich – unerschöpflich – global. CD-ROM mit Begleitheft. Bauwerk Verlag, Berlin 2004, ISBN 3-934369-51-0
22. Schmidt-Bleek, F.: Das MIPS-Konzept – Weniger Naturverbrauch – mehr Lebensqualität durch Faktor 10. München 1998
23. Schuster, W., P. Pires de Miranda, J. Loos, M. Powell (eds.): Better Cities, Better Life. A Sustainable Cities Initiative by Siemens. Booklink, 2014
24. Solte, D. 2007: Weltfinanzsystem am Limit – Einblicke in den „Heiligen Gral“ der Globalisierung, Terra Media Verlag
25. Solte, D.; Eichhorn, W.: Das Kartenhaus Weltfinanzsystem – Rückblick – Analyse –Ausblick. (Klaus Wiegandt, Hrsg.), Fischer Taschenbuch Verlag, 2009
26. Tiddens, H.C.M.: Wurzeln für die lebende Stadt. oekom, 2014
27. von Weizsäcker, E. U.; Hargroves, K.; Smith, M. H.; Desha, C. und Stasinopoulos, P.: Factor Five: Transforming the Global Economy through 80 Prozent Improvements in Resource Productivity. Earthscan 2009
28. Wimmer, N.: Innovation & Energie für Millionen Dörfer, MCRE Verlag, 2012
29. ZIA (ed.): Nachhaltigkeit in der Immobilienwirtschaft – Kodex, Bericht und Compliance. Zentraler Immobilien Ausschuss e. V., www.zia-deutschland.de, 2011, oder nachlesen unter <http://www.zia-deutschland.de/ueber-den-zia/nachhaltigkeitsleitfaden/nachhaltigkeitsreporting/>
30. Zucman, G.: Wo der Wohlstand der Nation versteckt wird, Suhrkamp Verlag, 2014